



EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

BIBLIOTHEK

I 35706

CARL REESE  
BUCHBINDEREI  
KIEL, KLINKE 8

Abhandlungen

von  
Johann Heinrich von Thünen

Staatswirthschaftslehre

800 2310 5.12.64

Dr. J. C. F. v. Thünen

Lehrer der Staatswirthschaftslehre  
an der Universität Göttingen

Verlag von H. C. F. v. Thünen

in Göttingen

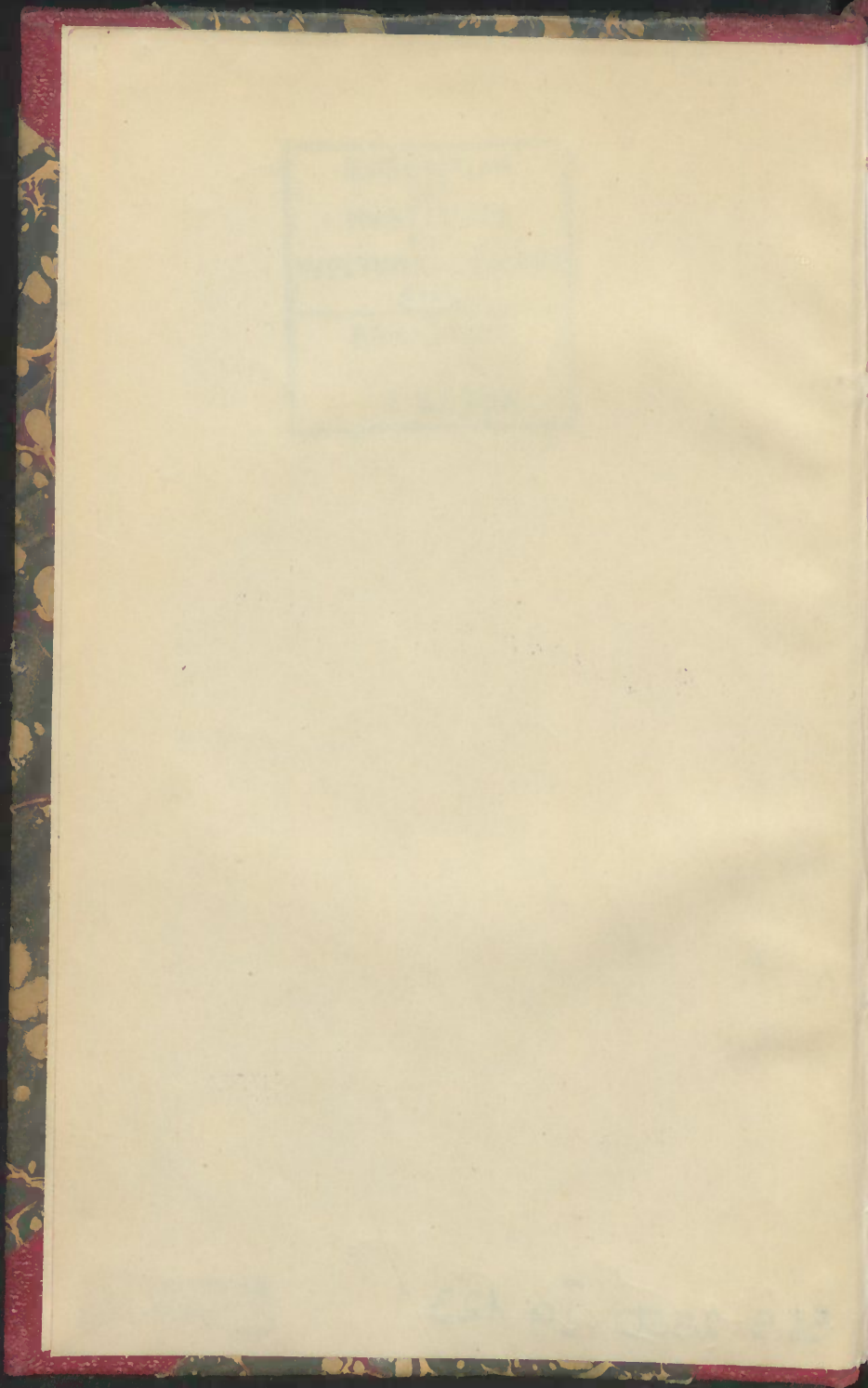
1826

Preis 1 Thaler 10 Schilling

1826

SA.S. 2550 Ia 123





GESTIFTET V. DR. AHLMANN

# Abhandlungen

aus

dem Gebiete

der

## Staatswirtschaftslehre.

Bag 2910 <sup>Wirtschaftslehre</sup> Kiel 5.10.64.

Von

Dr. K. S. ZACHARIÄ,

Großherzogl. Badensch. Geh. Rath v. II. Klasse, ordentl. öffentl. Rechtslehrer  
auf der Universität in Heidelberg, Comthure des Großh. Bad. Ordens des  
Bähringer Löwen.

~~Staatswissenschaftliches Seminar~~

~~an der Universität Kiel II A 56~~

Bag 2910

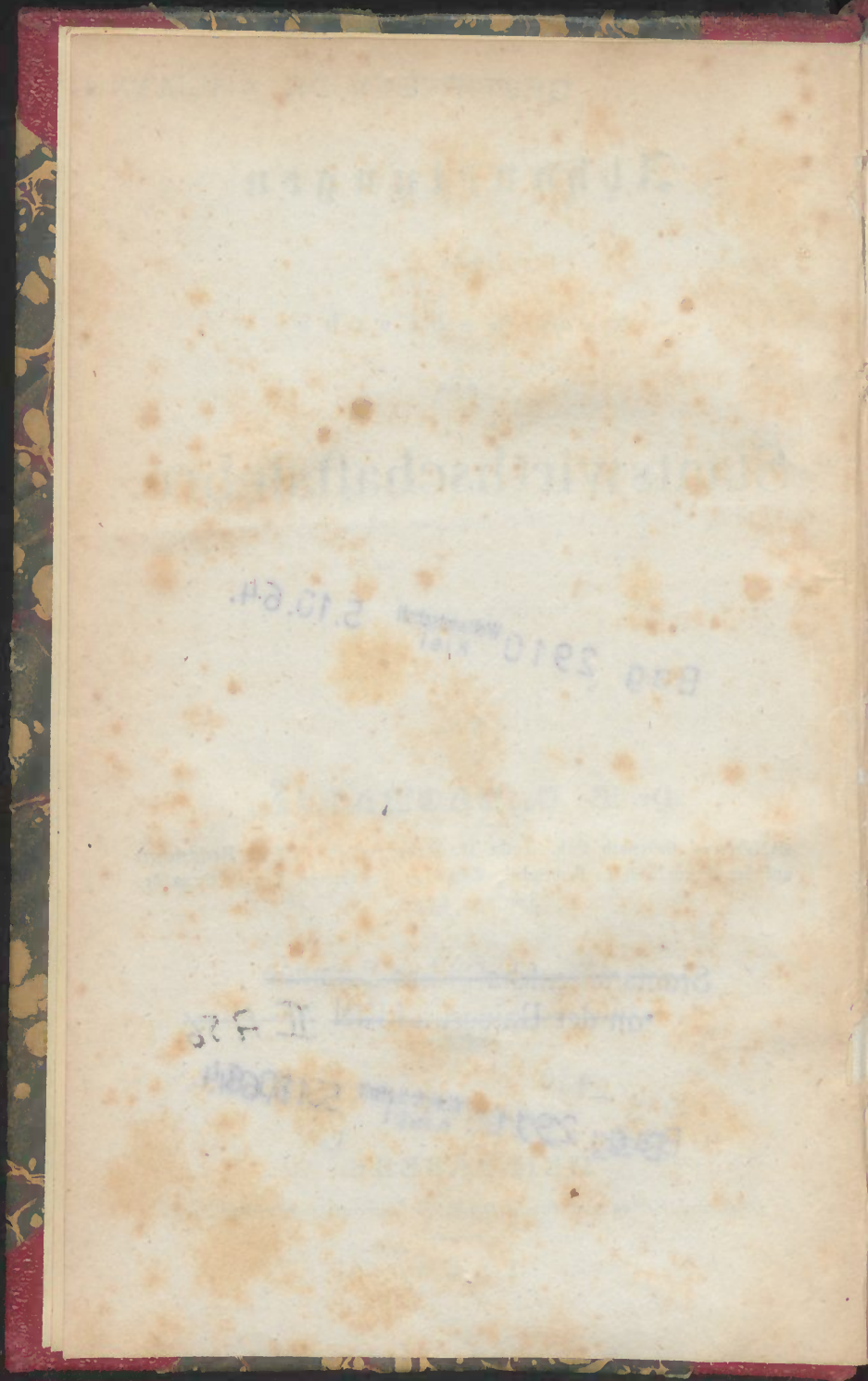
Bag 2910 <sup>Wirtschaftslehre</sup> Kiel 5.10.64.

HEIDELBERG.

Druk und Verlag von August Oswald's Universitäts-Buchhandlung.

1835.





## SCHLACHTWORT.

---

Es ist bemerkt worden, dass man sich mehr auf die Vorzüge oder Verdienste einbilde, die man nicht hat, aber zu haben glaubt, als auf die, welche man hat, aber nicht achtet, weil man sich ihrer bewusst ist. Von dem zu seiner Zeit berühmten Professor Beireis, der als Chemiker unbestritten seine Verdienste hatte, wird erzählt, dass er vorzüglich auf seine Reitkunst stolz war. Und doch wollten seine Freunde und Bekannte wissen, dass er nur ein einziges Mal ein Pferd bestiegen habe und von diesem sofort an der nächsten Strassen-Ecke abgesetzt worden sey. Ich selbst habe einen übrigens sehr achtungswerthen Mann gekannt, welcher, obwohl ein sehr schlechter Violinenspieler, dennoch ein Meister auf diesem Instrumente zu

\*



seyn glaubte. (Noch jezt hallen die Töne, die er herausstrich, in meinen Ohren verletzend wieder!)

So geht es vielleicht auch mir. Ich glaube in der Staatswirthschaftslehre neue Bahnen und mit Erfolg versucht zu haben. Ich bin stolz auf das Handbuch, das ich über diese Wissenschaft geschrieben habe. Es enthält ein System und nicht eine *rudis indigestaque moles*. Auch der Abhandlungen, welche ich über besondere Aufgaben derselben Wissenschaft herausgegeben habe, glaube ich mich rühmen zu können. Aber fast scheint es, dass ich mich trefflich geirrt habe. Ich hätte der verhängnissvollen Strassenecke und der kreischenden Violine nicht vergessen sollen.

Da kommt ein Herr, der in dem düstersten Theile des Thüringer Waldes wohnt, und macht sich an die Beurtheilung meines Handbuches. Er fragt, für wen denn eigentlich das Buch geschrieben sey, eine logisch-merkwürdige

Alternative aufstellend. Er klagt über meine Neuerungen in der Sprache der Wissenschaft. Nun könnte ich zwar auf jene Frage antworten, dass er sich selbst und ähnliche Antiquitäten vergesse; so wie auf diese Klage, dass man das Neue in neue Worte einkleiden dürfe, dass die Reinigung der staatswirthschaftlichen Sprache ein nur von Wenigen nicht gefühltes Bedürfniss sey. — Gleichwohl sollte das Urtheil dieses Mannes bei mir Gewicht haben. Denn der Mann hat sich durch sein Werk: „Revision der Grundbegriffe der Nationalwirthschaftslehre, in Beziehung auf Theuerung und Wohlfeilheit, und angemessene Preise und ihre Bedingungen“; ein unsterbliches Verdienst erworben. Ueberall, wo man Mangel an Wasser hat, ja, in wasserarmen Jahren, kann man in ganz Deutschland diesem Mangel nicht besser abhelfen, als indem man sich das Buch anschafft,

Da kommt ein Anderer, einer meiner Amtsgenossen, und gewinnt es über sich, mein Handbuch nicht bloß anzuzeigen, sondern es



zu beurtheilen. (So starkmüthig war ich denn doch noch nie!) Er bemerkt richtig, dass der Verf. ein neues System der Wirthschaftslehre aufzustellen beabsichtige, dessen oberster Grundsatz so laute: Der Erdboden und die Arbeit sind nicht vereinzelt, sondern nur zusammen, die Quellen des Reichthumes. Er fügt jedoch hinzu, dass dieser Grundsatz keinesweges neu sey. (Er durfte sogar behaupten, dass man dieselbe Wahrheit schon von dem einfachsten Landmanne erlernen könne.) — Nun sollte ich zwar meinen, dass das Urtheil über mein Handbuch nicht von dem Grundsatz, von welchem das Buch ausgeht, sondern von der Art, wie er in dem Buche begründet und durchgeführt worden ist, abhängt. Ich könnte mich also beschweren, dass der Beurtheiler gerade hierüber das tiefste Stillschweigen beobachte. Jedoch sollte nicht schon dieses Stillschweigen für mich bedeutsam seyn? Ist nicht Stillschweigen der Weisheit Anfang?

Endlich, (damit das Kleeblatt voll werde,) in einer Zeitschrift, welche in Leipzig erscheint, aber von Heidelberg aus wohl versorgt wird, wird in dem einen Aufsätze einer meiner verehrten Herren Kollegen in den Himmel, in einem andern Aufsätze aber meine Wenigkeit, wegen einer staaatswirthschaftlichen Abhandlung, auf die Schulbank versetzt. Nun könnte ich zwar gegen die letztere Versetzung, (denn die erstere hat meine ganze Zustimmung, wenn auch mit dem Vorbehalte, dass der Gefeierte noch lange unter den Sterblichen verweilen soll,) erinnern, dass ich nie aufgehört habe und, so lange der nur noch kurze Lebensfaden ausreicht, nie aufhören werde, zu lernen. Gleichwohl möchte auch diese Stimme Beachtung verdienen. Denn der Verf. des Aufsatzes hat denn doch die Achtung für sich selbst gehabt, sich nicht zu nennen.

Wie ich dennoch zu dem Muthe komme, die folgenden Abhandlungen durch den Druck



bekannt zu machen, weiss ich selbst nicht.  
Man kann darüber bei dem Herrn Verleger Erkundigung einziehen.

Heidelberg, im September 1835.

Sachariä.

## ERSTE ABHANDLUNG.

---

### Ueber die demokratische Tendenz der heutigen europäischen Staatswirthschaft.

Darüber sind wohl alle die, welchen ein Urtheil über den Lauf der Welt zukommt, einverstanden, dass für die europäische Menschheit ein neues Zeitalter begonnen habe, dass ihre gesellschaftlichen und insbesondere ihre politischen Verhältnisse, schon jetzt erschüttert und schwankend, einer wesentlichen Umgestaltung entgegengehen.

An welches Ziel der Weg am Ende führen werde, ist einem jeden Auge, auch dem schärfsten, ein Geheimniss. Werden die europäischen Staaten sich in Freistaaten, (in Freistaaten mit einer Repräsentativ-, vielleicht auch mit einer Föderativverfassung) verwandeln? oder, (ein Fall, der aus mehreren Gründen nichts weniger als unwahrscheinlich ist,) wird der Zwiespalt, der in diesen Staaten herrscht und sich durch so manche unerfreuliche Zeichen ankündigt, die strenge Herrschaft eines Einzigen zum Bedürfnisse machen? oder wird es der europäischen Menschheit gelingen, bei der Gestaltung

Zachariä's staatswiss. Abhandlg.



ihres öffentlichen Lebens jenen Mittelzustand zu verwirklichen, welcher, so verschrieen er auch ist, dennoch das einzige dem Menschen erreichbare Ziel seyn dürfte? Nur so viel möchte gewiss seyn, dass Keiner von denen, welche jezt leben, das Land betreten werde, welches der höchste Gegenstand seiner Wünsche oder seiner Besorgnisse ist. Die, welche von Aegypten auszogen, um das gelobte Land zu erobern, starben in der Wüste.

Jedoch, wenn auch kein sterbliches Auge ersehen kann, wohin der Weg, welchen die europäische Menschheit eingeschlagen hat, am Ende führen werde, so lässt sich doch die Richtung entdecken, in welcher für jezt dieser Weg geht. So kann der Reisende vielleicht den Gipfel des Berges erblicken, an welchem sich jezt der Weg hinaufzieht, aber verborgen ist ihm die Aussicht, die sich ihm dort eröffnen wird.

Und mannigfaltig sind die Zeichen der Zeit, welche die Richtung jenes Weges andeuten, wenn auch die einen leichter die andern schwerer zu lesen oder auszulegen sind. Die unzweideutigsten unter diesen Zeichen möchten die seyn, welche sich in der heutigen Staatswirthschaft, — in der Art, wie die heutigen europäischen Regierungen das Vermögen der Nation und das eigene bewirthschaften oder zu bewirthschaften sich bestreben, — kund thun. Dieselben Zeichen sind zugleich diejenigen, welche die Richtung des Weges am weitesten zu verfolgen gestatten. Denn, in wie fern das Schicksal der Nationen von ihrem ökonomischen Zustande abhängt, wird es von Gesetzen beherrscht, welche, da sie sich auf das Verhältniss



des Menschen zur Aussenwelt beziehn, durch die Nothwendigkeit und Stetigkeit ihres Einflusses den Gesetzen der Körperwelt verwandt sind. In dieser Beziehung ist der Mensch von dem Thiere nicht wesentlich verschieden. Nur die moralische Natur — nur die Freiheit — des Menschen ist das Geheimniss der Geschichte.

Wenn ich nun in der heutigen Staatswirthschaft eine demokratische Tendenz, — eine Richtung, welche, so weit sie sich jetzt übersehen lässt, die europäischen Staaten zur Demokratie führen könnte, — zu finden glaube, so will ich hiermit weder als Lobredner noch als Tadler unseres Zeitalters auftreten. Nur um Thatsachen ist es mir zu thun. Nur darum ist es mir zu thun, die Stimme der Geschichte von den Meinungen leidenschaftlich aufgeregter Parteien zu scheiden. Die Folgerungen mögen Andere ziehn.

1) *Von der demokratischen Tendenz der heutigen Nationalwirthschaft.*

Die heutige Theorie und die heutige Praxis der Nationalwirthschaft stimmen mit einander in dem Grundsatz überein: Das Eigenthumsrecht ist seinem Wesen nach ein unbeschränktes und ein unbeschränkbares Recht; insbesondere das Grundeigenthum. (Ich sage: Insbesondere das Grundeigenthum. Denn in dieser seiner Anwendung hat der Grundsatz vorzugsweise, sowohl überhaupt als für die vorliegende Aufgabe, ein praktisches Interesse. Nur in dieser seiner Anwendung werde ich ihn in dem Folgenden in Betrachtung ziehn).

Die Schüler Adam Smith's bekennen sich

ohne Ausnahme und schon die Physiokraten huldigten diesem Grundsatz. Ins Leben eingeführt wurde er zuerst in Frankreich; die Revolution war in dieser Beziehung eine vollständige Emancipation des Grundes und des Bodens; ob eine rechtmässige oder eine gewalthätige? gehört nicht hieher. Was seitdem in Preussen für die Auseinandersetzung der Eigenthumsverhältnisse zwischen den Grundherren und ihren Grundholden, was in mehreren andern deutschen Staaten für die Ablösbarkeit der Grundlasten, was in Irland und in England für die Aufhebung oder Milderung der Zehntpflichtigkeit geschehen ist, — diese und andere Thatsachen bezeugen sattem, dass jener Grundsatz mehr und mehr Boden gewinnt. Und, wenn nicht unbekannt ist, wie verschlungen in einander die Verhältnisse der europäischen Staaten sind, wie, wenn einer dieser Staaten eine bedeutende Veränderung in seiner inneren Verwaltung vornimmt, dieselbe Veränderung sich auch den übrigen empfehlen oder aufdringen kann, der wird über das, was noch bevorsteht, nicht zweifelhaft seyn.

Hauptfolgerungen, die sich aus dem aufgestellten Grundsatz ableiten lassen: 1) Ein jedes Grundstück soll schlechthin veräusserlich, (im Verkehre, *in commercio*,) seyn. Z. B. also Stammgüter, Familienfideicommissse sind mit dem rechtlichen Wesen des Eigenthums unvereinbar. — 2) Ein jedes Grundstück ist nicht blos als ein Ganzes, sondern auch theilweise veräusserlich. Es darf also keine geschlossenen oder untheilbaren Grundstücke geben. 3) Das Eigenthumsrecht selbst aber ist untheilbar. Es kann also von Rechts wegen nicht dem Einen die



Herrlichkeit, (das *dominium directum*), dem Andern die Benutzung des Grundstückes, (das *dominium utile*), gleich als ein Eigenthumsrecht, zustehn. — 4) Abgesehn von den Dienstbarkeiten, welche den Zweck haben, die Nachtheile zu beseitigen, die aus der Vertheilung des Grundes und des Bodens für die Benutzung einzelner Grundstücke entstehen, (abgesehn also von den s. g. *servitutibus juris Romani*), kann ein Grundstück nicht mit einer andern Dienstbarkeit, (kann es also nicht mit einer s. g. *servitus juris Germanici*), belastet werden\*). Daher sind Gülten und Zinsen, Frohnen und Bannrechte, als dingliche Lasten, widerrechtliche Beschränkungen des Eigenthumes.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Erläuterung dieser Folgesätze einzugehn, z. B. diese Sätze gegen Missverständnisse zu sichern. Ebenso wenig ist hier die Frage die, wenn und wie man die das Grundeigenthum betreffenden Gesetze eines Staates, wenn und in wie fern sie diesen Folgesätzen nicht entsprechen, in deren Geiste auf eine rechtmässige Art umgestalten dürfe und solle. Die jezt zu beantwortende Aufgabe betrifft allein den politischen Charakter dieser Folgesätze.

Die auf diese Frage zu ertheilende Antwort dürfte nicht zweifelhaft seyn. Eine jede Gesetzgebung, welche das Grundeigenthum für ein unbeschränktes und unbeschränkbares Recht er-

---

\*) Und selbst die Dienstbarkeiten der erstern Art dürften zu Folge des vorliegenden Grundsatzes einer Revision zu unterwerfenseyn. Lässt sich z. B. die *servitus pascendi* als eine Ausnahme von der Regel rechtfertigen?

klärt, eine jede Neuerung, durch welche das Grundeigenthum mit diesem seinem rechtlichen Wesen, wenn auch nur in einer gewissen Beziehung, in Uebereinstimmung gesetzt wird, entspricht dem Geiste und dem Interesse der Demokratie, d. i. derjenigen Verfassung, in welcher Alle, dem Rechte weil der Macht nach einander gleich, an der Ausübung der Staatsgewalt, — sey es unmittelbar oder mittelbar, — Theil haben.

Vielleicht könnte es, zur Begründung dieser Antwort, genügen, wenn ich mich blos auf die allgemeinen Sätze beriefe: Geld (und mithin der Grundbesitz zu Geld angeschlagen) ist Macht; Armuth ist Reiz zum Widerstande gegen die Macht. Die Art, wie die Geldmacht unter die einzelnen Mitglieder des Staatsvereines vertheilt ist, die Art, wie bei dieser Vertheilung die Verhältnisse der einzelnen Gemeindeglieder in einander verschlungen sind, entscheidet zugleich, wenigstens in der Regel und in einem gewissen Grade, über die Verfassung des Vereines. (Denn die Verfassung eines Staates ist der Organismus der Nationalmacht.) Besonders trifft diese Regel in so fern zu, als sie auf die Macht, welche der Grundbesitz gewährt, bezogen wird. Denn, in wie fern das Kapital einer Nation in ihrem Grunde und Boden besteht, ist es sowohl seinem relativen Werthe als seiner physischen Beschaffenheit nach am wenigsten veränderlich. Es können also durch die Art, wie dieses Kapital vertheilt ist, Machtverhältnisse begründet werden, welche der Veränderung am wenigsten unterworfen sind; und eben so können durch das Recht, nach welchem der Grund



und Boden besessen wird, die einzelnen Eigenthümer oder Besitzer in eine Abhängigkeit von einander oder von dem Gemeinwesen versetzt werden, welche vorzugsweise den Charakter der Beständigkeit und der Stetigkeit hat. — Nun denke man sich aber eine Gesetzgebung, welche dem Grundeigenthume die Eigenschaft eines unbeschränkten und unbeschränkbaren Rechts verleiht, und erwäge, wie, unter der Herrschaft einer solchen Gesetzgebung, der Tod (mittelst des Erbrechts) die Grundstücke von Jahr zu Jahr mehr zerstückelt, \*) wie die Grundstücke, je kleiner sie werden, desto häufiger von einer Hand in die andere übergehn, wie die Bande, welche das Geldinteresse unter den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft webt, nun nicht mehr gleichsam an den Grund und Boden befestiget, sondern blos persönlicher Art sind, wie, unter dem Einflusse aller dieser Umstände und wenn man die Gesamtheit der Grundeigenthümer als eine Gesellschaft betrachtet, unter deren Mitglieder der Grundstock oder der Hauptbestandtheil des Nationalkapitales aktienweise vertheilt ist, die Rechtsverhältnisse der einzelnen Aktionaire sich stellen und gestalten müssen, — und man dürfte zu dem Resultate gelangen, dass ein Staat, welcher unter einer solchen Gesetzgebung steht, auf dem geraden Wege zur Demokratie sey, wenn anders nicht

---

\*) In Frankreich vermehrt sich die Zahl der Grundeigenthümer von Jahr zu Jahr, z. B. im Jahr 1832 (wie in den Zeitblättern angeführt wurde,) um mehr als 2000. Das französische Recht trägt zu dieser Vermehrung noch ins besondere dadurch bei, dass es den Vorbehalt (oder Pflichttheil) sehr hoch angesetzt hat.

jene Aktien mit der Zeit so klein werden, dass die Zerstückelung des Grundbesitzes die entgegengesetzte Folge hat. Vielleicht ist in keinem Lande der Erde der Grundbesitz so zerstückelt, wie in dem himmlischen Reiche, in China. Unstreitig eine von den Ursachen, aus welchen die Beherrschungsform dieses Reiches abzuleiten ist!

Jedoch ich will die demokratische Tendenz einer solchen Gesetzgebung, um sie desto anschaulicher zu machen, noch ins besondere, mit Rücksicht auf die Staatsverfassungen der Völker deutschen Ursprungs, zu erläutern suchen.

Alle Staaten deutschen Ursprungs, — z. B. Spanien, Frankreich, England, Deutschland, die italienischen Staaten, — hatten einst einen aristokratischen Bestandtheil, einen Erbadel. Dieser Adel, welcher schon in der geschichtlichen Urzeit der deutschen Nation bestimmt hervortritt, war ein Land- oder ein grundherrlicher Adel d. i. die wesentliche Grundlage der Macht und der Vorrechte dieses Adels war der bleibend erbliche Besitz grosser Landgüter oder Herrschaften. Die Herrschaft war nicht nur das Eigen oder Eigenthum, sondern auch das Gebieth des Geschlechts, welchem sie gehörte; der Grundherr übte zugleich gewisse Hoheitsrechte über seine Grundholden und Hintersassen aus. In der grossen Mehrzahl dieser Staaten hat sich dieser Erbadel bis auf diesen Tag erhalten, hat er jezt noch, schlechthin oder theilweise, dieselbe Grundlage, wenn sich auch sein Verhältniss zu den übrigen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft so wie zur Verfassung im Ganzen in dem einen



Staate so, in dem andern anders, gestellt hat. So begreift er zwar z. B. in allen diesen Staaten noch immer die am meisten begüterten oder die ihrem Grundbesitze nach reichsten Familien des Landes unter sich; aber nicht überall hat er auch seine Herrlichkeits- oder Hoheits-Rechte zu bewahren vermocht. Ebenso ist er zwar in allen diesen Staaten bemüht gewesen, sich in dem ausschliesslichen Besitze seiner Herrschaften zu erhalten, auch der Zerstückelung derselben vorzubeugen; aber nicht überall ist es ihm in gleichem Grade gelungen, dieses Ziel zu erreichen. — Nun vergleiche man den Geist dieser Verfassungen mit dem Grundsatz, nach welchem das Grundeigenthum ein unbeschränktes und unbeschränkbares Recht ist und seyn soll. Dieser Grundsatz, folgerichtig durchgeführt, ist unmittelbar das Todesurtheil einer solchen Verfassung. Wenn auch in einem Lande, in welchem alle Grundstücke für veräusserlich und für theilbar erklärt werden, der Erbadel die Macht, die er dem Grundbesitze verdankt, noch eine Zeit lang künstlich — durch Testamente und Verträge — aufrecht erhalten kann, auf die Dauer vermag er gleichwohl nicht dem natürlichen Laufe der Dinge zu widerstehn, den die bisherige Verfassung nur gehemmt hatte.

Jedoch man wird einwenden, dass sich eine Gesetzgebung zu jenem Grundsatz bekennen kann, ohne deswegen eine jede Ausnahme von der Regel zu verwerfen; und dass es nicht an Beispielen von Gesetzgebungen fehle, welche, ungeachtet sie jenen Grundsatz als die Regel befolgen, dennoch gerade auf die Unveräusser-

lichkeit und Untheilbarkeit der Adelsgüter Bedacht nehmen. — Dem ist also! Aber zuvor-  
derst, ein jedes Ausnahmsgesetz d. i. ein jedes  
Gesetz, durch welches eine von dem gemeinen  
Rechte ausdrücklich bekräftigte Regel in einer  
bestimmten Beziehung aufgehoben wird, ist schon  
in der Eigenschaft eines Ausnahmsgesetzes der  
Gefahr, angefeindet zu werden, besonders aus-  
gesetzt. Sodann aber, eine jede Macht, die aus  
ihren Umgebungen herausgerissen wird, ist nicht  
mehr das, was sie vormalis in diesen Umgebun-  
gen war; sie ist zuweilen sogar etwas ganz  
anderes. Schon dann verliert der Adel viel sehr  
viel von seiner Macht, wenn die Grundherrlich-  
keit auf Eigenthumsrechte beschränkt wird.  
Aber, man gehe nun noch weiter; man verwandle,  
jenem Grundsatzte huldigend, die Bauergüter in  
volles und freies Eigenthum, — und es stehen  
von nun an, die bisherigen Grundherren und  
ihre Grundholden als Grundeigenthümer neben  
einander; nur der grössere oder geringere Um-  
fang — nur der grössere oder geringere Geld-  
werth — der Besitzungen macht zwischen  
ihnen noch den Unterschied; und wenn auch  
die Verschiedenheit der Vermögensumstände Ver-  
anlassung wird, dass die ärmeren zu den reiche-  
ren in ein Verhältniss der Abhängigkeit, z. B.  
als Zeitpächter oder Tagarbeiter, treten, so ist  
doch dieses Verhältniss blos ein persönliches  
und ein den Wechselfällen des Vertragsrechtes  
unterworfenes Verhältniss, und so ist es doch  
auch in der Meinung der Menschen ein ande-  
res und weniger bindendes, als das vormalige.  
Unter denselben Voraussetzungen stellt sich  
übrigens auch das Verhältniss zwischen den



Besitzern der grossen Landgüter und den Kapitalisten anders. Beide stehen nun einander gleich oder unterscheiden sich höchstens durch die Beschaffenheit ihres Reichthumes von einander.

Eine andere Eigenthümlichkeit, in welcher einst, während des Mittelalters, die Verfassungen aller Staaten deutschen Ursprungs mit einander übereinkamen, war die, dass überall in oder neben dem Staate eine grosse und mächtige Körperschaft bestand, die katholische Kirche. Ihre Macht beruhte nicht etwa blos auf den religiösen Meinungen des Zeitalters, sondern eben sowohl auf dem liegenschaftlichen Reichthume, zu welchem sie gelangt war. Die Kirche besass z. B. eben so, wie der Adel, Grundherrschaften; ja sie machte sogar, indem sie von allen Früchten des Landes den Zehnten forderte, auf die Grundherrlichkeit über die gesammte Erde Anspruch. Mächtig durch sich selbst, hatte sie zugleich an der Macht des Adels eine Stütze; so wie sie gegenseitig für die Vorrechte des Adels auf mehr als eine Weise Gewähr leistete. Die Reformation erschütterte zwar dieses Prachtgebäude. Doch liess sie den Grundsatz unangestastet, dass die Kirche, als eine Körperschaft, Güter einer jeden Art erwerben und besitzen könne; die protestantische Kirche erbte selbst einen grossen Theil der Reichthümer, welche die katholische Kirche besessen hatte. Auch in den Staaten also, in welchen die Reformation das bisherige Kirchenthum veränderte, blieb dennoch eine Anstalt, welche dem Geiste der Aristokratie und dem der Monarchie entsprach; wenn auch in denjenigen Staaten, in welchen sich die katholische Kirche behauptete, der ökonomische

Zustand dieser Kirche und das Verhältniss zwischen der Staats- und der Kirchenverfassung noch weniger verändert wurde. — Indem nun die heutige Nationalwirthschaft fordert, dass Nichts, was im Verkehre seyn kann, dem Verkehre entzogen werden soll, indem sie also die tode Hand, ins besondere was den Besitz und die Erwerbung eines liegenschaftlichen Vermögens betrifft, (da dieses vorzugsweise seinem Eigenthümer auf die Dauer gesichert werden kann,) mit Eifersucht bewacht, erklärt sie zugleich den Reichthümern der Kirche und mit diesen einer bewährten Hülfsmacht der Monarchie und der Aristokratie den Krieg.

Uebrigens, will man sich die demokratische Tendenz, welche die heutige Nationalwirthschaft in allen den obigen Beziehungen hat, an einem geschichtlichen Beispiele verdeutlichen, so braucht man nur die heutige Lage Frankreichs mit der vor der Revolution zu vergleichen.

---

Ein zweiter Grundsatz, von welchem, wenn auch nicht die heutige Theorie, doch die heutige Praxis der Nationalwirthschaft ausgeht, ist der, die Grenzzölle oder Mauthen so anzusetzen, dass sie die „Industrie“, d. i. die Verarbeitung der Naturerzeugnisse (oder die Fabrikation) im Innern möglichst begünstigen. Ich führe keine Beispiele zur Bestätigung dieser Praxis an; ich müsste sonst fast alle europäische Regierungen nennen.

Auch diese Praxis hat eine demokratische Tendenz, wo nicht eine noch gefährlichere.



Denn: 1) Es liegt am Tage und es ist allgemein anerkannt, dass hohe Einfuhrzölle, durch welche eine gewisse Art der Fabrikation gegen die Mitwerbung ausländischer Verkäufer geschützt wird, der Sache nach eine Steuer sind, mit welcher der inländische Verkehr des Fabrikates belastet wird. Nun wird zwar Niemand behaupten, dass diese Steuer schon deswegen, weil sie überhaupt eine Consumptionssteuer sey, dem Geiste der Volksherrschaft entspreche. Wohl aber stellt sie sich, ihrer eigenthümlichen Beschaffenheit nach, häufig so, dass sie vorzugsweise die höheren Stände der bürgerlichen Gesellschaft trifft. Diejenigen, welche sich mit der Fabrikation beschäftigen, können sich wegen des Mehraufwandes, den ihnen die Steuer verursacht, meist an dem Preise ihrer Fabrikate erholen; ja die Mehrzahl derselben erhebt sogar selbst die Steuer, ein Jeder zu seinem Antheile. Auch den Kapitalisten eröffnet eine solche Steuer günstigere Ausichten. Dagegen sind die Staatsdiener und Grundeigenthümer nicht in einer eben so günstigen Lage. Ja, die Waaren, deren inländische Fabrikation durch die hohen Einfuhrzölle begünstigt wird, sind nicht selten von der Art, dass durch den gesteigerten Preis dieser Waaren, (z. B. der Seiden- und Baumwollen-Waaren,) die höheren Staatsdiener und die am meisten begüterten Grundeigenthümer vorzugsweise und unverhältnissmässig besteuert werden. — Nun scheint zwar, was die Grundeigenthümer betrifft, das Gleichgewicht durch einen Einfuhrzoll, der auf die Frucht gelegt wird, wiederhergestellt werden zu können. (In der That

werden in England die s. g. *Corn-laws* hauptsächlich mit diesem Grunde vertheidiget). Aber nicht nur ist dieses Ausgleichungsmittel in denjenigen Ländern, welche Frucht ausführen, wesentlich unwirksam, sondern es hat auch, da die Fruchtpreise über die Waarenpreise überhaupt entscheiden, der Fruchtproducent allemal das, was er wegen des gesteigerten Preises seines Products mehr erhebt, in den Preisen anderer Waaren wiederzuerstatten. — Eben so wenig wird diesem politischen Einflusse hoher Einfuhrzölle dadurch entgegengewirkt, dass sich unter dem Schutze solcher Zölle grosse Kapitalien leichter und schneller sammeln lassen. Nicht eine jede Art des Reichthumes hat in Beziehung auf die Staatsverfassung dieselbe Bedeutung und dieselben Folgen. Der Geldreichthum ist beweglich, wie seine Grundlage.

2) Jedoch dieselbe Praxis droht mit einem Uebel, welches die Staatsverfassung sogar der äussersten Gefahr, der Gefahr der Ochlokratie, aussetzt, — mit der Uebervölkerung. Die Verbindungen unter den Fabrikarbeitern, welche jetzt in England und in Frankreich so häufig sind, die Aufstände, zu welchen sie bereits geführt haben, diese und ähnliche Erscheinungen sind Zeichen der Zeit, die ich hier um so weniger deuten will, da ich sie schon anderwärts gedeutet habe.

2) *Von der demokratischen Tendenz der heutigen Staatshaushaltung.*

Es gab eine Zeit, da in den Monarchieen deutschen Ursprungs das Einkommen des Fürsten nur



in dem Ertrage seiner Haus- (oder Kron-) Güter und gewisser herkömmlicher Gefälle (der Regalien) bestand. In der Folge, da dieses Einkommen nicht mehr zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben hinreichte, kamen Steuern hinzu; anfangs nur in der Eigenschaft einer Kammerhülfe, dann als der Haupttheil des Staatseinkommens. Endlich ist es in einigen dieser Staaten, z. B. in Frankreich und noch mehr in England dahin gekommen, dass die Krone oder die Nation, als eine Gemeinheit betrachtet, kaum noch ein Sondergut besitzt und dass daher der Staatsaufwand fast ausschliesslich mit Steuern gedeckt wird. Und, wo man auch noch nicht so weit gelangt ist, hat man doch meist einen Anfang gemacht, den Staatshaushalt in diesem Geiste zu ordnen. — Nun kann man aber die Regel oder das Gesetz, (ein Naturgesetz,) aufstellen: Die verfassungsmässigen Rechte eines Volkes stehen in einem gewissen Verhältnisse mit den Lasten, die das Volk zu tragen hat; sie steigen und sie fallen mit diesen Lasten. Denn die Lasten, welche die Regierung dem Volke auferlegt, machen sie zugleich von dem Volke abhängig. Ist dagegen die Regierung reich, d. i. vermag sie den Staatsaufwand ganz oder grösstentheils aus ihrem Sondergute zu bestreiten, so ist sie in dem Besitze einer Macht, welche ihr nicht nur eine gewisse Selbstständigkeit sondern auch die Mittel gewährt, Einzelne im Volke von sich abhängig zu machen. Wenn auch dieses Gesetz durch andere Ursachen in seiner Wirksamkeit gehemmt oder gestört werden kann, so ist und bleibt es doch ein Hauptschlüssel zu den Veränderungen, wel-

che sich mit den Verfassungen der Staaten von Zeit zu Zeit begeben. Auch in den neueren und neuesten Zeiten hat es seine Macht mannigfaltig beurkundet, z. B. in der Geschichte der französischen Revolution, bei der Reform des britischen Parliaments. — Da es also in Europa überall dahin gekommen ist, dass der Staatsaufwand entweder allein oder doch grösstentheils durch Steuern gedeckt wird, da überall die Staatsausgaben und mit ihnen die Steuern zu einer bedeutenden Höhe gestiegen sind, so ergibt sich schon hieraus, dass die heutige Staatshaushaltung weit mehr dem demokratischen als dem monarchischen oder, (denn auch von der Aristokratie gilt das, was eben von der Monarchie gesagt worden ist,) dem aristokratischen Principe entspreche.

Denselben Charakter hat sie, und sogar noch unmittelbarer, in so fern, als man überall den Grundsatz der gleichen Vertheilung der öffentlichen Lasten — d. i. den Grundsatz, dass ein jeder Unterthan, und zwar nach Verhältniss seines Einkommens, zu besteuern sey, — entweder befolgt, oder doch in Vollziehung zu setzen bemüht ist. Der Zusammenhang dieses Grundsatzes mit dem demokratischen Principe liegt am Tage. Nicht nur ist der Grundsatz eine Folgerung aus dem Grundsatz der Gleichheit Aller vor dem Gesetz, sondern es wird auch durch die Ausführung jenes Grundsatzes diese Gleichheit vorzugsweise fühlbar und anschaulich gemacht. (Dieser psychologische Einfluss ist nicht gering anzuschlagen.) Auf eine ähnliche Weise, jedoch in der entgegengesetzten Richtung, wirkt



ein jedes persönliche Privilegium, z. B. ein privilegirter Gerichtsstand). Wo noch überdies das Conscriptionssystem eingeführt ist, wo sich daher die gleiche Vertheilung der öffentlichen Lasten sowohl auf die persönlichen als auf die dinglichen Lasten erstreckt, macht die eine Anwendung des Grundsatzes zugleich die andere politisch bedeutsam.

Es würde mich zu weit führen, wenn ich die verschiedenen Arten der in Europa üblichen Steuern oder die verschiedenen Besteuerungssysteme ihrer politischen Tendenz nach mit einander vergleichen wollte. Auch würde diese Untersuchung kaum anders ein fruchtbares Resultat geben, als wenn sie von der Steuerverfassung eines bestimmten Staates ausginge. Also nur ein Beispiel zur Erläuterung dieser Aufgabe! (Eines andern Beispiels, der Besoldungssteuer, wird an einem andern Orte gedacht werden.) Eine sehr beliebte Art der Steuern sind die so genannten Luxussteuern, d. i. die Steuern, welche auf die entbehrlichen und entbehrlichsten Bedürfnisse gelegt werden, z. B. auf Zucker, Kaffee, Gewürze. Mögen auch diese Steuern, und ins besondere die, welche auf die so eben genannten Gegenstände des Verbrauches gelegt werden, in nationalwirthschaftlicher Hinsicht noch so viel für sich haben, (was hier an seinen Ort gestellt bleibt,) und mögen sie auch noch so ergiebig seyn, so würde man sich doch des Fehlers der Einseitigkeit im Urtheilen schuldig machen, wenn man die demokratische Tendenz übersähe, welche in diesen Steuern liegt. — Ich habe hier nur des Einflusses gedacht,

Zachariä's staatswiss. Abhandlg.

2

welchen die Art der Besteuerung oder die Beschaffenheit der Steuern unmittelbar auf die Staatverfassung haben kann. Nicht minder gross ist der Einfluss, welcher auf demselben Wege mittelbar oder bedingungsweise auf die Staatsverfassung ausgeübt werden kann. Als man die Steuerfreiheit der Geistlichkeit und die der Rittergutsbesitzer noch nicht direct anzugreifen wagte oder vermogte, wählte man, um dem Feinde auf einem Umwege beizukommen, die indirecten Steuern.

Endlich; eine der wichtigsten Rollen in der heutigen Staatshaushaltung spielen die Staatsschulden. Der Gebrauch, den die europäischen Staaten von ihrem Credite gemacht haben, der verschuldete Zustand, in welchen sie so versetzt worden sind, könnte sogar für die Zukunft dieser Staaten noch folgenreicher werden, als er schon für ihre Gegenwart ist. Nun ist, zwar kaum eine andere Aufgabe der Staatswirtschaft so schwierig, als die: Welche Folgen hat der verschuldete Zustand der (meisten) europäischen Staaten schon jetzt? Doch irrt man sich wohl nicht, wenn man der heutigen Staatshaushaltung, weil und in wie fern sie von dem Credite des Staates einen Gebrauch gemacht hat, welcher sie nöthiget, diesen Credit auch in der Folge anzustrengen, einen demokratischen Geist beilegt. Denn da der Credit des Staates von der Meinung der Kapitalisten abhängt, so sieht sich eine Regierung, welche Schulden hat und über kurz oder über lang in die Lage kommen kann, neue Schulden machen zu müssen, genöthiget, die Meinung derer zu schonen, von welchen Geld zu



erhalten ist, d. i. sie sieht sich genöthiget, ihre Selbstständigkeit unter diese Auctorität mehr oder weniger zu beugen. Und die Meinung, welche die Kapitalisten von dem Stande der öffentlichen Angelegenheiten haben, ist der Sache nach identisch mit der öffentlichen Meinung. Denn einerseits sind es nicht etwa blos einige wenige grosse Kapitalisten, welche dem Staate Geld vorstrecken und vorgestreckt haben, (diese sind nur die Zwischhändler,) sondern die Zahl der Darleiher und der Gläubiger ist allemal sehr bedeutend,\*) andererseits aber wird die Meinung derer, welche dem Staate Geld dargeliehen haben oder darleihen sollen, überhaupt durch die Meinung des Publikums bestimmt. (Der Barometer jener Meinung ist der Stand der Staatspapiere.) — Jedoch das Schuldenwesen der europäischen Staaten ist noch auf eine andere Weise dem demokratischen Principe verwandt; in dem Völkchen, welches seine Kapitalien in Staatspapieren anlegt, regt sich jener Geist der Unruhe und Beweglichkeit und Partheiung, welcher auch der Geist der Demokratie ist; die öffentliche Meinung erhält so ein Organ, welches demokratisch gestimmt ist. Das bringt zum Theil schon die eigenthümliche Beschaffenheit mit sich, welche Kapitalien, indem sie in Staatspapieren angelegt werden, erhalten. Denn nicht nur hat die Forderung des Staatsgläubigers, (wie die eines andern Dar-

---

\*) Wir besitzen Listen von den Inhabern der britischen Staatsschuldscheine. Diese beweisen, dass die bei weitem grösste Summe der Staatsschuld in den Händen der kleinen Kapitalisten ist.

leihers,) nicht irgend einen tastbaren oder in der Aussenwelt gegebenen Gegenstand, sondern selbst das Unterpfand, das für die Forderung haftet, ist seinem Wesen nach eine nur unbestimmte und wandelbare Sicherheit. Auf der andern Seite kann eine solche Forderung, (wenigstens wenn die Staatsschuldscheine, wie jetzt gewöhnlich ist, auf die Brieffsinhaber lauten,) in einem jeden Augenblick, gleich als Papiergeld, ihre Besitzer wechseln; mit andern Worten, durch Staatsschulden wird das Nationalvermögen, bis zu dem Betrage der Schuld, in dem Grade beweglich (umsetzbar) gemacht, in welchem es überhaupt diese Eigenschaft annehmen kann. Aber, noch mehr! der Stand der Staatspapiere ist durch den gesammten Zustand des Staates bedingt. Wie dieser, da er unter dem Einflusse so vieler und so verschiedenartiger Ursachen steht, fast unaufhörlich dem Wechsel und von Zeit zu Zeit selbst einer Erschütterung unterworfen ist, so auch jener. Daher ein neuer und der Hauptgrund der Bewegungen, welche in der Republik der Staatsgläubiger herrschen. Der Boden bebt und schwankt unter diesen Gläubigern. Die einen hoffen, die andern fürchten; darum bilden sich Partheien unter ihnen. Zuweilen ergreift auch Alle dasselbe panische Schrecken oder derselbe Hoffnungsrausch. Mit einem Worte, in jener Republik und in der Volksherrschaft fast ganz dieselben Erscheinungen! Die Verfassungen der europäischen Staaten würden von dieser Seite noch weit mehr zu fürchten haben, wenn nicht bei dem Handel mit Staatspapieren, einem Wagspiele, die Parthei derer, welche bei der Er-



haltung des Bestehenden betheiligt sind, in der Regel die grosse Mehrzahl bildete.

So viel! — Es ist schon oft die Bemerkung gemacht worden, dass der grösste Neuerer die Zeit sey. Aber unmittelbar nach der Zeit kommt der Staatshaushalter. Doch vollzieht dieser nur die Gesetze, welche jener Neuerer vorschreibt.

---

## ZWEITE ABHANDLUNG.

---

### Ueber Besoldungssteuern.

Besoldungssteuern waren schon ehemals in den deutschen Staaten nicht unbekannt, wenn sie auch vor Zeiten nicht unter diesem sondern unter einem andern Namen, z. B. unter dem der „Personensteuer“, vorzukommen pflegten. Aber in mehreren Staaten, z. B. in Baden, in Würtemberg, sind sie in den neueren und neuesten Zeiten allererst eingeführt worden. Auch dadurch hat sich das Interesse der die Besoldungssteuer betreffenden Aufgaben in unsern Tagen vermehrt, dass der Grundsatz der gleichen Vertheilung der öffentlichen Lasten, welchen die neueren deutschen Verfassungsurkunden fast insgesamt bekräftiget haben, welcher überhaupt in Deutschland immer mehr Boden gewinnt, der Besoldungssteuer entschieden das Wort zu sprechen scheint.\*)

---

\*) Ueber die Zulässigkeit dieser Steuer haben sich schon mehrere Stimmen vernehmen lassen. S. des Freiherrn v. Malchus Handbuch der Finanzwissenschaft

Bei der Beurtheilung dieser Steuer sind zwei Fragen zu unterscheiden. Ist die Besoldungssteuer 1) eine rechtmässige und ist sie 2) eine den Maximen der Staatsklugheit entsprechende Auflage? Wenn auch die erstere Frage die Hauptfrage ist, und wenn auch eine Auflage, welche eines Rechtsgrundes entbehrt, in der Regel eben so wenig den Vortheil des Staates für sich haben kann, so kann sich doch umgekehrt der Fall so stellen, dass eine vollkommen rechtmässige Auflage dennoch aus Gründen der Staatsklugheit verwerflich ist. So ist z. B. eine Steuer, welche auf die Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien gelegt wird, gewiss eben so rechtmässig, wie die Grund- und die Gewerbesteuer. Und doch haben es bisher nur wenige Regierungen räthlich gefunden, eine Kapitalsteuer dieser Art zu erheben.

Man könnte mir, wenn oder in wie fern das Resultat der vorliegenden Abhandlung nicht zu Gunsten der Besoldungssteuer ausfallen sollte, den Vorwurf machen, dass ich eine *oratio pro domo* geschrieben hätte. Jedoch der ehrliche Mann wird eine Meinung, die er vertheidiget, desto schärfer prüfen, wenn er weiss, dass er zugleich seine eigene Sache führt.

Ehe ich aber zur Beantwortung der obigen beiden Fragen fortgehe, wird es zweckmässig seyn,

den Begriff der Besoldungssteuer, diese ihrem Gegenstande nach betrachtet, genauer zu bestimmen.

---

und Finanzverwaltung. 1. Theil. (Stuttg. und Tübing. 1830. 8.) §. 57.



Es giebt Fragen, welche sich ein Jeder zu beantworten getraut und welche gleichwohl schwer zu beantworten sind. Eine solche Frage ist die: Was ist eine Besoldungssteuer? — Freilich die Antwort liegt sehr nahe: Eine Steuer, welche auf Besoldungen gelegt wird! Aber, was sind Besoldungen? Man vergleiche nur die Gesetzgebungen derjenigen Staaten, in welchen es eine Besoldungssteuer giebt, mit einander, und man wird gewiss die Schwierigkeit der Aufgabe erkennen und ahnden.

Doch ohne weitere Vorrede — ich verstehe hier unter einer Besoldung das Einkommen, welches ein Staatsdiener, als solcher, von dem Staate unmittelbar oder mittelbar, (mittelbar d. i. kraft eines ihm vom Staate verliehenen Besteuerungsrechts oder durch Sporteln,) bezieht; und unter Staatsdienern diejenigen, welche von dem Staatsherrscher zur Ausübung gewisser Rechte der Staatsgewalt ständig angestellt sind, (sey es übrigens dass sie, um ihren Beruf zu vollziehn, Geistes- oder nur mechanische Arbeiten \*) zu verrichten haben). Ich gehe von diesem Begriffe aus, nicht nur weil er der grammatischen Bedeutung des Wortes: Besoldung, entspricht; nicht nur, weil die Besoldungssteuer überall, wo sie eingeführt ist, wenn auch zugleich andere Einnahmen, hier diese, dort andere, dennoch allemal die Besoldungen in die-

---

\*) Geistesarbeiten, (*operas liberales*,) wie z. B. die Beamten; mechanische Arbeiten, (*o. illiberales*,) wie z. B. die Gerichtsdiener. — Doch werde ich, um den Vortrag abzukürzen, vorzugsweise die Staatsdienste der ersteren Art vor Augen haben,

ser Bedeutung des Wortes trifft; sondern auch und sogar vorzugsweise deswegen, weil man von diesem Begriffe ausgehn muss, wenn man Grundsätze aufstellen will, die von der Besoldungssteuer überhaupt gelten. Allerdings können die positiven Gesetze den Begriff ausdehnen oder beschränken. Aber eine jede solche Ausdehnung oder Beschränkung ist dann für sich in Betrachtung zu ziehn und besonders zu begründen.

Ich will das praktische Interesse dieser Erörterung durch einige Beispiele erläutern. — Wie man auf mechanische Gewerbe eine Steuer legen kann, so kann man, wohl mit demselben Rechte, auch geistige Gewerbe, z. B. das des Lehrers, des Schriftstellers, des Künstlers, besteuern. Offenbar aber sind auf eine solche Steuer nicht die Grundsätze anwendbar, welche von einer Besoldungssteuer gelten. Um einen billigen Massstab für eine Steuer jener Art zu finden, hat man den Begriff einer Gewerbesteuer zum Grunde zu legen, zugleich aber den Unterschied zu beachten, der zwischen einem mechanischen und einem geistigen Gewerbe, beide bloß als Erwerbsmittel betrachtet, eintritt. (Z. B. das Kapital, das der Schriftsteller in seinem Gewerbe angelegt hat, ist ganz oder zum Theil er selbst. Dieses Kapital steht auf Leibrenten). — Die positiven Gesetze erstrecken die Besoldungssteuer gewöhnlich auf die vom Staate besoldeten Lehrer, diese mögen nun bei einer Hochschule oder bei einer andern Lehranstalt angestellt seyn. Ich bin weit entfernt, die Rechtmässigkeit dieser Besteuerung aus allgemeinen Gründen in Zweifel zu ziehn. Aber Staatsdiener, das Wort in der oben



bestimmten Bedeutung genommen, sind diese Lehrer, (abgesehn von einigen Nebenfunktionen,) nicht. Die Dienste, die sie dem Staate leisten, sind von den Diensten, welche z. B. bei dem Baue einer Landesstrasse oder in einer dem Staate gehörenden Fabrik von den Arbeitern verrichtet werden, zwar der Art, aber nicht dem Wesen nach verschieden. Kann also eine Steuer, welche auf den Lehrstand gelegt wird, der Besoldungssteuer schlechthin gleichgestellt werden? Oder, wäre diese Analogie auch vollkommen treffend: wäre es billig, bei der Abstufung der Steuer, die Besoldung und den freien Verdienst des Lehrers, z. B. den Verdienst, den er als Schriftsteller oder durch Privatunterricht hat, als ein Ganzes zu berechnen? — Endlich, der Staat kann wahre Staatsdienste, Staatsdienste in der oben bestimmten Bedeutung des Worts, zu bezahlen haben, und dennoch kann sich der Fall so stellen, dass die Zahlung nicht nach den von Besoldungen und von deren Besteuerung geltenden Grundsätzen zu beurtheilen ist. Z. B. die Tagelder, welche die Abgeordneten zum Landtage beziehn, können vielleicht aus einem andern Grunde einer Steuer oder einem Abzuge zu unterwerfen seyn; (was hier an seinen Ort gestellt bleibt;) aber auch der Besoldungssteuer?

Dagegen kommt, was den Begriff dieser Steuer betrifft, nichts auf die Beschaffenheit der Besoldungen an, ob die Besoldung z. B. in Geld oder in Naturalien oder in andern Dienstnutzungen besteht, ob sie unmittelbar oder mittelbar aus dem Staatsvermögen bestritten wird. Doch sey es mir erlaubt, hier eine Bemerkung über die Beschaffenheit der Besoldungen zu machen.

Sehr viele Stimmen haben sich in unsern Tagen für die festen Besoldungen erhoben, d. i. es soll theils ein jeder Dienst mit einer ein für allemal bestimmten Besoldung verbunden seyn, theils der Beamte nicht weiter eine besondere Vergütung für einzelne Amtsarbeiten oder Verrichtungen von den Partheien zu empfangen haben. Sollte wohl dieser Plan dem Interesse des öffentlichen Dienstes unzweideutig entsprechen?

A) *Ist die Besoldungssteuer eine rechtmässige Auflage?*

Diese Frage ist hier, d. i. in Beziehung auf den vorliegenden Abschnitt, nicht so zu deuten: Können Staatsdiener die Steuerfreiheit ihrer Besoldungen als ein Vorrecht oder Privilegium in Anspruch nehmen? Denn, in diesem Sinne genommen, gehört die Frage, wie eine jede Frage, welche den Grund eines Vorrechtes betrifft, in das Gebieth der Politik. In diesem Sinne also wird sie erst in dem folgenden Abschnitte erörtert werden. Hier aber in dem vorliegenden Abschnitte, ist von dem Grundsatz der gleichen Vertheilung der öffentlichen Lasten auszugehen, hier müssen wir uns auf den Boden des gemeinen Rechtes stellen.

Auch in dem Sinne werde ich mich nur an das gemeine Recht halten, dass ich die Beantwortung der Aufgabe nicht aus einem zwischen dem Staate und seinen Dienern bestehenden Vertragsverhältnisse ableite. Denn zuvörderst, nimmermehr möchte die Meinung derer zu billigen seyn, welche das Verhältniss zwischen dem Staate und seinen Dienern nach den Grundsätzen des



Vertragsrechtes beurtheilen. Eine Verfassungsfrage ist nicht in das Gebieth des Civilrechts herabzuziehn. Sodann aber, auch angenommen, dass jenes Verhältniss als ein Vertragsverhältniss zu betrachten wäre, so würde dennoch die Besteuerung der Besoldung nicht als ein Wortbruch zu betrachten seyn. Denn in einer andern Eigenschaft handelte der Staatsherrscher, als er den Vertrag abschloss, in einer andern handelt er, indem er die Besoldungen besteuert. In jener Beziehung ist er als Herr und Verwalter des Staatsvermögens, in dieser ist er als Staatsherrscher, als Regent, zu betrachten. Derselbe Unterschied ist auch für die Besteuerung der Staatsgläubiger von entscheidender Wichtigkeit. Eine Steuer, die von den Zinsen der Staatsanleihe zu entrichten ist, hat allerdings grosse Bedenklichkeiten gegen sich, (denn sie gefährdet den Staatscredit;) aber ein Vertragsbruch ist sie keinesweges.

### 1) Grundsätze.

Das oberste Rechtsprincip, von welchem bei der Ausübung des Besteuerungsrechts auszugehen ist, — das Endziel, welches dermalen fast alle europäische Regierungen bei der Besteuerung zu erreichen streben, — ist das: Die Steuern sind auf das reine Einkommen der Nation und auf einen jeden einzelnen Steuerpflichtigen nach Verhältniss seines reinen Einkommens zu legen. \*) Eine Nation, deren Steuersystem diesem

---

\*) Indem ich von dem „reinen“ Einkommen spreche, folge ich nur einer Tradition. Nur das so genannte reine Einkommen ist ein Einkommen schlechthin.

Grundsätze unmittelbar (direct) entspräche, welche also ihren gesamten Staatsaufwand mit einer Einkommensteuer, und zwar mit einer jenem Grundsätze entsprechenden Einkommensteuer bestritte, würde das Höchste in der Besteuerung erreicht haben.

Jedoch der directen und unbeschränkten Anwendung dieses Grundsatzes stehen mehrere Schwierigkeiten im Wege; wenigstens in den heutigen europäischen Staaten und zu Folge des politischen und ökonomischen Zustandes dieser Staaten. Die Hauptschwierigkeit ist die, dass die Regierung zu sehr drückenden Massregeln ihre Zuflucht nehmen muss, wenn diese Steuer mit Gerechtigkeit und mit Erfolg umgelegt werden soll, dass daher die Einkommensteuer überall, wo sie erhoben wird, Unzufriedenheit erregt, überall die Regierung mit den Steuerpflichtigen in einen Kampf verwickelt, dessen Ausgang weder für die Regierung in Verhältniss zu den Steuerpflichtigen, noch für diese in Verhältniss zu einander vortheilhaft ist. Sowohl deshalb, als aus andern Gründen, hat die Einkommensteuer, (in den heutigen europäischen Staaten,) noch nirgends den von ihr gehegten Erwartungen entsprochen. Höchstens ist von ihr, als von einer Hülfssteuer, (wie z. B. in Grossbritannien während der Kriegsjahre,) Gebrauch gemacht worden.

Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu erörtern, ob die Einwendungen, welche der Einkommensteuer, überhaupt oder in wie fern sie das alleinige Mittel zur Bestreitung des Staatsaufwandes seyn soll, entgegenzustehen schei-



nen, nicht dennoch zu heben seyn möchten.\*) Was auch der Zukunft vorbehalten seyn mag, für jezt beschränken sich die Regierungen, durch jene Erfahrungen belehrt und gewarnt, darauf, den Grundsatz, — einen jeden Steuerpflichtigen nach Verhältniss seines reinen Einkommens zu besteuern, — mittelbar in Vollziehung zu setzen. Um dieses zu bewerkstelligen, können drei Wege oder Umwege eingeschlagen werden. (Da ich in dem Folgenden von der — zweideutigen — Eintheilung der Steuern in directe und indirecte Gebrauch machen werde, so bestimme ich in voraus den Sinn dieser Eintheilung. Directe Steuern sind diejenigen Abgaben, welche von dem zu entrichten sind, dessen Einkommen oder Einnahme sie belasten sollen, indirecte diejenigen, welche für den, dessen Einkommen oder Einnahme sie belasten sollen, von einem andern zu verlegen oder vorzuschuessen sind. Die Eintheilung bezieht sich also nur auf die Erhebungsart der Abgaben. Auf der andern Seite steht sie in einem wesentlichen Zusammenhange mit dem so eben erwähnten Grundsatz.)

Erstens: Das Einkommen einer Nation und das der einzelnen Menschen kann aus ver-

---

\*) An Vorschlägen, welche auf die Beseitigung dieser Einwendungen berechnet sind, wird es nie fehlen. Zu viel hat die Einkommensteuer, als einzige Steuer, — in der Idee — für sich. In England haben sich, namentlich in den neuesten Zeiten, mehrere Stimmen für diese Steuer erhoben. Z. B. in folgenden Schriften: *Scheme for a graduated Property Tax.* Lond. 1832. 8. *Suggestions for the Relief of the public Burdens.* Lond. 1833. 8. Vergl. *Edinb. Review.* 1833. April, p. 143.

schiedenen Arten von Einnahmen bestehen; \*) und gewöhnlich fliesst das eine und das andere Einkommen aus mehr als einer Quelle. Da kann nun die Regierung, um dem obigen Grundsatz Genüge zu leisten, so verfahren, dass sie die einzelnen Einnahmen direct besteuert, also z. B. auf den Kapitalzins eine besondere directe Steuer und eben so auf die Grundrente eine solche Steuer legt; in der Hoffnung, dass, wenn sie alle Arten von Einnahmen mit directen Steuern verhältnissmässig belegt habe, indirect das gesammte Einkommen der einzelnen Steuerpflichtigen verhältnissmässig belastet seyn werde. — Zweitens: So oft der Staat eine Steuer ausschreibt, entsteht im Handel und Wandel ein Kampf; wer sie zu entrichten hat, sucht sie Andern aufzubürden. Diesen Kampf voraussehend und benutzend, kann nun die Regierung bei der Besteuerung so verfahren, dass, wer auch die Steuer (vorschussweise) entrichte, die Last dennoch am Ende auf einen jeden einzelnen Unterthan, und zwar nach Verhältniss seines reinen Einkommens, falle. Das ist der Rechtsgrund, auf welchem die indirecten Steuern beruhen oder beruhen sollen. Man

---

\*) Das Einkommen ist die Gesammtheit der Nutzen, welche eine Person von ihrer Arbeit und von ihrem Vermögen bezieht. Eine Einnahme ist eine einzelne Quelle des Einkommens; also z. B. der Arbeitslohn, die Grundrente, ist an sich nur eine Einnahme, wenn sie auch das gesammte Einkommen einer Person bilden kann. Wenn ein und derselbe Mensch mehrere (juridische) Personen in sich vereinigt, so kann man ihm mehr als ein Einkommen zuschreiben. Man kann also z. B. von einem Einkommen der Staatsdiener sprechen.



sieht leicht, dass der Zweck, dem oben aufgestellten Grundsatz Genüge zu leisten, mittelst der indirecten Steuern auf mehr als eine Weise, d. i. durch sehr verschiedene Arten von Steuern erreicht werden kann, dass, zur Erreichung dieses Zwecks, nach Zeit und Umständen bald diese bald andere Arten von Steuern angeordnet werden können und müssen. Jedoch in den meisten Fällen führen diejenigen indirecten Steuern am nächsten und besten zu diesem Ziele, welche auf den Verzehr, (auf die Consumption,) gelegt werden. Denn im Durchschnitte kann man annehmen, dass der Verzehr der Einzelnen mit ihrem Einkommen ohngefähr in Verhältniss stehe. — Endlich drittens: Die Regierung kann beide Wege zugleich einschlagen, also die Staatsausgaben theils mit directen Steuern, welche auf die einzelnen Einnahmen, (auch wohl, zur Aushülfe, auf das Einkommen,) gelegt werden, theils mit indirecten Steuern bestreiten. (In den heutigen europäischen Staaten der gewöhnlichste Fall!) Man sieht leicht, dass beide Besteuerungsarten wieder auf mehr als eine Weise mit einander in Verbindung gesetzt werden können.

Hier nur von dem ersten dieser drei Besteuerungssysteme, also nur von der Deckung des Staatsaufwandes durch directe Steuern, welche auf einzelne Einnahmen gelegt werden. Denn die Besoldungssteuer ist eine directe Steuer. (Jedoch erlaube ich mir über den relativen Werth dieser drei Systeme gelegentlich noch die Bemerkung oder Andeutung, dass das zweite, vorausgesetzt, dass die indirecten Abgaben auf den Verzehr gelegt wer-

den, am meisten, das dritte aber am wenigsten dem Zwecke entsprechen möchte, einen Jeden nach Verhältniss seines reinen Einkommens zu besteuern.) Uebrigens werde ich immer den Fall voraussetzen, dass der gesammte Staatsaufwand durch directe Steuern jener Art gedeckt werden soll; und eben so werde ich, wenn ich diese Steuern mit der Einkommensteuer vergleiche, immer den Fall unterstellen, dass die Einkommensteuer die einzige Steuer ist, welche die Unterthanen zu entrichten haben. Wenn man die äussersten Fälle setzt und entscheidet, so ist es dann leicht, diejenigen, welche in der Mitte liegen, zu beurtheilen.

Da das in Frage stehende System das auf einem Umwege erzielen soll, was die Einkommensteuer auf dem geraden Wege erreichen würde; da das System, um zu diesem Ziele zu gelangen, das Einkommen der Unterthanen in seine Bestandtheile zerlegt und einen jeden dieser Bestandtheile (oder eine jede einzelne Einnahme, oder doch nur einige zusammen) für sich direct besteuert, so folgt, dass bei der Ausführung dieses Systems allein und schlechthin die Analogie der Einkommensteuer zur Richtschnur zu nehmen ist.

Aus diesem Grundsätze ergiebt sich:  
1) Eine jede Art von Einnahme ist zu besteuern. Nun stehen zwar in so fern den Steuern auf die Einnahmen keine Schwierigkeiten entgegen, welche sie nicht mit der Steuer auf das Einkommen theilten. Aber gerade die Frage, was zu den Quellen des Einkommens zu rechnen und mithin als eine Einnahme zu betrachten sey, wird noch immer so verschieden



beantwortet, dass eine Gesetzgebung, welche die Einnahmen einzeln besteuert, Gefahr läuft, die eine oder die andere Einnahme unbesteuert zu lassen. (Wie viel ist z. B. in England über eine *Income Tax* und eine *Property Tax* und über den Vorzug der einen vor der andern gestritten worden! Der Hauptgrund des Streites war, dass man über den Begriff des Einkommens etc. nicht im Klaren war. Aus demselben Grunde sind die Aeusserungen meist so schwankend, welche man bei deutschen Schriftstellern über den Unterschied zwischen der Vermögens- und der Einkommensteuer findet.) Hier nur so viel:\*) Nicht blos das gehört zum Einkommen, nicht blos das ist eine Einnahme, was mein Vermögen vermehrt, sondern ich habe eine Einnahme auch dann, wann ich meine Sachen, (z. B. Hausgeräthe, Wäsche, Kleidungsstücke,) selbst nutze und gebrauche. Daher ist z. B. eine Gesetzgebung unvollständig (und man kann hinzusetzen, ungerecht,) welche alle Einnahmen einzeln zu besteuern heabsichtigt, und gleichwohl keine Mobiliensteuer enthält. Vielleicht hat die Einkommensteuer, wo man sie versucht hat, besonders deswegen nicht so viel eingetragen, als sie dem Anschläge nach eintragen sollte, weil man sich in dem Begriffe des Einkommens geirrt, das Wort zu wörtlich genommen hatte.

2) Die einzelnen Einnahmen sind

---

\*) Ausführlicher habe ich von dieser Frage, die hier nur gelegentlich in Betrachtung kommt, in der Schrift gehandelt: Staatswirthschaftslehre. Heidelberg, 1832. 8.

bei den Steuern, die auf sie, als auf einzelne Einnahmen, direct gelegt werden, nach denselben Regeln in Anschlag zu bringen, nach welchen sie bei der Einkommensteuer, als Bestandtheile oder Quellen des Einkommens, anzuschlagen seyn würden. (Also auch in so fern tritt zwischen jenen Steuern und der Einkommensteuer kein wesentlicher Unterschied ein.) Diese Regeln, über welche ganze Bücher geschrieben worden sind, hier anzuführen, würde zweckwidrig seyn, wenn ich auch weiter unten einige dieser Regeln auf die Besoldungssteuer anzuwenden haben werde.

Endlich 3) Es liegt in dem Wesen der Einkommensteuer, dass sie die Einnahmen des Steuerpflichtigen als ein Ganzes, gleichsam als eine Gesamtheit, belastet, dass sie also die Einnahme des Steuerpflichtigen nicht in dem Verhältnisse mehr oder weniger belastet, in welchem eine jede Einnahme für sich mehr oder weniger beträgt, sondern in dem Verhältnisse, in welchem die sämtlichen Einnahmen des Steuerpflichtigen zusammen mehr oder weniger betragen. (Der eine Massstab kann ein ganz anderes Resultat geben, als der andere: z. B. wenn die Steuer beziehungsweise mit dem Einkommen oder mit einer jeden einzelnen Einnahme steigt oder fällt.) Eben so liegt es in dem Wesen der Einkommensteuer, dass von der Steuerquote eines jeden Steuerpflichtigen sein Bedarf, d. i. der zu seinem Lebensunterhalte nothwendige Theil des Einkommens ab-



gezogen werde. Denn auf dem Einkommen haftet wesentlich die Last, denjenigen zu ernähren, der es bezieht; das Einkommen ist nicht eine absolute sondern eine relative Grösse; sein Betrag ist in Verhältniss zu der Person des Steuerpflichtigen (oder subjectiv) zu bestimmen. Es kann ferner der Bedarf, (ich spreche immer nur von dem Nothbedarfe,) nach der Verschiedenheit der Steuerpflichtigen, grösser oder geringer seyn. Denn, auch angenommen, dass die Einkommensteuer die Steuerpflichtigen dem physischen Bedürfnisse nach einander gleich setzt und, um sich nicht in Einzelheiten zu verlieren, gleich setzen muss, so giebt es doch noch ausserdem einen politisch - nothwendigen Aufwand, d. i. einen Aufwand, welchen ein Unterthan durch die Verfassung oder durch die Gesetze des Staates zu machen genöthiget seyn kann; und es kann dieser Aufwand, nach der Verschiedenheit der Stellung und der Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen bald grösser bald geringer seyn. Es ist daher von der Einkommensteuer, für den Bedarf der einzelnen Steuerpflichtigen, nicht blos überhaupt ein Abzug, sondern ein verhältnissmässiger Abzug, bald ein grösserer bald ein geringerer, zu machen. — Nun ist es zwar keinem Zweifel unterworfen, dass alle diese von der Einkommensteuer geltenden Regeln auch der directen Besteuerung der einzelnen Einnahmen zur Richtschnur dienen sollen. Aber dieser Anwendung jener Regeln stehen in der Erfahrung Schwierigkeiten entgegen, welche in vielen Fällen schlechthin un-

übersteiglich sind; in den übrigen höchstens so viel gestatten, dass dem Nachbilde eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Vorbilde gegeben werden kann. Und diese Schwierigkeiten entstehen daher, dass ein Steuersystem, welches statt des Einkommens die einzelnen Einnahmen direct belastet, diese aus dem Zusammenhange herausreisst, in welchem sie theils, als Bestandtheile des Einkommens, unter einander, theils, als Einnahme eines bestimmten Subjects, mit dem Bedarfe des Steuerpflichtigen stehn. (Man kann sagen, dass dieses System eine relative Grösse in absolute Grössen zerlege.) Wenn daher an sich oder *in thesi* auch in der vorliegenden Beziehung (3) kein wesentlicher Unterschied zwischen der directen Besteuerung der einzelnen Einnahmen und zwischen der Einkommensteuer eintritt, so führt doch jene Besteuerungsart, *in hypothesi*, zu einem Resultate, welches von dem der Einkommensteuer gänzlich verschieden ist. Und es liegt in dieser Verschiedenheit der Grund- und Hauptfehler jener Besteuerungsart. Zur Erläuterung ein Beispiel, das ich von der Grundsteuer entlehnen will, da diese Auflage wohl in allen deutschen Staaten vorkommt. Die Grundsteuer ist eine Abgabe, welche auf die Grundrente, — also auf eine einzelne Einnahme — gelegt wird. Sie kann nicht füglich anders umgelegt werden, als so, dass ein jedes Grundstück, nach seinem Umfange, nach der Art, wie es gebaut oder benutzt wird, und nach seiner Beschaffenheit, belastet wird, ohne dass man auf die Vermögensumstände des Eigenthümers Rücksicht nimmt.



Und so wird sie überall umgelegt. Nun setze man dass von zwei Grundeigenthümern, (von welchen übrigens, um das Beispiel desto einleuchtender zu machen, angenommen werden soll, dass beide nicht sonst bemittelt sind.) der eine 10 und der andere 100 Morgen Land besitzt, ist es wohl dem Rechte gemäss, dass der eine von dem Morgen eben so viel Steuer, als der andere, zu entrichten hat? würde man die Einkommensteuer nach dieser Regel umlegen? Ganz dieselbe Frage kann man aufwerfen, wenn die verzinslich ausgeliehenen Kapitalien, ohne Rücksicht auf die Vermögensumstände der einzelnen Kapitalisten, besteuert werden.

2) *Beurtheilung der Rechtmässigkeit der Besoldungssteuer nach den in dem Obigen aufgestellten Grundsätzen.*

Die Besoldungssteuer ist eine *directe* Steuer, welche auf eine Art der verschiedenen möglichen Einnahmen, — auf eine einzelne Quelle des Einkommens, — gelegt wird. Man kann gegen die Rechtlichkeit des Systems, welches die Einnahmen einzeln besteuert, (*in thesi* und *in hypothesis*) Enwendungen erheben. Aber, dieses System vorausgesetzt, sind Besoldungen eben so gewiss ein rechtmässiger Gegenstand der Besteuerung, als sie eine Quelle des Einkommens sind. Auch bei der Einkommensteuer würden sie in Rechnung zu nehmen seyn. Nur auf den Massstab also, nach welchem Besoldungen theils an sich, theils in Verhältniss zu einander, (die grösseren in Verhältniss zu den kleineren,) zu besteuern

sind, hat sich die vorliegende Untersuchung zu beschränken.

Zwar, wenn in einem Staate die Besoldungen so zugemessen wären, dass sie nur zur Bestreitung des Aufwandes hinreichten, welchen der Staatsdiener, seiner Stellung und seinem Range nach, in dem Interesse des Staates zu machen genöthiget — unmittelbar oder mittelbar verpflichtet — wäre, so würden in einem solchen Staate die Besoldungen von Rechts wegen frei zu lassen seyn. Jedoch in den heutigen europäischen Staaten möchte diese Bedingung höchstens bei einigen Besoldungen, z. B. bei den geringeren und geringsten gegeben seyn.

- a) Von dem Massstabe der Besoldungssteuer, diese Steuer an sich betrachtet oder mit den Steuern ähnlicher Art verglichen.

Vergleicht man die Besoldungssteuer mit andern Steuern, welche auf einzelne Einnahmen gelegt werden, so gehört sie in die Klasse der Gewerbssteuern oder so hat sie vorzugsweise mit diesen Steuern Aehnlichkeit. Wie die Steuern dieser Art kann sie in zwei Bestandtheile aufgelöst werden; sie belastet theils den Arbeitslohn theils den Kapitalgewinn des Staatsdieners. (Das Kapital, welches von der Besoldungssteuer belastet wird, ist fast ganz in dem Arbeiter selbst angelegt; es besteht hauptsächlich in dem Aufwande, welcher erforderlich war, um das Individuum für den Staatsdienst tauglich zu machen. Man kann dieses Kapital mit demjenigen vergleichen, durch welches ein Grundstück verbessert, d. i. dessen



Ertrag vermehrt wird. Jedoch kommt dieser Bestandtheil der Besoldung nur oder vorzugsweise bei den Staatsbeamten in Betrachtung.)

Gleichwohl unterscheidet sich die Besoldungssteuer von der Gewerbssteuer, beide in Beziehung auf die Einnahme betrachtet, welche sie belasten, in mehr als einer Hinsicht; und zwar so, dass der Grundsatz der gleichen Vertheilung der öffentlichen Lasten verletzt werden würde, wenn die Besoldung des Staatsdieners eben so hoch besteuert werden sollte, wie die Einnahme des Gewerbsmannes, des Handelsmannes oder des Handwerkers. — Denn: 1) Der Gewerbsmann kann seine Einnahme durch Fleiss und Rührigkeit vermehren; denselben Vortheil kann er auch von Glücksfällen, von der Benutzung günstiger Conjunctionen, ziehn. Der Staatsdiener dagegen hat es nicht in seiner Gewalt, mehr einzunehmen, als seine Besoldung oder als die gesetzliche Taxe seiner Arbeiten, (ein *Maximum*!) beträgt. — 2) Der Gewerbsmann kann das Verhältniss zwischen seiner Einnahme und den Fruchtpreisen, (welche am Ende über die Preise aller andern Brauchlichkeiten entscheiden,) wenn dieses Verhältniss durch ein allmäliges oder plötzliches Steigen der Fruchtpreise gestört wird, nach und nach oder auch augenblicklich wiederherstellen; nicht so der Staatsdiener. (Ich setze dabei voraus, dass die Besoldungen in Geld und nicht in Früchten bestehn. Jetzt der gewöhnlichere Fall! So gross übrigens auch die Vorzüge sind, welche Besoldungen in Geld vor Besoldungen in Früchten voraus haben, so ist es doch eine andere Frage, ob nicht die Geldbesoldungen von Zeit zu Zeit, —

z. B. jedes zehnte Jahr, — nach dem Preise der Früchte reguliert werden sollten.) — 3) Bei allen Umlagen, bei den directen wie bei den indirecten, ist in voraus zu erwägen, ob oder in wie fern sie umgangen oder im Handel und Wandel Anderen aufgebürdet werden können. (Der Staatshaushalter muss die Menschen nehmen, wie sie sind; denn er kann sie nicht zu dem machen, was sie seyn sollten.) Die Besoldungssteuer aber trifft den Staatsdiener weit pünktlicher und sicherer, als die Gewerbssteuer den Gewerbsmann. Was der Staatsdiener als solcher einnimmt, kann ihm die Regierung fast von Gulden zu Gulden nachrechnen; bei der Gewerbssteuer muss sie sich mit einem allgemeinen Ansatz, (mit einem nach allgemeinen Regeln berechneten Steuerkapitale,) begnügen. Der Gewerbsmann kann seine Steuer ganz oder zum Theil, auf seine Arbeiten oder Waaren schlagen. Die Besoldungssteuer kann der Steuerpflichtige eben so wenig, als die Grundsteuer von sich abwälzen. — Endlich 4) Das Kapital des Gewerbsmannes besteht fast immer, wenigstens grossentheils, in Brauchlichkeiten irgend einer Art; es kann ergänzt werden, es ist erwerblich. Das gerade Gegentheil ist das Kapital des Staatsbeamten; es ist in ihm selbst, es ist auf Leibrenten angelegt. Würde also dieses Kapital nach demselben Massstabe, wie jenes Kapital besteuert, so würde man den Abzug übersehn, welcher von der Besoldung, weil und wie fern sie ein auf Leibrenten stehendes Kapital zu erstatten hat, bei deren Besteuerung zu machen ist. Wenn auch der Staatsdienst ausser der Besoldung noch andere Vortheile gewährt, so dürften diese doch,



(z. B. die Ehre, die Macht, der Einfluss,) nicht bei der Besteuerung in Anrechnung zu bringen seyn.

Ich habe hier immer den Fall vorausgesetzt, dass der Staatsaufwand allein durch Steuern, welche auf die einzelnen Einnahmen gelegt sind, gedeckt wird. Sind aber mit den Steuern dieser Art noch indirecte Auflagen, und ins besondere Consumtionsabgaben, verbunden, so können sich die Verhältnisse so stellen, dass die Besoldungssteuer, auch wenn ihr Betrag nach einem sonst billigen Massstabe bestimmt ist, in einem hohen Grade drückend wird, ja dass sie sich nun kaum noch mit dem Grundsatz der gleichen Vertheilung der öffentlichen Lasten vereinigen lässt. Man braucht, um sich hiervon zu überzeugen, nur den Einfluss zu erwägen, welchen ein Mauthsystem, das die Fabrikate und die so genannten Luxuswaaren vertheuert, auf den Aufwand, selbst auf den unentbehrlichen, und mithin auf die ökonomische Lage der Staatsdiener haben muss.

Die Resultate, die sich aus dem, was in dem Obigen über den Massstab für die Besteuerung der Besoldungen gesagt worden ist, ergeben, sind freilich nur negativ. Sie gehen nur dahin, dass die Besoldungssteuer nicht so hoch anzusetzen sey, wie die Gewerbesteuer oder wie eine andere auf eine einzelne Art der Einnahmen gelegte Steuer. Aber ein positives, ein in Zahlen ausdrückbares Resultat dürfte, wenn überhaupt, wenigstens nicht ohne bestimmte, aus der Steuerverfassung eines in der Erfahrung gegebenen Staates entlehnte, Voraussetzungen zu erzielen seyn.

- b) Von dem Massstabe der Besoldungssteuer, die Besoldungen in Verhältniss zu einander betrachtet.

Dem Staatsdiener kommt, als solchem, die Eigenschaft einer Person zu. (*Plures personas sustinet, publicam et privatam.*) Die Besoldungssteuer unterscheidet sich daher von andern directen Steuern, welche auf einzelne Einnahmen gelegt werden, dadurch, dass die Einnahme, welche von ihr belastet wird, zugleich als ein Einkommen oder nach der Analogie des Einkommens betrachtet und mithin mit Rücksicht auf den Bedarf des Staatsdienes besteuert werden kann. Mag auch diese Analogie nicht so weit reichen, dass sie die Besoldungssteuer rechtfertiget, so liegt doch in ihr so viel, dass die Besoldungssteuer, da sie nach dem Bedarf des Steuerpflichtigen, und zwar ohne Schwierigkeit, zugemessen werden kann, nach dieser Regel zuzumessen ist.

Die Aufgabe ist nun die: Wie viel ist von der Besoldungssteuer wegen des Bedarfs der Steuerpflichtigen abzuziehen? — Indem ich jetzt diese Aufgabe zu lösen versuche, will ich nicht die verschiedenen überhaupt möglichen Arten aufzählen, wie die Aufgabe gelöst werden kann. Was in dieser Hinsicht geschehen kann, findet man fast in einem jedem ausführlichen Werke über die Staatswirthschaftslehre, so wie in den Schriften, welche die Steuern ins besondere zum Gegenstande haben. Ich kann auf einem kürzeren Wege zum Ziele gelangen, wenn ich von einem bestimmten Beispiele ausgehe.



Im Königreiche Württemberg, in welchem die Besoldungen und Pensionen in den neuern Zeiten besteuert worden sind, ist das Dienst-einkommen bis 300 fl. steuerfrei. Ein jedes grössere Dienst-einkommen unterliegt der Steuer und zwar so, dass mit dem Einkommen auch die Steuer steigt; nach folgender Abstufung:

Von 3—600 fl. Dienst-einkommen ist zu ent-  
richten 1 p. C.

Von da an bis 1200 fl. 2 p. C.

- - - - 1800 - 3 -

- - - - 2400 - 3½ -

- - - - 3600 - 4 -

- - - - 4800 - 4½ -

Von einem jeden höhern Dienst-einkommen 5.

Ich weiss nicht ob diese (und eine jede ähnliche) Stufenleiter mit den Grundsätzen des Rechts zu vereinigen seyn möchte. Sie beruht auf dem Grundsatz: Je mehr der Staatsdiener einnimmt, je besser er besoldet ist, desto mehr kann und soll er von seiner Einnahme an die Staatskasse zahlen. Dieser Grundsatz würde vollkommen richtig seyn, wenn bei der Umlegung der Besoldungssteuer blos auf den physischen Bedarf des Staatsdieners Rücksicht zu nehmen wäre. Denn allerdings kann der Staatsdiener, der mehr einnimmt, als ein anderer, unbeschadet des Aufwandes für seinen physischen Bedarf, mehr steuern, als der geringer Besoldete. Aber der Bedarf des Staatsdieners ist noch überdies politischer Art. Der Staatsdiener ist genöthiget, je höher er in der Beamtenwelt steht, einen desto grösseren Aufwand zu machen. So bringt es das Interesse der monarchischen Verfassung, so bringen es

die besondern Verhältnisse mit sich, in welche ihn seine Stelle im bürgerlichen Leben versetzt. Die richtigere Bestenerungsart dürfte daher die seyn, das alle Besoldungen, (mit Ausnahme der niedrigsten?) nach demselben Massstabe besteuert, von einer jeden Besoldung, (mit derselben Ausnahme,) dieselben *p. Cente* abgezogen würden. Denn unter dieser Voraussetzung würde die Besoldungssteuer wenigstens der Abstufung keinen Eintrag thun, welche unter den Staatsbeamten in Beziehung auf ihren politischen Bedarf eintritt; des Nebenvortheils nicht zu gedenken, dass alsdann nicht die Klasse, sondern genau das wirkliche Dienst Einkommen, über die Steuerquote der einzelnen Staatsdiener entschiede.

#### A n h a n g.

Von der uneigentlich so genannten Besoldungssteuer oder von dem Abzuge, welchem Besoldungen unter dem Namen einer Besoldungssteuer zu unterwerfen seyn können.

Es können Fälle vorkommen, in welchen die Regierung vollkommen berechtigt ist, einen Abzug von den bisherigen Besoldungen zu machen, und in welchen dieser Abzug in das Gewand einer Besoldungssteuer entweder am zweckmässigsten gekleidet wird oder nothgedrungen gekleidet werden muss.

Die gewöhnlichsten Fälle dieser Art sind die: Wenn der Preis des Geldes bedeutend und auf die Dauer steigt oder, was dasselbe ist, wenn die Waarenpreise bedeutend und auf



die Dauer fallen; \*) — wenn andere und noch dringendere Staatsausgaben, (z. B. während eines Krieges, die für die Landesvertheidigung,) eine Verminderung der Besoldungen gebieterisch fordern; — wenn eine Veränderung, die mit der Staatsverfassung vorgenommen worden ist, die Folge hat, dass die Besoldungen, im Geiste der neuen Verfassung, herabgesetzt werden müssen.

Allerdings kann in diesen und in ähnlichen Fällen der Abzug von den Besoldungen auch direct gemacht werden. Aber bei einem Verluste, den man erleiden muss, kommt schon etwas auf den Namen an, welcher dem Opfer gegeben wird. Auch liegt in einer Besoldungssteuer mehr, als in einer Herabsetzung der Besoldungen, die Hoffnung auf bessere Zeiten, und zuweilen selbst die bessere Gewährleistung gegen eine ungleiche Vertheilung des Verlusts. Oder, wenn die Besoldungen gegen einen Abzug gesetzlich gesichert sind, ist die Besoldungssteuer am wenigsten *mali exempli*.

Uebrigens leuchtet von selbst ein, dass eine Besoldungssteuer, welche der Sache nach ein Abzug von den Besoldungen ist, nicht an dem Massstabe gemessen werden könne, nach welchem man die Besoldungssteuer in der eigentlichen Bedeutung, die Abgabe, welche kraft des Besteuerungsrechts auf die Besoldungen gelegt wird, zu bestimmen hat. Von jener Steuer gilt z. B. die Regel: *Cessante causa cessat*

---

\*) Die mir bekannten Besoldungssteuern wurden gerade in einer solchen Periode eingeführt, zu Anfang der zwanziger Jahre des laufenden Jahrhunderts,

*effectus!* oder es sollte wenigstens von ihr diese Regel gelten.

B) *Ist die Besoldungssteuer eine nach den Maximen der Staatsklugheit zu billigende Auflage?*

Wenn und da die Besoldungssteuer das Recht für sich hat, bedarf es denn noch einer Erörterung der Vortheile oder der Nachtheile, welche mit dieser Steuer verbunden sind? — Ich antworte auf diese Frage: 1) Was Rechtens ist, findet desto gewisser Eingang, wenn es zugleich das Vortheilhaftere ist. 2) Der Massstab, welcher sich aus Rechtsgrundsätzen für die Besoldungssteuer ergiebt, ist nicht so bestimmt, dass auf die Besteuerung der Besoldungen Gunst oder Ungunst ohne Einfluss seyn könnte. 3) Was wir Staatsklugheit oder Politik nennen, begreift zugleich das Nothrecht, d. i. die Regeln unter sich, nach welchen, wenn in der Erfahrung zwei Rechte nicht mit einander bestehen können, der Streit, — sey es durch Aufopferung des einen Rechts oder durch einen Vergleich, — beizulegen ist.

Aus dem Standpunkte des Staatshaushalters, (des Finanzministers,) betrachtet, ist die Besoldungssteuer in einem gewissen Sinne die allervollkommenste, das *Non plus ultra* einer Steuer. Denn sie braucht nicht erst erhoben zu werden; die Staatskasse kann sie von der Besoldung sofort abziehn. (*Beati possidentes!*) Von Erhebungskosten ist daher bei dieser Steuer kaum irgend eine Frage. Jedoch eben so gewiss ist es, dass die Leichtigkeit und Sicherheit, mit welcher die Besoldungssteuer erhoben



werden kann, bei dem Urtheile über den Gesamtwertb dieser Steuer nur eine untergeordnete Rücksicht verdient. Sonst würde man zu dem Grundsatz gelangen, dass der Staat da nehmen darf und soll, wo am leichtesten etwas zu nehmen oder zu finden ist.

Weit entscheidender spricht der Grund für die Besoldungssteuer, dass die Staatsdiener dem Volke, auch was das Tragen der öffentlichen Lasten betrifft, mit einem guten Beispiele vorgehn sollen, dass das Volk diese Lasten desto williger tragen wird, wenn es sieht, dass auf seinen Vorgesetzten dieselbe Bürde lastet. Erwägt man die Stimmung, die sich in den deutschen Staaten hin und wider im Volke offenbart, so kann dieser Vortheil, den die Besoldungssteuer ihrem Wesen nach hat, kaum hoch genug angeschlagen werden.

Kaum minder wichtig ist vielleicht ein anderer Vortheil. Die Staatsbeamten, als ein Ganzes oder als eine Körperschaft betrachtet, haben, unter einer jeden Voraussetzung, auf den wirtschaftlichen Charakter — auf die grössere oder geringere Sparsamkeit — der Regierung einen gewissen Einfluss, wenn auch hier einen grösseren, dort einen geringeren. Auch angenommen nun, dass die Besoldungssteuer die Staatsdiener nicht unmittelbar nöthiget, sparsamer Haus zu halten, (denn die Last kann, unter gewissen Umständen, leicht zu ertragen seyn,) so wird sie doch in ihnen jenes unheimliche Gefühl der Dienstbarkeit erregen, welches sie zum Mitgefühl der auf dem Volke liegenden Lasten bestimmen muss. Aber noch mehr! Die Staatsdiener, mit einer Besoldungssteuer belastet, kön-

nen einer Verminderung oder Aufhebung dieser Steuer kaum unter einer andern Bedingung entgegenzusehn, als wenn auch dem Volke ein Theil der Lasten, die es zu tragen hat, abgenommen wird. Dagegen müssen sie fürchten, mit den Lasten des Volks auch die Besoldungssteuer vermehrt zu sehn. Sie haben also ein unmittelbares Interesse, zur Verminderung der allgemeinen Steuerlast, so viel in ihrer Macht steht, beizutragen. Und so wie sich die öffentlichen Verhältnisse in den neueren Zeiten gestellt haben, ist es vielleicht gerade jetzt, wenigstens in einigen Staaten, ein besonderes Bedürfniss, das Privatinteresse der Staatsdiener mit dem Interesse des Volkes durch eine Besoldungssteuer zu vereinigen. Vor Zeiten nämlich wurden die obersten Staatsämter fast immer und überall ausschliesslich von Adeligen, d. i. von Männern verwaltet, welche meist im Lande angessen waren. Diesem Herkommen lag die sehr richtige Idee zum Grunde, dass man eine löbliche Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten vorzugsweise von denen erwarten könne, welche in diesen zugleich die eigenen besorgten. Nun bin ich zwar weit entfernt, jenem Herkommen eine unbedingte Lobredé zu halten. Denn die angedeutete Idee verkümmerte oft in der Erfahrung, weil das Interesse des Adelstandes mit dem anderer Stände im Zwiespalte war. Auch lässt sich die Vergangenheit wohl zurückwünschen, aber nicht zurückerufen. Nur dem Grundsatz galt das Lob, In der Verfassung der constitutionellen Monarchie hat übrigens dieser Grundsatz noch das besondere Moment für sich, dass in derselben die Veranlassung oder die Nothwendigkeit liegt, die



obersten Staatsdiener häufiger, als in einer andern Form der Monarchie, zu wechseln, ein solcher Wechsel aber sogar schwerer ausführbar ist, wenn die obersten Stellen nicht, (wie in Grossbritannien und Frankreich,) mit begüterten Männern besetzt sind. Doch dem sey wie ihm wolle, in den deutschen Staaten bringen es die jetzigen Verhältnisse, (z. B. die dem Dienstalder gebührende Achtung, die Stellung der Regierung zu dem Adel des Landes,) nicht selten mit sich, dass auch Unbegüterte zu den höchsten Stellen im Staate gelangen. Ueberall aber möchte für die grosse Mehrzahl der Staatsdiener die Besoldung, wenn auch nicht die einzige, doch die Haupteinahme seyn. Da giebt es nun kaum ein anderes oder besseres Mittel, das Privatinteresse der Staatsdiener mit dem öffentlichen Interesse zu verschlingen und zu verweben, als eine Besoldungssteuer.

Jedoch diese Steuer hat auch ihre Schatten-seiten, welche eben so wenig, als ihre Lichtseiten, verheimlicht werden dürfen. Besonders zwei Einwendungen dürften sich der Einführung oder Beibehaltung dieser Steuer entgegensetzen lassen.

Die erste Einwendung: So gewiss auch die Besoldungssteuer ihrem Rechtsgrunde nach von einem Abzuge verschieden ist, welcher von den Besoldungen gemacht wird, hat sie doch, ihren Folgen nach, die letztere Eigenschaft; sie vermindert die Besoldungen. Nun ist aber die Staatshaushaltung gewiss nicht eine gute zu nennen, welche an den Besoldungen ersparen oder sich erholen will. Eine solche Haushaltung setzt den Staat der Gefahr aus, ein Er-

Zacharia's staatswiss. Abhandlg.

4

sparniss oder einen Gewinn mit einem hundertfältigen Verluste zu büßen. Denn wie der Lohn, so die Arbeit. Will der Staat gut bedient seyn, will er, dass sich die besseren und besten Köpfe seinem Dienste widmen, so muss er seine Diener gut bezahlen. Andere Abgaben können sogar als ein Sporn zum Arbeitsfleisse wirken; nicht so die Besoldungssteuer. Denn dem Einkommen des Staatsdieners sind gesetzlich gewisse Grenzen gesetzt. (Ich spreche hier nur von der Regel. Diese kann allerdings Ausnahmen leiden.) Der Staat hat sogar zu fürchten, dass seine Diener, wenn er ihre billigen Ansprüche unberücksichtigt lässt, zu unerlaubten Mitteln ihre Zuflucht nehmen könnten. Denn an Gelegenheiten und Versuchungen fehlt es ihnen nicht; und keinem Verbrechen ist so schwer beizukommen, als dem der Bestechlichkeit, einem Verbrechen, das so viele Gestalten annehmen und sich in so viele Gestalten verhüllen kann. Hiermit soll nicht einer verschwenderischen Bezahlung der Staatsdiener das Wort gesprochen werden. Doch die Hauptmaxime ist und bleibt, was die Besoldungen betrifft, immer die: Wenige Beamte, gute Besoldungen. — Gleichwohl, so trifft auch die vorliegende Einwendung zu seyn scheint, ja an sich ist, so hängt doch ihr Gewicht in einem jeden einzelnen Staate von der Beschaffenheit d. i. von dem verhältnissmässigen Betrage der Besoldungen ab. Stehen diese in Verhältniss zu dem Aufwande, welchen der Beamte zu machen genöthiget ist, hoch, so kann mit dieser Einwendung nicht die Räthlichkeit einer Besoldungssteuer überhaupt bestritten werden. Anders in dem entgegengesetz-



ten Falle. Nur so viel lässt sich, zu Folge dieser Einwendung, schlechthin behaupten, dass im Zweifel, — es mag nun die Frage die seyn, ob, oder die, wie hoch die Besoldungen besteuert werden sollen, — die den Staatsdienern günstigere Meinung, schon nach den Grundsätzen einer guten Staatshaushaltung, den Vorzug verdiene.

Die zweite Einwendung: In einem jeden einzelnen Staate ist die Zulässigkeit einer Besoldungssteuer zugleich, ja vor allen Dingen, nach den Grundsätzen zu beurtheilen, auf welchen seine Verfassung beruht. Sollte auch diese Steuer in einer jeden andern Hinsicht das Recht und die Billigkeit für sich haben, sie ist dennoch verwerflich, wenn sie mit dem Geiste der gegebenen Staatsverfassung im Widerspruche steht oder im Widerspruche stehn würde. Die Frage stellt sich daher in Beziehung auf die deutschen monarchischen Staaten so: Ist eine Besoldungssteuer mit dem Geiste der Verfassungen dieser Staaten vereinbar? So sehr nun auch die deutschen monarchischen Verfassungen ihrer Ausbildung nach von einander verschieden sind, so sind sie doch ihrem Grundcharakter nach insgesamt Monarchieen. Mit dem monarchischen Principe aber, d. i. mit dem Interesse der monarchischen Verfassung, als solcher, dürfte eine Besoldungssteuer schwerlich zu vereinigen seyn. Denn, kann man die Staatsdiener, in Beziehung auf die Besteuerung und sonst, den übrigen Unterthanen gänzlich gleich stellen, ohne das Staatsoberhaupt selbst, dessen Organe sie sind, dem gemeinen Rechte unmittelbar zu unterwerfen? Sind nicht die Vorrechte der Krone

selbst gefährdet, wenn diejenigen, durch welche der Souverain regiert, an jenen Vorrechten keinen Theil haben? Werden nicht die Bande, welche dem Staatsoberhaupte für die Treue und für den Gehorsam der Staatsdiener, seiner Diener, Gewähr leisten sollen, looser gemacht, wenn diese, wegen einer von ihnen zu entrichtenden Besoldungssteuer, ein Privatinteresse haben, das mit dem der übrigen Unterthanen wesentlich ein und dasselbe ist? — Es möchte wohl kaum gelingen, diese Einwendung gänzlich zu entkräften. Ueberall, wo die Steuerfreiheit der Besoldungen als ein Vorrecht betrachtet werden kann, wird dieses Vorrecht die Staatsdiener um so fester an das Oberhaupt knüpfen, da sie diesem allein das Vorrecht, dessen Erhaltung oder Wiederherstellung, zu verdanken haben. Nur das lässt sich auf jene Einwendung erwiedern, dass in einigen deutschen monarchischen Staaten das demokratische Princip, mittelst der Anwendung des Repräsentativsystemes, einen Einfluss auf die Verfassung erhalten hat, welcher die Besteuerung der Besoldungen, wo nicht rechtfertiget, doch zur Genüge erklärt.

---



### DRITTE ABHANDLUNG.

---

Von den Gelddarlehenen, diese im Verhältnisse zu andern Kapitalien betrachtet.

Materielle Kapitalien sind diejenigen, zu dem Vermögen einer bestimmten Person gehörenden, Brauchlichkeiten, (brauchbaren Sachen,) welche entweder ihrer physischen Beschaffenheit nach nicht verbrauchsam oder, obwohl verbrauchsam, von ihrem Besitzer für jezt noch nicht verbraucht sind. (Also z. B. auch eine Summe Metallgeld oder ein bestimmtes Quantum Metall, das zu Geld ausgeprägt ist, gehört zu den materiellen Kapitalien seines Eigenthümers.) Ein ideelles Kapital ist eine Rechtsforderung, deren Gegenstand Brauchlichkeiten sind.

Da die ideellen Kapitalien sowohl ihrem Gegenstande als ihrem Rechtsgrunde nach sehr verschiedener Art seyn können, so will ich die vorliegende Untersuchung, um sie theils bestimmter zu stellen, theils abzukürzen, auf diejenigen Kapitalien dieser Gattung beschränken, welche in der Erfahrung am häufigsten vorkommen, d. i. auf diejenigen, deren Gegenstand eine Geldforderung und deren Rechtsgrund ein Darlehn ist. (In diesem beschränkteren Sinne bitte ich den Ausdruck: Ideelle Kapitale und in demselben Sinne bitte ich die Worte: Geldforderungen, Anlehne, Kapitalisten, Gläu-

biger, Schuldner, in der vorliegenden Abhandlung zu deuten.)

Die ideellen Kapitalien sind entweder Forderungen an den Staat oder Forderungen an Privatpersonen. (Schuldet eine Gemeinheit, so ist die Forderung unter dem ersten Gliede der Eintheilung begriffen.) Wie sich die Verhältnisse in den heutigen europäischen Staaten gestellt haben, hat diese Eintheilung zugleich ein besonderes praktisches Interesse. In diesen Staaten zerfallen die Kapitalisten in zwei grosse Abtheilungen oder Partheien, in die der Staats- und der Privatgläubiger. Mannigfaltig sind die Verhältnisse und Beziehungen, in welchen diese beiden Klassen der Gläubiger, so wie ihre Schuldner, zu einander stehn.\*) — Zu den ideellen Kapitalien gehört auch ein umlaufendes Papiergeld. Denn dieses ist am Ende nur eine Forderung an den, welcher das Papier als Geld in Umlauf gesetzt hat. Jedoch konnten die vielen Eigenthümlichkeiten, welche diese Art der ideellen Kapitalien hat, in der vorliegenden Abhandlung nicht in Betrachtung gezogen werden.

---

Es ist eine sehr auffallende Erscheinung, dass die Masse der ideellen Kapitalien, wenig-

---

\*) Ein Anlehn, welches der Staat gegen eine ewige Rente aufnimmt, kann noch in einem andern Sinne ein ideelles Kapital genannt werden. Denn der Rechtsanspruch des Gläubigers erstreckt sich dann nicht auf das Kapital, (das ist nur eine Rechnungsmünze,) sondern nur auf den Kapitalzins. Kann man hieraus zugleich folgern, dass die Schuld nicht auf dem Vermögen, sondern nur auf dem Einkommen der Nation hafte?



stens in einem guten Theile der europäischen Ländern, z. B. in Grossbritannien, in den Niederlanden, in Frankreich, in den deutschen Staaten, seit wiederhergestelltem Frieden, ja in einigen dieser Länder schon von einem früheren Zeitpunkte an, so bedeutend zugenommen hat und in diesen Ländern noch immer im Zunehmen ist. Die Thatsache selbst ist nicht zweifelhaft. Der Beweis liegt in der ungeheuren Summe, zu welcher die Schulden der europäischen Staaten angewachsen sind, in dem so niedrigstehenden und noch immer sinkenden Zinsfusse, in der Leichtigkeit, mit welcher Darlehne zu haben sind oder Geldkapitalien zusammengeschossen werden, wenn eine neue Fabrik gegründet oder eine grosse gewinnbringende Unternehmung ausgeführt werden soll. Aber, woher dieser Ueberschuss?

Ein jedes ideelle Kapital setzt zu seiner Entstehung ein materielles Kapital voraus. Die Grundlage jener Zunahme der ideellen Kapitalien ist daher die Zunahme des reellen Reichthumes. Die europäischen Nationen, (ich spreche nicht von allen, sondern immer nur von den schon oben bezeichneten,) sind reicher geworden, nicht etwa blos, wenn man ihr Vermögen in Geld anschlägt, sondern weil sie in materiellen Kapitalien, (in Brauchlichkeiten,) der Quantität und Qualität nach mehr besitzen, als ehemals. Sie verdanken dieses Steigen ihres Reichthumes unmittelbar den vielen und grossen Veränderungen, welche mit den Quellen und den Bedingungen des Erwerbes zum Vortheile des Erwerbes vorgegangen sind. (Zerstückelung und

Entlastung der Grundstücke ; Gewerbsfreiheit ; Vertheilung der Arbeiten ; Maschinenwesen ; Handelsverkehr zwischen Europa und den übrigen Welttheilen ; Kunststrassen : Mittel zur Erleichterung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande.) — Man lasse sich in der Ueberzeugung von dem gestiegenen Wohlstande der europäischen Nationen nicht durch die Klagen über nahrungslose Zeiten irre machen, welche so häufig geführt werden. So gegründet auch diese Klagen, was einzelne Erwerbszweige betrifft, seyn können und mögen, (zumal da der ökonomische Zustand fast aller europäischen Nationen mehr oder weniger ein künstlicher Zustand ist,) so liegt doch in ihnen zugleich ein Grund mehr für jene Ueberzeugung. Das Einkommen der Einzelnen ist kleiner als ehemals, aber nicht das der Gesamtheit. Denn viele kleine Gewinne betragen zusammen mehr, als einige wenige grosse. Einzelne fühlen eine Verminderung ihres Gewinnes oder einen Verlust schmerzlicher als ehemals. Aber eben deswegen sind Alle genöthiget, desto mehr zu schaffen und zu arbeiten.

Die materillen Kapitalien müssen in Geld umgesetzt werden, um in ideelle Kapitalien (in Darlehne,) verwandelt werden zu können. Auch in dieser Beziehung aber begünstigten die Zeitumstände die Entstehung und die Vermehrung der ideellen Kapitalien. Das Geld, eine Waare, ist leichter und wohlfeiler zu haben, als ehemals. Denn, wenn sich auch in Europa die Masse der edleren Metalle nicht während des laufenden Jahrhunderts oder in den neuesten Zeiten



vermehrt haben sollte, so ist doch das Papiergeld, (dessen Stelle zuweilen auch die Staatsschuldscheine vertreten,) zu Hülfe gekommen; und so hat doch der raschere Geldumlauf, so wie die Vervollkommenung der Kunst, Baarzah- lungen, (z. B. durch Wechsel - und Bankge- schäfte,) entbehrlich zu machen, ganz so, wie eine Vermehrung des Metallgeldes, gewirkt.

Sollen materielle Kapitalien, nach- dem sie in Geld umgesetzt worden sind, in ideelle Kapitalien verwandelt wer- den, so müssen die Kapitalisten die Neigung haben, das Geld in verzins- lichen Darlehen anzulegen. Gerade diese Neigung oder Vorliebe aber ist in den neueren Zeiten reger und allgemeiner worden. — Zuvörderst; es möchte sich denn doch die Behauptung vertheidigen lassen, (so sehr sie auch ein Paradoxon zu seyn scheint,) dass die Menschen im Durchschnitte besser wirthschaf- ten gelernt haben, als sie ehemals wirthschaf- teten. Es sey, dass besonders der Mittelstand jezt mehr ausgiebt, als ehemals. Denn es ist ein Zeichen der Zeit, dass der Mittelstand überall bemüht ist, sich in der Kleidung und im Hausrathe, (auch in der Gesellschaftsspra- che,) den höheren Ständen gleichzustellen; was dann wieder auf die untersten Stände zu- rückwirkt. Aber ehemals wurde mehr auf Vor- räthe gehalten, auch das baare Geld häufi- ger, als ein Nothpfennig, wohlverschlossen auf- bewahrt. Man berechnete dabei nicht, dass es der Sache nach einerlei sey, ob man die Zinsen, die ein Kapital einträgt, ausbebe oder ob man das Kapital tod liegen lasse; ja dass

das letztere Verfahren nicht selten noch weniger haushälterisch sey, als das erstere. (Vorräthe sind dem Verderben unterworfen.) Mag übrigens auch an der richtigeren Einsicht unserer Zeit die Noth ihren Antheil haben; im Resultate macht das keinen Unterschied. — Sodann aber und noch mehr ist die Neigung, Geld auf Zinsen auszuleihen, dadurch in den neueren Zeiten geweckt und gesteigert worden, dass die Darleiher jezt in mehr als einer Hinsicht weit besser, als ehemals, gestellt sind. So ist, z. B. durch Hypotheken- und Wechselordnungen und durch Creditsysteme, auf die Sicherung der Gläubiger sorgfältiger Bedacht genommen worden. Und wenn schon bei den Anlehen, welche der Staat aufnahm, nicht dieselben Vorkehrungen getroffen werden konnten, so gab es doch für diese andere Bürgschaften, (z. B. ständische Verfassungen, Tilgungskassen;) und so waren doch mit diesen Anlehen gewöhnlich noch besondere Vortheile für die Gläubiger verbunden, (z. B. Loteriegewinne, Scheine, welche, auf den Briefsinhaber lautend, leicht in Geld umgesetzt werden können.)

Endlich, alles andere gleichgesetzt, werden sich die ideellen Kapitalien in dem Verhältnisse vermehren, in welchem sich die Gelegenheiten, Geld auf Zinsen auszuleihen, vervielfältigen. Indem aber in den neueren Zeiten die Gewerbe, der Handel und der Verkehr einen lebhafteren Aufschwung nahmen, mussten schon deswegen Kapitalien begehrter werden. Auch künstliche Mittel wurden ersonnen und benutzt, um den Kapitalisten das Ausleihen ihrer Gelder zu er-



leichtern; z. B. Creditvereine. Ganz besonders aber trug in dieser Beziehung zur Vermehrung der ideellen Kapitalien das bei, dass auch sehr kleine Kapitalien, z. B. in Staatspapieren, in Sparkassen, mit Leichtigkeit zinsbar angelegt werden konnten.

---

Beide, die materiellen und die ideellen Geldkapitalien, haben denselben Gegenstand, — eine bestimmte Summe Geld, d. i. ein bestimmtes Quantum ausgeprägtes Metall; die erstern haben diesen Gegenstand wirklich oder physisch, die letzteren so, dass eine Forderung an die Stelle der Wirklichkeit tritt. (*Qui actionem habet, rem ipsam habere videtur.*) Betrachtet man also beide ihrem Gegenstande nach, so gilt, was von jenen, auch von diesen, oder so tritt zwischen beiden kein wesentlicher Unterschied ein. (*Surrogatum sapit naturam rei, cui surrogatur.*) Beide kommen in denselben Merkmalen mit andern Arten der Kapitalien überein. Beide unterscheiden sich von andern Arten der Kapitalien durch dieselben Eigenthümlichkeiten.\*)

Beide, die materiellen und die ideellen Geldkapitalien, haben namentlich das mit allen

---

\*) Bei der Erläuterung dieser Sätze kann ich nur die Kapitalien im allgemeinen und nicht die einzelnen Arten derselben in Betrachtung ziehn, wenn auch diese noch besondere Vergleichungspunkte darbieten. Z. B. Der reelle Werth der Rente, welche von einem Fruchtfelde bezogen wird, ist in einem kurzen Zeitraume am meisten, in einem langen am wenigsten veränderlich. Bei den Geldzinsen tritt der entgegengesetzte Fall ein.

andern Arten der Kapitalien gemein, dass ihr reeller Werth — die Möglichkeit, gegen sie andere Brauchlichkeiten einzutauschen, — veränderlich, bald steigend bald fallend, ist. Zugleich aber unterscheiden sie sich gerade in dieser Beziehung recht auffallend von andern Kapitalien. Denn:

1) Der reelle Werth der edleren Metalle ist in der gesamten Handelswelt zwar nicht derselbe, \*) doch weit gleichmässiger, als der aller andern Kapitalien oder Brauchlichkeiten. Das gründet sich theils auf die vergleichungsweise leichtere Verführbarkeit, theils auf die überall gleiche Brauchbarkeit, theils auf die geringere Verderblichkeit dieser Waare. Wenn aber auch der reelle Werth der edleren Metalle, kraft jener seiner Eigenschaft, örtlichen oder plötzlichen Veränderungen weniger unterworfen ist, so wird doch dieser Vortheil durch den Nachtheil aufgewogen, wo nicht überwogen, dass der reelle Werth des Metallgeldes in der gesamten Handelswelt unter der Herrschaft aller der Ursachen steht, welche ihn in einem einzelnen Lande bedeutend verändern können und sonst nur auf das Geldwesen dieses Landes Einfluss haben würden. Die Folgen, welche die Entdeckung eines neuen Welttheiles und seiner reichen Gold- und Silberbergwerke für den europäischen Geldmarkt hatte, sind bekannt. Leicht möglich,

---

\*) Die Ursachen dieser Verschiedenheit lassen sich, nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft, nicht auf allgemeine Grundsätze zurückführen. Ueberhaupt hat diese Erscheinung, die übrigens nicht zweifelhaft ist, die Aufmerksamkeit der Schriftsteller noch nicht genugsam auf sich gezogen.



dass die Veränderungen, welche sich mit dem politischen Zustande der europäisch - amerikanischen Bevölkerung in den neueren Zeiten begeben haben, in der entgegengesetzten Richtung wirken könnten. Das Geld, diese so unentbehrliche Waare, wird dort immer begehrt werden. Wird aber die Ausbeute der amerikanischen Bergwerke in demselben Verhältnisse zunehmen?

2) Während die Vermehrung anderer Brauchlichkeiten in dem Bedürfnisse eine gewisse Grenze hat, giebt es für die Vermehrung der edleren Metalle (und des Metallgeldes) keine solche Grenze. Je mehr Geld, desto schwunghafter ist der Handel. Der Geldmarkt kann nie überführt werden; denn mit dem Angebote steigt der Geldpreis aller andern Waaren und mithin der Begehrt nach jener Waare. Ja, wenn man den (ganz unwahrscheinlichen) Fall setzen wollte, dass das Geld endlich eine zum Gebrauche unbequeme Waare werden könnte, so würde noch immer die Hoffnung locken, indem man Schätze aus der Erde förderte, von dem nur allmäligen Steigen der Geldpreise Vortheil zu ziehn.

3) Seit ohngefähr drei Jahrhunderten ist der reelle Werth der edleren Metalle (und der des Metallgeldes) fast unaufhörlich und stetig im Fallen gewesen; und, wenn man die Fortschritte erwägt, welche der Bergbau und die Beschickung der Erze in den neueren Zeiten gemacht haben, so darf man, auch abgesehn von Glücksfällen und von dem Einflusse des Papiergeldes und anderer mit diesem verwandter Kunstmittel, vermuthen, dass dieses Fallen noch eine unbestimmbare Zeit lang fortdauern werde. (Jene

Thatsache und diese Vermuthung sind in praktischer Hinsicht von besonderem Interesse! Wer von den Zinsen seiner Kapitalien lebt und noch lange Jahre zu leben gedenkt, handelt klüglich, wenn er einen Theil der Zinsen zur Vermehrung seiner Kapitalien verwendet. Sonst könnte er sich leicht verrechnet haben. Auch derjenige, welcher die Zinsen eines bestimmten Kapitaless zu einer milden Stiftung bestimmt, sollte zugleich auf eine stetige Vermehrung des Hauptstammes durch einen Theil der Zinsen Bedacht nehmen. Eben so sollten die Gesetze, welche eine Strafe oder eine zu leistende Entschädigung in Geld ansetzen, den Wankelmuth des Geldes nicht unberücksichtigt lassen.) Andere Brauchlichkeiten, vielleicht alle andere Brauchlichkeiten, behielten ebenfalls während jener Periode nicht immer denselben reellen Werth. Aber dieser ihr Werth schwankte nur; bald stieg bald fiel er, je nachdem sich ihr Kostenpreis veränderte.

4) Der reelle Werth der edleren Metalle (und der des Metallgeldes) steht in einem gewissen Grade in der Willkür der Menschen. Denn es giebt Surrogate, welche das Metallgeld vertreten; und eben so giebt es Mittel und Wege, wie man mit einer kleinen Summe eben so viel, als mit einer grossen, ausrichten kann. Auf die eine und auf die andere Weise aber wird mit dem Begehre der Tauschwerth des Metallgeldes herabgesetzt. (Besonders durch das Papiergeld hat der Mensch diese seine Macht über die Natur heurkundet, durch diese herrliche Erfindung, welche der Erfindung der Dampfmaschinen kaum nachsteht. Aber auch sonst hat sich



sein Scharfsinn in dieser Richtung erprüft. Und schon die Verwendung des Metallgeldes zu Darlehen dürfte die Folge haben, den reellen Werth des Geldes etwas herabzusetzen. Denn die ideellen Kapitalien, welche so geschaffen werden, vertreten in vielen Fällen die Stelle der materiellen.) — Nun ist zwar unser Zeitalter überhaupt ein Zeitalter der Surrogate. Jedoch ist keine Waare so vollkommen vertretbar, als das Metallgeld.

Alles dieses zusammengekommen berechtigt zu der Behauptung, dass der Geldreichthum, er bestehe in materiellen oder in ideellen Kapitalien, vergleichungsweise ein, seinem reellen Werthe nach, besonders veränderlicher und mithin ein besonders unsicherer Reichthum sey. Am wenigsten hält er die Vergleichung mit dem Reichthume aus, welcher auf dem Grundbesitze beruht.

Wenn übrigens auch, wie oben angeführt worden ist, zwischen materiellen und ideellen Geldkapitalien kein wesentlicher Unterschied in der vorliegenden Beziehung eintritt, so stellen sich doch in der Erfahrung die Verhältnisse so, dass der Gewinn oder der Verlust, welcher die Folge von jenen Schwankungen ist, hauptsächlich die ideellen Kapitalien oder diejenigen trifft, welche ihr Geld ausgeliehen haben. Denn, die doch seltneren Fälle abgerechnet, da baares Geld aufgespeichert wird, geht dieses schnell aus einer Hand in die andere. Wenn also der reelle Werth des Geldes sinkt, (der gewöhnlichere Fall, den ich daher allein als Beispiel anführen will,) so vertheilt sich der Verlust unter Mehrere, oder so kann ihn

auch der eine oder der andere, indem er den Geldpreis seiner Waare oder seiner Arbeit erhöht, von sich abwenden. Bei Darlehen verhält sich alles dieses anders. Es ist ein Irrthum, wenn Kapitalisten glauben, ein Jahr so viel als das andere einzunehmen, weil der Betrag der Zinsen, die sie beziehn, in Zahlen ohngefähr derselbe bleibt. Ganz besonders aber sind diejenigen Kapitalisten bei den Schwankungen des Geldwerthes betheiligt, welche ihre Kapitalien dem Staate gegen ewige Renten dargeliehen haben. Diese können, als eine Gesammtheit betrachtet, wenn z. B. der Werth des Geldes fällt, den Verlust am Kapitale nicht dadurch mindern, dass sie das Kapital aufkündigen und dieses dann auf eine andere Weise benutzen. (Dasselbe ist auf den Gülden- oder Rentenkauf der Vorzeit anwendbar.)

---

Geldkapitalien, die materiellen und die ideellen, sind ihrem Gegenstande nach Fahrnisse, bewegliches Gut. Sowohl die eine als die andere Art der Geldkapitalien hat noch überdies eine ihr eigenthümliche bewegende Kraft. Die erstere; weil und in wie fern das umlaufende Geld alle andere Güter beweglicher macht, d. i. den Uebergang derselben aus einer Hand in die andere erleichtert und befördert. Die letztere; weil und in wie fern durch Gelddarlehne auch die Liegenschaften des Schuldners mobiliarisirt, d. i. in bewegliches Gut verwandelt werden. Diese Verwandlung, (welche für die vorliegende Hauptaufgabe von besonderer Wichtigkeit ist,) geht so vor sich:



Das gesammte Vermögen des Schuldners, die Liegenschaften mit eingeschlossen, ist das gemeinschaftliche Unterpfand seiner Gläubiger, die Schulden mögen nun auf die Liegenschaften besonders, d. i. durch Unterpfandsrechte in der engeren Bedeutung, versichert seyn oder nicht. Der Schuldner bleibt zwar nach wie vor Eigenthümer der den Gläubigern haftenden Liegenschaften; jedoch nur in so fern, als man diese Liegenschaften stückweise betrachtet. Als Bestandtheile des Vermögens des Schuldners oder zu Geld angeschlagen, gehören dieselben Liegenschaften den Gläubigern bis zu dem Betrage der den Gläubigern zustehenden Geldforderungen. (Sie gehören ihnen bis zu diesem Betrage schlechthin, wenn sie für die Schulden hypothekarisch haften, sonst nur verhältnissmässig, d. i. nach Massgabe des Verhältnisses, in welchem der Werth des liegenschaftlichen zu dem des beweglichen Vermögens des Schuldners steht.) In wie fern sie aber den Gläubigern gehören, sind sie, da in so fern nur ihr Geldwerth in Betrachtung kommt, bewegliches Gut. — Hieraus folgt, dass, wenn der Staat Schulden hat, durch diese alle Grundstücke des Landes bis zu dem Betrage des auf sie kommenden Theiles dieser Schulden mobiliarisirt werden. Auf eine ähnliche Weise wirken die Creditvereine, welche in einigen Ländern, z. B. in einigen Provinzen der Preussischen Monarchie, unter der Rittergutsbesitzern des Landes oder der Provinz bestehen. Sie mobiliarisiren, wenn auch nur bedingungsweise, die sämmtlichen unter dem Vereine begriffenen Rittergüter bis zu dem Betrage der ausgestellten Pfandbriefe. — Diese

Zachariä's staatswiss. Abhandlg.

5

Mobiliarisirung der Liegenschaften, welche durch Gelddarlehne bewirkt wird, ist ein Hauptschlüssel zu den Veränderungen, welche sich in dem ökonomischen Zustande der Nationen begeben. Die Grundeigenthümer können sich weit eher gegen die bewegende Kraft der materiellen als gegen die der ideellen Geldkapitalien vertheidigen. Gewerbs- und Handelsunternehmungen, die ins Grosse gehn, sind in den Staaten am leichtesten ausführbar, die eine grosse Schuldenlast haben. Staatsschulden können mit einem stehenden Heere verglichen werden, das in einem jeden Augenblicke ins Feld rücken kann.

---

Gelder, die auf Zinsen ausgeliehen werden, sind in Beziehung auf den Darleiher Erwerbskapitalien. Der Kapitalist, der sein Geld auf diese Weise benutzt, macht einen Erwerb, weil er einen Zins von seinem Kapitale bezieht, wenn auch, wie sich in der Folge herausstellen wird, der Zins nicht seinem ganzen Betrage nach als eine Einnahme zu betrachten ist. Die Darlehne gehören in so fern zu der Gattung derjenigen Kapitalien, mittelst welcher man von Andern einen Erwerb macht, weil man ihnen den Gebrauch einer Sache überlässt; \*) also zu der Gattung, unter welcher z. B. auch Landgüter, die man verpachtet, oder Häuser, die man vermiethet, begriffen sind.

---

\*) Ich will, um Worte zu sparen, den Vertrag, welcher dieser Gattung zum Grunde liegt, den Leihvertrag nennen.



Auch in so fern also ist auf Darlehne die Regel anwendbar: Was von der Gattung gilt, gilt auch von ihren Arten. So wie z. B. der Grundeigenthümer, der sein Grundstück verpachtet, ein geborner Müssiggänger ist, d. i. Andere für sich arbeiten und schaffen lässt, so gilt dasselbe auch von den Kapitalisten. Sie streichen die Zinsen ein und quittiren darüber. Das ist ihre ganze Arbeit, wenn auch nicht ihre einzige Sorge.

Aber, wenn auch Darlehne diesem ihrem Gattungsbegriffe nach mehreren andern Kapitalien verwandt sind, so unterscheiden sie sich doch von den Erwerbskapitalien derselben Gattung durch mehrere und sehr erhebliche Eigenthümlichkeiten. Denn:

1) Der Grund, welcher den Schuldner bestimmt, Zinsen von einem Darlehne zu bezahlen, und den Gläubiger berechtigt, sich Zinsen zu bedingen, ist zwar im allgemeinen derselbe, wie der, aus welchem der Leihvertrag überhaupt ein belastender Vertrag ist und seyn darf. Der Schuldner wird in den Stand gesetzt und der Gläubiger entäussert sich dagegen der Macht, mit dem Gelde einen Erwerb zu machen. Aber, bei den übrigen Arten des Leihvertrages ist der Erwerb, der mit den geliehenen Sachen gemacht werden kann, durch die physische Beschaffenheit dieser Sachen, (mehr oder weniger,) bestimmt, sey es dass die Sache Früchte hervorbringt oder dass der Erwerb in dem Gebrauche der Sache besteht. (Z. B. Eine erpachtete Schafherde wirft nur gewisse bestimmte Nutzungen ab. Ein gemiethetes Haus kann nur zu gewissen bestimmten Zwecken gebraucht werden.)

5 \*

Dagegen ist das Geld zu Nichts und zu Allem nütze. Zu Nichts; weil es ausgegeben werden muss, wenn von ihm irgend ein Gebrauch gemacht werden soll. \*) Zu Allem; weil mit ihm, wenn es ausgegeben wird, ein jeder Erwerb gemacht werden kann. Mit andern Worten, der Grund und Ursprung der Darlehnszinsen liegt allein in der Brauchbarkeit des Geldes für den Tauschverkehr und zwar für den Tauschverkehr überhaupt. — Darum ist z. B. das Steigen und das Fallen der Darlehnszinsen von dem gesammten Zustande des Tauschverkehrs abhängiger, als das einer jeden andern Einnahme. Wie auch der Tauschverkehr gehemmt oder beschleuniget werde, ein jeder Wechsel desselben hat auf den Zinsfuss Einfluss. Eine jede Art des Erwerbes ist ein Spiel. Bald ist man im Gewinne, bald im Verluste, wenn sich auch, im Ganzen oder in einer Reihe von Jahren, Gewinn und Verlust wieder ausgleicht. Aber der Erwerb des Kapitalisten hat viel von einem Wagspiele.

2) Der Leihvertrag ist in einer jeden seiner Gestalten für den Darleiher mit gewissen Gefahren verbunden. Es ist ein grosser Unterschied, ob man seine Sache selbst besitzt, nutzt und gebraucht, oder ob man sie einem Andern zur Benutzung überlassen hat; ob man Zug für Zug tauscht, oder ob man bei einem Tausche, (und auch der Leihvertrag ist ein

---

\*) Ein Grund, warum in mehreren Gesetzgebungen die Ansicht herrscht, dass es widerrechtlich sey, von einem Darlehne Zinsen zu bedingen.



Tauschvertrag,) dem Andern Credit giebt. Die Lage eines jeden Darleihers, ist, sowohl in der einen als in der andern Hinsicht, mehr oder weniger misslich. Seine Sicherheit ist von den Vermögensumständen, von der Wirthschaftlichkeit und selbst von dem guten Willen eines Andern, des Anleihers, mehr oder weniger abhängig. Wer seine Sache selbst in Händen hat, bedarf nur des Schutzes der Regierung; wer sie ausgeliehen hat, zählt auf die Hülfe der Regierung. — Wenn aber der Leihvertrag schon seinem Wesen oder Gattungsbegriffe nach ein den Darleiher gefährdender Vertrag ist, so hat er diese Eigenschaft ins besondere und vorzugsweise dann, wenn der Gegenstand desselben Geld ist; und zwar um deswillen, weil das Geld, wenn es dem Anleiher von Nutzen seyn soll, ausgegeben, (verwendet,) werden muss. Da fehlt es also an einem individuell-bestimmten Gegenstande, — an welchen sich der Gläubiger halten könnte; *genus non species debetur*. Wie nun, wenn der Schuldner das Geld verschwendet, wenn er überhaupt schlecht gewirthschaftet hat? Auch auf den guten Willen eines Darlehnsschuldners ist am wenigsten zu zählen. Das Geld, das er geliehen hat, ist verschwunden, vielleicht auch das, was er damit erworben hat oder damit zu erwerben beabsichtigte. Mit einem Worte, ein Darlehn zu verzinsen, und noch mehr, ein Darlehn zurückzuzahlen, ist eine saure Arbeit; wenn auch die Aufgabe, nach Verschiedenheit des Berufs oder Gewerbes der Schuldner, bald mehr, bald weniger schwierig ist. (Am schwierigsten ist sie vielleicht für den Landmann, da dessen Ge-

winne so manchen Wechselfällen unterworfen, auch überhaupt nur mässig sind. Dieser sollte sich daher besonders hüten, seinen Credit anzustrengen. Der Weinbauer, den die Unsicherheit seiner Erndten von Zeit zu Zeit zum Schuldenmachen nöthiget, ist oft sein ganzes Lebenlang in Schulden.) Gläubiger und Schuldner stehen überall, wo nicht feindlich, doch unfreundlich einander gegenüber. Diese Spaltung wird hin und wieder noch durch die Strenge vermehrt, mit welcher bei mehreren Völkern gegen zahlungsunfähige Schuldner verfahren werden darf; besonders bei den Völkern, welche in der Kultur und Civilisation noch geringe Fortschritte gemacht haben, sey es weil diese mit den Mitteln, die Gläubiger auf eine menschlichere Weise zu sichern, noch unbekannt sind, sei es weil ihnen in der Freiheit der Einzelnen das Recht zu liegen scheint, sich bei der Aufnahme eines Darlehns auch die härtesten Bedingungen gefallen zu lassen. \*) Es darf nicht befremden, wenn, nach dem Zeugnisse der Geschichte, der Zwiespalt zwischen Gläubigern und Schuldnern in so vielen Revolutionen in einen offenen Kampf ausbrach. Selbst in friedlichen Zeiten offenbart er sich durch die Menge von Schuldklagen, welche vor den Gerichten anhängig zu seyn pflegen.

Da sich der Kapitalist, indem er sein

---

\*) Bekannt ist die Strenge des altrömischen Schuldenrechts. Man darf vermuthen, dass zu den Unruhen, welche durch dieses Recht veranlasst wurden, der Umstand in den älteren Zeiten nicht wenig beitrug, dass damals die Schuldner meist Landleute waren.



Geld ausleiht, besonderen Gefahren aussetzt, so darf und wird er, wenn er sich gegen diese Gefahren nicht vollständig zu sichern vermag, auf ein Mittel Bedacht nehmen, sich wegen des Verlusts, den er zu befürchten hat, durch die Bedingungen des Darlehnes zu entschädigen. Dieses Mittel liegt in einer Erhöhung des Zinses. Die Darlehnszinsen können zugleich eine Versicherungspremie seyn und sie haben in der Regel diese Eigenschaft. Der Kapitalist rechnet so und er darf, ohne sich einer Unbilligkeit schuldig zu machen, so rechnen: Wenn ich auch wegen der Rückzahlung des Kapitals gefährdet bin, so kann ich doch hoffen, dass die Zinsen eine Zeit lang richtig eingehen werden. Wenn ich also diese hoch stelle, so kann ich mich wegen eines Verlustes, den ich am Kapitale erleide, an den Zinsen erholen. Vertheilt er sein Kapital unter Mehrere, so berechnet er seine Gefahr — und die Versicherungspremie — zugleich nach einem Durchschnitte. — Die Darlehnszinsen haben daher, (in der Regel,) eine doppelte Eigenschaft oder zwei wesentlich von einander verschiedene Bestandtheile und Grundlagen; sie sind theils eine Vergütung für den Gewinn, welchen der Kapitalist selbst mit seinem Gelde machen könnte, theils eine in voraus bedungene Entschädigung für den Verlust, welchem sich der Kapitalist, indem er sein Geld ausleiht, nach Zeit und Umständen aussetzt. Auf dieser doppelten Eigenschaft der Zinsen beruht vorzugsweise die Schwierigkeit der Aufgabe, ob das Gesetz einen Massstab, d. i. ein Maximum für Darlehnszinsen festzusetzen habe. In der ersteren Beziehung kön-

nen Darlehne einen Marktpreis haben; aber die Gefahr, welcher sich der Darleiher aussetzt, hat so mannigfaltige Gestalten und so verschiedene Grade, dass sie nur von einem jeden einzelnen Kapitalisten und nicht von dem Gesetze in Rechnung genommen werden kann. — Wenn jedoch ein Land ein gutes Hypothekensystem hat und wenn, unter dem Schutze einer solchen Gesetzgebung, Gelder auf Grundstücke ausgeliehen werden, so verlieren die von diesen Darlehen zu entrichtenden Zinsen die Eigenschaft einer Versicherungspremie, wo nicht gänzlich, (denn gefährdet ist der Darleiher noch immer,) doch grösstentheils. Denn die Sicherheit dieser Gläubiger ist nun von der Persönlichkeit der Schuldner nur in einem geringen, ja in einem kaum merklichen Grade abhängig. Dagegen dürfte eine gute Hypothekenordnung bei andern Darlehen den landüblichen Zinsfuss um etwas erhöhen, da Vorsicht ein Hauptzug in dem Charakter der Kapitalisten ist, da mithin eine gute Hypothekenordnung, indem sie die Kapitalien den Grundeigenthümern zuwendet, die Bedingungen erschweren wird, unter welchen Andere ein Darlehn erhalten können. (Das englische Recht ist — vielleicht nicht unabsichtlich — dem Realcredite nichts weniger, als günstig.) — Auch da kann das Element einer Versicherungspremie verschwinden oder in den Hintergrund zurücktreten, wo Kapitalien, die zum Ausleihen bereit liegen, in Ueberfluss vorhanden sind. Nur deswegen gelang es z. B. den spanischen Colonien in Südamerika, als sie sich gegen das Mutterland auflehnten, Anlehne in England zu machen.

Am wenigsten scheint sich der Grundsatz,



dass Darlehnszinsen zugleich die Eigenschaft einer Versicherungspremie haben, bei Staatsanleihen zu bewähren. In Friedenszeiten stehen die Zinsen von diesen Anleihen meist niedriger, als die von andern Anleihen; und gleichwohl möchte man einen Kapitalisten, der sein Geld dem Staate leiht, demjenigen vergleichen, der sich auf einem schon oft und erst neuerlich von Erdbeben erschütterten Boden anbaut. Dennoch lässt sich die Erscheinung, unbeschadet jenes Grundsatzes, sehr wohl erklären. In Friedenszeiten befinden sich unter allen Gläubigern die Staatsgläubiger am besten. Denn sie haben dann mit einem Schuldner zu thun, der pünktlich und freundlichen Angesichts die Zinsen zahlt. Anders stellt sich freilich ihr Verhältniss, wenn der schuldende Staat in einen Krieg verwickelt wird. Denn der Krieg ist ein geldfressendes Raubthier: ja die Gläubiger des Staates müssen selbst mit ins Feld ziehn und, wenn das Heer ein Treffen verliert, so sind sie allemal unter den Verwundeten oder sie bleiben zuweilen selbst für tod auf dem Schlachtfelde liegen. Aber, wer denkt an die ferne Zukunft? oder wer erblickt nicht die Zukunft im Lichte der Hoffnung? Im schlimmsten Falle können ja die Staatsgläubiger ihre Papiere augenblicklich in Geld umsetzen. *Après nous le déluge.* Aber, wenn sich so die Sorglosigkeit der Staatsgläubiger in Friedenszeiten vollkommen erklärt, so beurkundet sich dagegen, wenn der Staat in Kriegszeiten ein Anlehn macht, die Aengstlichkeit der Kapitalisten und mit ihr der in Frage stehende Grundsatz desto augenfälliger.

3) Wie ein jeder Tauschpreis so ist auch

der für die Benutzung eines Geldkapitales zu zahlende Preis, d. i. der von einem Darlehne zu entrichtende Zins von dem Verhältnisse zwischen Angebot und Begehr abhängig. Je mehr Kapitalien zum Ausleihen angeboten werden, desto niedriger steht, (alles andere gleichgesetzt,) der landübliche Zinsfuß, d. i. der Marktpreis der Kapitalien u. s. w. Aber auch in dieser Beziehung haben die Darlehne und die Darlehnszinsen ihre Eigenthümlichkeiten.

Je grösser der Vorrath von einer gewissen Waare ist, desto grösser ist, was diese Waare betrifft, in der Regel das Angebot. Bei Gelddarlehen trifft diese Regel nicht zu: Zwar können die Gelddarlehen, in Zahlen ausgedrückt, da wo das Geld, (Gold und Silber,) wohlfeil ist, bis zu einem höheren Betrage steigen, als da, wo es theuer ist. Aber es folgt nicht, dass, wo das Geld wohlfeil ist, viele und, wo es theuer ist, wenige Kapitalien zum Ausleihen angeboten werden oder auf Zinsen ausgeliehen sind. Es kommt auch darauf an, ob Kapitalien gesammelt werden, ob und in welchem Grade der Kapitalist, der sein Geld ausleiht, gefährdet ist. Z. B. In den Zeiten der römischen Kaiser scheint das Geld sehr wohlfeil\*)

---

\*) Das ergibt sich aus mehreren Datis, ins besondere aus einem, (vor einigen Jahren in Kleinasien aufgefundenen,) Edicte des Kaiser Diocletian, welches für den Arbeitslohn und für den Preis der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse ein *Maximum* bestimmt. Dieses in mehr als einer Hinsicht interessante Edict setzt den Taglohn eines Ackermannes oder Feldarbeiters auf 2 fl. 36 kr., den eines Arbeiters im Hause auf 5 fl. 12 kr. an.



und dennoch, wenn man ein Darlehn aufnehmen wollte, sehr theuer gewesen seyn.\*) — Bei andern Kapitalien hat das Angebot, in so fern es von dem vorrätthigen Quantum ihres Gegenstandes abhängt, gewisse Grenzen. Es giebt Kapitalien, welche, ihrer Beschaffenheit nach, nur bis zu einem gewissen Masse vermehrt werden können. (Feldfrüchte, Weine, Vieh sind Kapitalien dieser Art.) Andere haben zwar nicht eine Grenze ihrer Vermehrbarkeit; aber man hört auf, den Gegenstand zu produciren, wenn dessen Tauschpreis nicht mehr einen billigen Gewinn abwirft. Mit Darlehen oder mit Kapitalien, die zu Gelddarlehen benutzt werden, verhält sich die Sache, sowohl in der einen als in der andern Beziehung, anders. Diese sind bis zu einem nicht bestimmibaren Betrage oder wenigstens bis zu dem Betrage des realen Nationalkapitales vermehrbar. Denn man kann sich den Fall denken, dass die Staats- und die Privatschulden zusammen gerade so viel, als dieses Kapital, betrügen. Eben so hat das sorglose und unabhängige Leben, welches der Kapitalist führen kann, so viele und so grosse Reize, dass sich Niemand durch die Furcht, den Markt zu überführen, abhalten lassen wird, Kapitalien zu sammeln, um sie auszuleihn. Wohl aber erklärt sich hieraus, wie bei einer Nation der Zins immer tiefer herabsinken und wie es selbst dahin kommen kann,

---

Vgl. *Antiquitatis Romanae monumenta legalia, extra libros juris Rom. sparsa. Collegit Ch. G. Haubold.* Berlin, 1830. 8. p. 268 ff.

\*) S. l. 26. §. 1. *C. de usuris.* (IV, 32.)

dass ein Theil der gesammelten Geldkapitalien ungenutzt, (tod,) liegen bleiben muss. Vielleicht ist es für eine sehr reiche Nation im Ganzen vortheilhaft, wenn die Kapitalisten von Zeit zu Zeit, durch eine Erschütterung der Handelswelt, grosse Verluste erleiden, so schwer auch diese Verluste Einzelne treffen können oder mögen. Denn könnte es nicht endlich dahin kommen, dass es nicht die Mühe lohnte, zu sparen, wenigstens wenn man nicht hoffen dürfte, ein grosses Kapital zu erübrigen? — Eine eigenthümliche Art, wie sich bei Darlehen das Angebot vermehren kann, kommt zuweilen in den Staaten vor, welche schwer verschuldet sind. Die Regierung setzt die Zinsen der Staatsschuld herab, mit der Erklärung, dass sie denjenigen Staatsgläubigern, welche sich bei dieser Herabsetzung der Zinsen nicht beruhigen wollten, das Kapital herauszahlen werde. Das Verfahren gleicht dem eines Monopolisten, der den Preis seiner Waare, wenn sie gesucht ist, nach Gefallen erhöhen kann. Das Gelingen der Massregel, (deren Wirkungen auf den Zinsfuss überhaupt nicht erst angegeben zu werden brauchen,) hängt unter anderem davon ab, ob die Schuldenlast des Staates bedeutend ist. Denn mit den Schulden steigt, (wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade,) der Credit des Staates. Je mehr Schulden der Staat hat, desto mehr ist es das Interesse der Regierung, den Gläubigern Wort zu halten.

Steigt oder fällt der Begehr einer gewissen Brauchlichkeit, so liegt der Grund gewöhnlich in Verhältnissen, welche sich allein oder vorzugsweise auf diese Brauchlichkeit be-



ziehen. Z. B. Eine gute Erndte hat besonders die Folge, dass sie, wenn sich anders die Fruchtpreise auf einer gewissen Höhe erhalten, die Waaren, welche der Landmann am leichtesten entbehren kann, begehrter macht: — Bei Darlehen hängt dagegen der Begehr von dem Zustande des Tauschverkehres überhaupt ab. Denn je blühender der Zustand der Gewerbe und des Handels überhaupt ist, desto leichter kann man Geld mit Geld verdienen, desto mehr werden also Darlehne gesucht, desto besser werden sie verzinst. Ein hoher Zinsfuss ist daher an sich, d. i. abgesehen von allen andern Ursachen, welche auf den Zinsfuss Einfluss haben können, ein für den Wohlstand der Nation günstiges Zeichen. (So in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.) — Allerdings aber können Darlehne, auch aus besonderen Ursachen und ohne dass der Tauschverkehr lebhafter wird, begehrter werden. Sogar aus Noth; z. B. wenn, in Kriegszeiten, ausserordentliche Lasten zu tragen sind; oder wenn die Güterpreise plötzlich fallen und dann anhaltend niedrig stehn. (Ein sehr wirksames Mittel, den Zinsfuss zu steigern, ist ein Gesetz, welches die Grundstücke für theilbar erklärt oder ihre Theilbarkeit erleichtert.)

---

Das gesammte Vermögen einer Person, eine jede ihr gehörenden Brauchlichkeit, auch die Person selbst, in wie fern sie mit ihrer Arbeit Geld verdient oder zu verdienen im Stande ist, kann zu Geld angeschlagen oder als ein Geldkapital betrachtet werden. Es fragt sich also:

In welchem Verhältnisse stehen Gelddarlehne zu den übrigen Kapitalien, diese zu Geld angeschlagen? die ideellen Kapitalien zu den materiellen? (S. die Einleitung zu der vorliegenden Abhandlung.)

Die landüblichen Darlehnszinsen sind der Massstab, an welchem man den Gewinn, den man von irgendeinem andern Kapitale bezieht oder zu erwarten hat, sey es, dass man das Kapital selbst benutzt, oder dass man es vertauscht, oder dass man es ausleiht, messen kann. (Auch rechnet in der That ein Jeder nach dieser Regel. Wer z. B. ein Grundstück kaufen will, legt sich vor allen Dingen die Frage vor; Wie viel Procente, — welche Rente, welches Pachtgeld, — wird mir das Grundstück eintragen?) Die Tauglichkeit dieses Massstabes beruht darauf, dass einerseits in einem Geldkapitale die Macht liegt, Brauchlichkeiten und Arbeiten einer jeden Art eintauschen, und dass andererseits die Darlehnszinsen eine Verpachtung für die Veräusserung dieser Macht, d. i. der Macht sind, mit Geld, also überhaupt, einen Gewinn zu machen. Dieser Massstab ist sogar der einzige seiner Art. Zwar kann man mit dem Tauschwerthe einer jeden Waare, und vorzugsweise mit dem Tauschwerthe des Geldes, den Tauschwerth einer jeden andern Brauchlichkeit messen. Aber jener Massstab bezieht sich und zwar allein auf den von der Benutzung eines Kapitaless zu machenden Gewinn. Eben so hat zwar eine jede andere Waare ihren Marktpreis. Aber der landübliche Zinsfuss, d. i. der Marktpreis des zu Darleh-



nen verwendeten oder bestimmten Geldes geht aus einem Kampfe hervor, in welchem sich ein jeder andere Kampf zwischen der Parthei des Angebotes und der Parthei des Begehres vereinigt oder welcher das endliche Resultat von den Treffen an die Hand giebt, welche, wegen des Marktpreises der einzelnen Waarengattungen, die Verkäufer und die Käufer einander liefern. Man kann daher den landüblichen Zinsfuss den Kompass des Tauschverkehrs nennen. Ueberall, wo es an diesem Regulator fehlt, kann man sich im Tauschverkehre nur an Einzelheiten halten, nur eine Waare mit der andern vergleichen oder nur für die Gegenwart Gewinn und Verlust berechnen. Uebrigens versteht es sich von selbst, dass, wenn die Messung ein richtiges Resultat geben soll, auch die Verschiedenheiten zwischen den Gelddarlehenen und den übrigen Kapitalien und die Eigenthümlichkeiten, welche eine jede Art der letzteren für die Benutzung und den Gebrauch hat, z. B. die Nebengewinne und die Nebenverluste, die Glücks- und die Unglücksfälle, nicht ausser Acht gelassen werden dürfen. Z. B. Die Grundrente beträgt allemal, mit dem Geldwerthe des Grundstückes verglichen, weniger, als der Zins von demselben Kapitale, wenn dieses ausgeliehen wird. Denn der Grundbesitz hat seine ihm eigenthümlichen Annehmlichkeiten; ein Kapital, das zum Ankaufe eines Grundstückes verwendet wird, steht sicherer, als ein Darlehn.

Was hier von den Darlehnszinsen als dem Massstabe für den mit andern Kapitalien zu machenden Gewinn gesagt worden ist, hat nicht den Sinn, als ob der höhere oder niedere Stand

jener Zinsen die Ursache wäre, warum man von andern Kapitalien einen grösseren oder nur einen geringeren Gewinn beziehen könnte. Vielmehr tritt das umgekehrte Verhältniss ein; der Zinsfuss ist nur eine Rechnungsmünze. Jedoch ist auch hier die Wirkung nicht ohne eine Gegenwirkung. Je leichter Gelddarlehne zu haben sind, desto gesuchter werden andere Kapitalien. Es steigen z. B. die Grundstücke im Preise, weil auch diejenigen ein Gebot thun können, welche das Geld borgen müssen; mit andern Worten, die Grundrente sinkt, wenn man sie als Zins von dem Kapitale betrachtet, mit welchem das Grundstück erkaufte worden ist.

Auch zu dem Arbeitslohne, d. i. zu dem Zinse von dem Kapitale, zu welchem der Mensch, in wie fern er mit seiner Arbeit Geld verdient, angeschlagen werden kann, stehen die landüblichen Darlehnszinsen in demselben Verhältnisse, wie zu dem Gewinne von Kapitalien, die in Brauchlichkeiten bestehn. Man kann z. B. den Stand jener Zinsen zur Beantwortung der Frage benutzen, ob der Arbeitslohn oder der Lohn einer gewissen Arbeit hoch oder niedrig stehe; wenn auch die Rechnung um deswillen schwieriger ist, weil das Kapital, das der Mensch repräsentirt, auf Leibrenten steht. Eben so wird, (alles andere gleichgesetzt,) der Zins von Darlehen mit dem Arbeitslohne und dieser mit jenem steigen oder fallen. Denn hat die Arbeit einen reell hohen Preis, so lässt sich auch mit einem Geldkapitale, mit welchem Arbeiter beschäftigt werden, mehr verdienen, als in dem entgegengesetzten Falle. Und, sind Darlehne leicht zu



haben, so vermehrt sich die Nachfrage nach Arbeit. Beide, die Kapitalisten und die Arbeiter, haben also an sich ein und dasselbe Interesse.

Gleichwohl wird oft die Behauptung gehört: Der Kapitalgewinn steht hoch, wenn der Arbeitslohn niedrig steht; und umgekehrt. (*High wages, low profits.*) Und in der That ist es vollkommen richtig, dass, bei der Theilung des Gewinnes, den die Production oder die Fabrikation einer Waare einbringt, der Kapitalist desto mehr erhält, je weniger auf den Arbeiter kommt und umgekehrt. Allemal aber wird der Gewinn Beider desto grösser seyn, je grösser der Gewinn im Ganzen, (oder vor der Theilung,) ist, den die Production oder die Fabrikation der Waare gewährt. Wenn eine Fabrik im Schwunge ist, so ist das für die Fabrikarbeiter nicht weniger vortheilhaft, als für den Fabrikherrn.

Wie ist es also zu erklären, dass gleichwohl in einigen europäischen Staaten, — namentlich in Frankreich und in England, — zwischen den Fabrikherren und den Handwerksmeistern einerseits und ihren Arbeitern andererseits eine Spannung herrscht, welche bereits sehr traurige Folgen gehabt hat und noch schwerere zu haben droht? — Man würde sich wohl irren, wenn man diese Erscheinungen allein aus der Neuerungssucht und aus der aufgeregten Stimmung der heutigen Welt ableiten wollte. Grossen Zerwürfnissen liegen nie blos eingebilddete Uebel zum Grunde, so gross auch die Thorheiten oder die Verbrechen seyn können, deren sich die eine oder die andere

Parthei bei der Wahl der Heilmittel schuldig macht. Die Grundursachen jener Erscheinungen dürften vielmehr die seyn: 1) Da, wo jene Spannung herrscht, ist gewöhnlich der Markt mit Arbeit überführt, d. i. es wird mehr Arbeit angeboten, als begehrt. Nun aber hat der Arbeitslohn sein bestimmtes *Minimum*; er darf nicht so tief herabsinken, dass der Arbeiter nicht im Stande wäre, sich und, nach Umständen, eine Familie zu erhalten. Der Arbeiter hat sogar Gründe des Rechts oder der Billigkeit für sich, wenn er wenigstens auf dieses *Minimum* Anspruch macht. Ist also der Markt mit Arbeit überführt und muss sich daher der Arbeiter einen Lohn gefallen lassen, der dieses *Minimum* nicht erreicht, so hat er allen Grund, über die Härte und die Ungerechtigkeit des Schicksals Klage zu führen. Sein Fehlschuss ist nur der, dass er die Klage gegen seinen Arbeitsherrn richtet. 2) Wenn es auch zuweilen geschehen kann, dass dieser von jenem Missverhältnisse zwischen dem Angebote und dem Begehre einen unbilligen Vorthail zieht, so stellen sich doch eben so oft und vielleicht noch öfterer die Verhältnisse so, dass das Kapital, welches die Arbeitsherrn in dem Geschäfte angelegt haben, so niedrige Zinsen trägt, dass die Herren den Arbeitslohn möglichst herabsetzen müssen, um von ihrem Gewerbskapitale wenigstens einigen Gewinn zu ziehn oder wenn sie nicht das Geschäft am Ende mit Verlust betreiben wollen. 3) Heut zu Tage werden die Gewerbe mehr und mehr fabrikmässig oder im Grossen betrieben, bedarf also der Arbeitsherr zu deren Betriebe eines mehr oder



weniger grossen Kapitale. Das hat nun die Folge, dass der Gewinn, den der Arbeitsherr macht, den Arbeitern weit grösser erscheint, als er wirklich, d. i. in Verhältniss zu dem angelegten Kapitale, ist. Das hat noch überdies 4) die Folge, dass der Arbeitsherr im gesellschaftlichen Leben den Arbeitern nicht so nahe steht, nicht so Freud' und Leid mit ihnen theilt, wie sich, wäre er weniger reich, das Verhältniss stellen würde.

---

Einen jeden Staatsverein halten Interessen und Meinungen zusammen; theils mittelbar, weil und in wie fern sie die Mitglieder des Vereines unter sich verbinden, theils unmittelbar, weil und in wie fern sie das Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, (der einer und derselben Regierung unterworfenen Menschen,) von dem Bestehen des Staates und seiner Verfassung abhängig machen.

Eins der wichtigsten unter jenen Interessen ist das Geldinteresse, der Vorthail, welchen der Staatsverein den Menschen in Beziehung auf den Erwerb gewährt. Die Schicksale der Staaten und Völker lassen sich zu einem grossen Theile aus der Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Richtungen, welche dieses Interesse nehmen kann, aus den Abstufungen seiner Macht und Wirksamkeit und aus den Wechselfällen erklären, welchen es unterworfen ist. Jedoch hier kann nur von dem Einflusse die Rede seyn, welchen Darlehne, da wo ihre Zahl und ihr Betrag mehr oder

weniger bedeutend ist, mittelst jenes Interesses auf den Zustand des Staatsvereines haben.

Zwischen den Kapitalisten und den Schuldnern besteht ein Verein, welcher beziehungsweise dauernd und veränderlich zugleich ist. Dauernd; weil Kapitalien auf Jahre und selbst, mit Vorbehalt der Aufkündigung, auf unbestimmte Zeit ausgeliehen zu werden pflegen. (Unter Kaufleuten stellt sich zwar die Sache etwas anders. Aber eben deswegen hat der Verein, welcher unter Kaufleuten durch Darlehne gestiftet wird, auch in andern Beziehungen seine Eigenthümlichkeiten.) Veränderlich; weil Darlehne nach einer bestimmten Zeit oder nach erfolgter Aufkündigung zurückgezahlt werden müssen. Von dem Gewichte, welches dieser Veränderlichkeit des Verhältnisses beizulegen ist, kann man sich nicht besser überzeugen, als wenn man die jezt übliche Form des Darlehnsvertrages mit den Formen vergleicht, in welche dieser Vertrag im Mittelalter eingekleidet wurde und, wegen des Verbots der Kirche, Zinsen von einem Darlehne zu nehmen, eingekleidet werden musste, d. i. mit dem Rentenkaufe und mit der Veräusserung eines Grundstücks gegen vorbehaltenene Renten. Das war ein Process, welcher das Flüssige in ein Festes verwandelte.

Das Verhältniss, in welchem die Schuldner zu ihren Gläubigern stehn, ist ein Verhältniss der Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit geht sogar so weit, dass die Kapitalisten eine gewisse Aufsicht über die Sitten derjenigen ausüben, welchen sie Geld dargeliehen haben oder welche bei ihnen Geld suchen. Man kann sagen, dass durch die Darlehnsgeschäfte eine geheime Po-



lizei eingeführt wird; eine geheime Polizei, welche die vollkommenste und zugleich die unschädlichste ihrer Art ist. (Das System der schottischen Banken, auf das ich mich hier nur gelegentlich beziehen kann, ist in dieser Hinsicht besonders beachtenswerth. Diese Banken geben den Land- und den Gewerbsleuten der Nachbarschaft bis zu einem gewissen Betrage Credit, ohne ein Pfand oder Unterpand zu verlangen.) — Auf der andern Seite kann sich da, wo Geld zu Darlehen benutzt wird, eine eigenthümliche Art von Aristokratie bilden, (letzteres Wort in seinem besten Sinne genommen,) — eine Klasse von Männern, welche, der Nothwendigkeit, für den Lebensunterhalt zu arbeiten, überhoben, ihre Zeit der Bearbeitung der Wissenschaften oder der Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten uneigennützig widmen können. Obwohl Freiherren, sind sie dennoch bei dem Wohlstande ihrer Schuldner und bei dem der Nation überhaupt unmittelbar theilhaftig.

Die Kapitalisten theilen mit denen, die durch eine andere Art des Besitzthumes reich oder wohlhabend sind, den Ruhm, dass sie, als die gebornen Freunde des Bestehenden, in der Regel weder an inneren Unruhen noch an auswärtigen Kriegen Lust und Freude haben. Vielleicht thuen sie es Andern, welche gleich vermögend sind, in dem Eifer für die bestehende Regierung und in dem Widerwillen gegen Kriege sogar zuvor. Denn sie wissen recht wohl, dass ihr Reichthum, ein ideeller, der Bürgerschaft des Staates besonders bedarf; dass, wenn auch in Kriegszeiten die Zinsen zuweilen steigen, dieses Steigen dennoch nur in der grösseren Gefahr sei-

nen Grund hat, welche sie dann zu übernehmen haben. Auf jeden Fall sind sie mit einer neuen Ordnung der Dinge am leichtesten wieder auszusöhnen. — Auf der andern Seite hat auch die Regierung besondere Ursachen, die Kapitalisten zu schonen und zu hören. Leicht können sie oder ihre Kapitalien auswandern. Ihr Interesse ist dem Interesse Aller vielleicht am nächsten verwandt. Denn ihr Wohlstand ist wesentlich das Resultat von dem Wohlstande des gesammten Volkes. Einem jeden monarchischen Staate, der eine Repräsentativverfassung hat, ist eine Anzahl grosser Kapitalisten zu wünschen, damit es nicht an unabhängigen, unpartheiischen und gemässigsten Männern fehle, unter welchen das Volk seine Abgeordneten wählen könne.

Eine noch weit grössere und eine ganz eigenthümliche politische Bedeutsamkeit erhalten die Kapitalisten da, wo ihnen der Staat selbst verschuldet ist. Darüber liesse sich ein ganzes Buch schreiben! Die Staatsschulden, — diese bewundernswerthe Erfindung, auf deren Vervollkommenung das neuere Europa alle Ursache hat, stolz zu seyn, — verschlingen das Interesse der Regierung und das der Kapitalisten und dann wieder das Interesse beider und das des Volkes so mannigfaltig und so unauflösbar in einander, dass sie dem Staatsvereine eine Einheit, Lebendigkeit und Festigkeit geben, deren Werth nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Wenn es auch an einer Geschichte des Schuldenwesens der europäischen Staaten, welche zugleich die Folgen der Staatsanleihe berücksichtigte, noch immer fehlt, so sprechen doch die Begebenheiten schon für sich; sie beurkunden durch die unzwei-



deutigten Thatsachen den Zusammenhang, in welchem der verschuldete Zustand der europäischen Staaten mit dem gesammten Zustande dieser Staaten steht. Nur einige Beispiele! — Man hört nicht selten Klagen über Mangel an Gemeingeist, an Patriotismus. Aber ist die Aengstlichkeit, mit welcher der Stand der Staatspapiere bewacht wird, nicht eine Art oder ein Surrogat des Gemeingeistes? — Schon so manche europäische Staaten haben die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie erhalten. Ist es so schwer, diese Neuerungen mit dem Schuldenwesen dieser Staaten in Verbindung zu setzen? War es nicht dieselbe Ursache, welche in Grossbritannien zur Umgestaltung des Wahlsystems, in Frankreich, nach der Revolution vom Monate Juli 1830, zu dem Bestreben, den Sieg mit Mässigung zu benutzen, wesentlich beitrug? — Fast alle europäische Regierungen halten jezt weit zahlreichere stehende Heere, als ehemals. Zugleich aber ist fast überall die Gerechtigkeitspflege und die Civilverwaltung vervollkommenet worden. Denn der Kriegsmacht steht die Macht rechnend zur Seite, welche die Regierungen in ihrem Kredite haben. — Und nicht auf das Innere der einzelnen europäischen Staaten beschränkt sich der politische Einfluss der Staatsschulden. In dem gegenseitigen Verhältnisse unter den europäischen Völkern ist er nicht weniger sichtbar. So ist z. B. Grossbritannien auch durch seine Kapitalisten eine europäische Macht.

Jedoch, sowohl in der physischen als in der Menschen-Welt offenbart sich überall das Gesetz der Polarität, das Gesetz, nach welchem dieselbe Kraft in entgegengesetzten Richtungen

auf eine entgegengesetzte Weise wirkt. In dem Zustande eines Staates, in welchem Viele für Wenige arbeiten müssen, sey es, dass er selbst, oder dass ein grosser Theil des Volkes verschuldet ist, liegt zugleich ein Keim zur Auflösung des Staatsvereines, ein Grund zu inneren Unruhen. Zwar kann man behaupten, dass im Tauschverkehre erst mittelst der Darlehnseschäfte ein vollkommener Rechtszustand begründet und an die Stelle des Naturstandes gesetzt werde. Aber zwischen einem rechtmässigen und einem künstlichen Zustand ist ein sehr grosser Unterschied. Daher ist der Zweifel erlaubt, ob eine Regierung wohl thue, wenn sie den Privatcredit künstlich steigert. Für den eigenen freilich kann sie, nach der heutigen Lage der europäischen Staaten, nie genug thun.

---

#### VIERTE ABHANDLUNG.

---

Ueber die Regeneration der bürgerlichen Gesellschaft durch eine Umgestaltung des Eigenthumsrechts, d. i. desjenigen Rechts, nach welchem bewegliche und unbewegliche Sachen erworben werden können und besitzen werden.

So wie eine Glaubenslehre, je künstlicher sie ausgebildet ist, desto mehr zu Spaltungen un-



ter ihren Bekennern Veranlassung giebt, so entzweien auch die Eigenthumsrechte, je verwickelter sie bei einem Volke werden, desto mehr die einzelnen Bürger. Ein Kunstwerk kann durch Kunst vervollkommenet werden. Künstlichkeit weckt die Sehnsucht nach dem Stande der Natur. Ein Glaube, der Wissenschaft ist, hat den Unglauben, der Reichthum hat die Arbeitsscheu und den Neid zu fürchten. Endlich, wie in der physischen, so sind auch in der moralischen Welt alle Erscheinungen so in einander verwebt, dass, wenn ein Theil dieses Gewebes zu künstlich ist, um haltbar zu seyn, das Ganze von der Gefahr der Auflösung bedroht wird.

Als im vorlezten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts die verhängnisvolle französische Revolution ausbrach, waren fast in allen europäischen Staaten deutschen Ursprungs die Eigenthumsverhältnisse ein sonderbar zusammengesetztes Kunstwerk, zu welchem mehr als ein Zeitalter die Materialien geliefert hatte; diese Verhältnisse glichen einem Baue, welcher von mehreren Baumeistern, von dem einen nach dem andern, von einem jeden nach einem neuen Plane, aufgeführt worden ist. Das Verhältniss zwischen den Grundherren und ihren Grundholden war ein, wenn auch etwas verfallenes, Denkmal aus den früheren Zeiten des Mittelalters. Die Lehnsvorrichtung, eine Ueberlieferung derselben Zeit, obwohl ihrem ursprünglichen Zwecke längst entfremdet, war dennoch in Frankreich, in Deutschland, in Italien, die Hauptgrundlage des Rechts, nach welchem die grösseren Landgüter, die Grundherrschaften oder Rittergüter, besessen wurden. Die städtischen Korporationen hat-

ten die Erwerbsvorrechte, welche ihnen in den schon späteren Zeiten des Mittelalters, (vom eilften Jahrhunderte an,) verliehen worden waren, auf dass sie den Kampf mit dem grundherrlichen Adel mit Erfolg bestehen könnten, auch unter gänzlich veränderten Umständen, hauptsächlich durch die Zunftverfassung, zu retten gewusst. Doch auch für sie waren die alten guten Zeiten vorüber. Denn nach und nach hatten sich die Regierungen, bald die Spannung zwischen dem Adel - und dem Bürgerstande, bald die Spaltung in der Kirche, bald die Veränderungen im Kriegswesen benutzend, auf einen Standpunkt emporgehoben, auf welchem das Auge nur die Massen und nicht die Individuen erblickt. Da hatte sich ihnen die Frage aufgedrungen, wie der Staat die Eigenthumsverhältnisse der einzelnen in dem Interesse des Nationalwohlstandes und in dem der öffentlichen Macht zu ordnen habe. Die Resultate, zu welchen die Erörterung dieser Frage führte, waren den Ueberlieferungen der Vorzeit nichts weniger als günstig. Man versuchte also, die Wirklichkeit mit diesen Resultaten in Uebereinstimmung zu setzen. Da man jedoch in der Periode, von welcher hier die Rede ist, bei der Verfolgung dieses Planes nur so weit gieng, dass man im Einzelnen zu bessern und zu helfen suchte, (sey es aus Achtung oder Scheu vor dem Bestehenden oder weil man die Aufgabe mehr ahndete als erkannte,) so geschah es nicht selten, dass der ökonomische Zustand der bürgerlichen Gesellschaft, durch den Contrast zwischen dem Alten und dem Neuen, nur noch verwik-



kelter wurde, dass das Neue Sehnsucht nach der Vergangenheit, das Alte Sehnsucht nach der Zukunft weckte.

Dieser Zustand der bürgerlichen Gesellschaft war eine der Hauptursachen, die Abstellung desselben einer der vornehmsten Zwecke der französischen Revolution. Und die französische Nation hat in dieser Beziehung das grösstentheils erreicht, was sie, indem sie sich in den Strudel einer Revolution stürzte, erreichen wollte. In ganz Frankreich ist jezt der Grund und Boden volles und freies Eigenthum; die Grundstücke sind veräusserlich, theilbar, frei von allen Privatlasten, welche nicht die Eigenschaft rein dinglicher Lasten haben, also von Zehnten, Gülten oder Renten, und Frohnen; kein Grundstück wird bloß als Lehn besessen und kann bloß nach Lehnrechte besessen werden. Eben so sind die städtischen Gewerbe, die Fabrikation und der Handel, von dem Zunftzwange gänzlich entbunden worden. Mit einem Worte, Freiheit des Eigenthumes und des Erwerbes ist an die Stelle einer Gesetzgebung getreten, welche, indem sie diese Freiheit beschränkte und zum Theil gänzlich aufhob, zugleich der Entfaltung der Nationalkraft überhaupt wesentliche Hindernisse in den Weg legte. Die Veränderung, welche in dieser Beziehung mit dem Zustande der französischen Nation vorgegangen ist, ist schon an und für sich und abgesehn von dem Zusammenhange, in welchem sie mit Frankreichs damaliger Verfassung steht, vielleicht der grösste Vortheil, den die Nation der Revolution verdankt. Dieser Veränderung ist es allein oder doch vor-

zugsweise zuzuschreiben, dass die Nation einen Staatsaufwand zu bestreiten vermag, welcher denjenigen, den sie einst, (im J. 1789,) nicht erschwingen konnte, bei weitem übertrifft, und dass gleichwohl der Nationalwohlstand fort-dauernd im Zunehmen ist. So einleuchtend waren diese Vorthelle; sie standen mit dem Interesse der öffentlichen Macht, welches überall dasselbe ist, in einer so unmittelbaren Verbindung, dass das, was in Frankreich für die Freiheit des Eigenthumes und des Erwerbes geschehn war, auch in andern Ländern das Volk zu Wünschen oder Ansprüchen, die Regierung zur Herstellung eines ähnlichen Zustandes veranlasste. In England und Irland ist die Ablösung oder Verwandlung der Zehnten schon seit Jahren eine Nationalangelegenheit und gerade jezt soll diese Angelegenheit ihre endliche Erledigung erhalten; in Portugal hat Don Pedro die Zehnten, (die in diesem Lande ausschliesslich das Eigenthum der Kirche geblieben zu seyn scheinen,) mit einem Federstriche aufgehoben; in Preussen wird der Plan verfolgt, die grundherrlichen Rechte nach und nach gegen Entschädigung aufzuheben; in mehreren andern deutschen Staaten sind die Grundlasten für ablösbar erklärt worden; in allen den Ländern, welche einst Bestandtheile des französischen Kaiserreiches waren, hat die französische Gesetzgebung, auch in der vorliegenden Beziehung, entweder ihre verbindende Kraft behauptet, oder doch zahlreiche Spuren hinterlassen. — Zwar wurde das System der Erwerbsfreiheit <sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Die Erwerbsfreiheit begreift auch die Freiheit



nicht überall, oder vielleicht nirgends, in seiner ganzen Consequenz durchgeführt. Denn es ist nicht einem Jeden gegeben, auch die entferntesten Folgerungen zu entdecken, die sich aus einem Grundsätze ableiten lassen. Zuweilen gestatten es auch die Verhältnisse nicht, einem Grundsätze in allen seinen Beziehungen zu folgen. (Wie wäre es z. B. sonst erklärbar, dass in Frankreich die Fabrikation und der Verkauf des Tabacks noch ein Monopol der Regierung ist oder dass in demselben Reiche der Einfuhrzoll bei mehreren Waaren so hoch angesetzt ist, dass er einem Einfuhrverbote gleicht?) Aber, wenn jenes System, obwohl bis jezt nur unvollkommen oder theilweise ausgeführt, schon so grosse Dinge gewirkt hat, was wird es erst in der Folge wirken, wenn es in der Entwicklung, deren es fähig ist, verwirklicht wird?

Man durfte also, schon wegen der Zahl und des Gewichts der Auctoritäten, welche dem Systeme der Erwerbsfreiheit das Wort sprechen, die Erwartung hegen, dass in diesem Systeme das souveraine Mittel gefunden sey, den Wohlstand der europäischen Nationen auf das vollkommenste zu befördern, dass man sich daher von nun an auf die wissenschaftliche Ausbildung dieses Systemes einerseits und andererseits auf die Beseitigung der Schwierigkeiten beschränken werde, mit welchen die Befreiung des Eigenthumes und des Erwerbes von seinen bisherigen Fesseln in der Erfahrung zu kämpfen hat. Man durfte das um so mehr erwarten, da das System

---

des Eigenthumes unter sich. Das System der Erwerbsfreiheit fordert also zugleich Freiheit des Eigenthumes.

der Erwerbsfreiheit mit dem auf Sprechfreiheit gerichteten Streben unseres Zeitalters in einem wesentlichen Zusammenhange zu stehen scheint. Wenn es auch, wie billig, den Ueberlieferungen der Vorzeit nicht an Freunden und Vertheidigern fehlen konnte, so durfte man doch annehmen, dass diejenigen, welche die bürgerliche Gesellschaft umzugestalten und zu verjüngen beabsichtigen, sich um das System der Erwerbsfreiheit, gleich als um ein Feldzeichen, sammeln und schaaren würden. Und giebt es denn ausser dem Systeme der Bevormundung und dem der Freiheit des Erwerbes noch ein drittes?

Gleichwohl sind diese Erwartungen nicht vollkommen erfüllt worden. Es giebt noch ein drittes System, welches dem ökonomischen Zustande eines Volkes zum Grunde liegen kann; und es ist gerade dieses System von nicht Wenigen, wenn auch von den Einen in dieser von Andern in einer andern Gestalt, als das einzige Mittel angepriesen worden, die bürgerliche Gesellschaft, nicht nur in Beziehung auf ihre materiellen Interessen, sondern auch in einer jeden andern Beziehung, auf die letzte und höchste Stufe der Vollkommenheit zu erheben, als das Heilmittel für alle Uebel, an welchen die europäischen Staaten und Völker dermalen leiden. Dieses System ist das der Gütergemeinschaft; oder so kann es wenigstens im allgemeinen genannt werden, wenn auch dieser Name nicht für alle die Modifikationen, die es, wie weiter unten gezeigt werden wird, zulässt, in gleichem Grade bezeichnend ist.

Es steht dieses System mit den Begriffen



und Gewohnheiten und Verhältnissen der europäischen Menschheit so entschieden im Widerspruche, die Darstellung desselben würde den gesammten Zustand der europäischen Völker so gänzlich umkehren, dass man alle Ursache hat, zu fragen: Wie konnte doch eine solche Lehre in unseren Tagen und unserer Zeit gepredigt werden? wie kam es, dass sie nicht allgemein ins Reich der Träume verwiesen, ja dass sogar Versuche gemacht wurden, sie auf die wirkliche Welt anzuwenden?

Zum Theil erklärt sich diese Erscheinung schon daher, dass wir überhaupt in bewegten, in neuerungssüchtigen Zeiten leben. So sehr auch der Mensch ein Gewohnheitsthier ist, so schwer ist es doch, wenn er einmal von seiner Vergangenheit losgerissen worden ist, ihm das Neue wieder anzugewöhnen oder der unbehaglichen Unruhe, welche sich seiner dann bemeistert, Ziel und Maass zu setzen. Aehnliche Zeiten, z. B. die Zeiten der Reformation, haben ähnliche Erscheinungen gesehn. Die Wiedertäufer, welche einst in Münster ein so schauderhaftes Trauerspiel aufführten,<sup>2)</sup> hielten die Gemeinschaft der Güter — sammt der Vielweiberei — für schriftmässig. (Das Sondereigenthum und die Einhebe ruhen ohngefähr auf demselben Rechtsgrunde.) Eben so gab es unter den vielen Partheien und Secten, in welche die englische Nation im 17. Jahrhunderte getheilt war, einige, welche sich zu der Lehre von der Gemeinschaft der Güter

---

<sup>2)</sup> Vgl. Häberlin's teutsche Reichsgeschichte; den XI. Bd. S. 581 ff.

bekannten.<sup>3)</sup> Die Religion, bei so vielen Völkern eine Hauptstütze des Sondereigenthumes, kann gleichwohl dem Sondereigenthume in einem hohen Grade gefährlich werden, wenn sie so gedeutet wird, dass die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft ein Nachbild der Weltordnung oder des Reiches Gottes seyn solle.

Eine andere Ursache jener Erscheinung dürfte die seyn: Die Achtung für das Eigenthum ist im Ganzen nicht mehr die, die sie ehemals war. Das Drama der französischen Revolution hat diese Achtung vielleicht selbst bei denen erschüttert, welchen jene Begebenheit, überhaupt oder in ihrer dem Eigenthumsrechte feindseligen Richtung, ein Abscheu war. Denn eine Unthat, die sich oft und rasch wiederholt, macht endlich, wie alles Gewöhnliche, kaum noch einen Eindruck auf das Gemüth. Und nun erwäge man weiter, wie seit dem Beginne der französischen Revolution in so vielen europäischen Staaten das Vermögen der Kirche, das meist vorzugsweise für unantastbar gehalten wurde, ganz oder zum Theil eingezogen worden ist, wie in den langen Kriegsjahren so Viele arm, Andere plötzlich reich geworden sind, wie manche und wie grosse Schwankungen der Werth des Geldes während derselben Periode erlitten hat, wie die Unsicherheit der Vermögensumstände, welche die Folge von diesen Schwankungen war, gleichzeitig durch das Steigen und Fallen der Staatspapiere vermehrt

---

<sup>3)</sup> Und schon früher, — unter der Königin Elisabeth, — bekannten sich zu derselben Lehre die Brownianer. Vgl. *Jos. Story's commentaries on the constitution of the U. St. I*, 36.



wurde, — kann es da wohl befremden, wenn man unbedenklich Theorien aufstellte, welche den Zweck haben, das Sondereigenthum aus der bürgerlichen Gesellschaft zu verbannen? wenn die Urheber und Vertheidiger dieser Theorien die Rechtsfrage übersahen oder in den Hintergrund stellten?

Endlich die letzte aber nicht die geringste Ursache! Der ökonomische Zustand der europäischen Staaten hat sich in den neueren Zeiten so gänzlich neu gestaltet, dass sich in der Geschichte dieser Staaten, ja in der Geschichte überhaupt, kein Beispiel eines ähnlichen Zustandes findet, welches uns über unsere Aussichten in die Zukunft, zum Behufe einer zweckmässigen Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in der Gegenwart, belehren könnte. Wie ein jedes Zeitalter, in welchem die bürgerliche Gesellschaft von ihrer bisherigen Ordnung zu einer neuen Ordnung übergeht, dem in demselben lebenden Geschlechte schwere Opfer auferlegt, so gilt das auch von unserm Zeitalter, als einer Periode eines solchen Ueberganges. Kein Wunder also, wenn man, um mit der Zeit Schritt zu halten, der Zeit vorausgeeilt ist, und um der Ungewissheit der Gegenwart ein Ende zu machen, selbst heroische Mittel in Vorschlag gebracht hat. — Es ist hier nicht der Ort, ausführlich zu zeigen, dass und wie sich der dermalige ökonomische Zustand von dem vormaligen, (von dem in den achtziger Jahren des letztverflossenen Jahrhunderts,) wesentlich unterscheidet. Doch erlaube ich mir, auf folgende Thatfachen hinzudeuten: Eman- cipation der britischen Kolonien in Nordame-

rika, der spanischen und portugiesischen in Südamerika; <sup>4)</sup> — Anwendung der Maschinen auf fast alle Arten der Production, Vervollkommnung des Maschinenwesens; <sup>5)</sup> — sehr viele Arten von Waaren werden nicht mehr, wie ehemals, von einzelnen Handwerksmeistern, sondern in Fabriken gefertigt; — Zusammenhang dieser und der unmittelbar vorher angeführten Neuerung mit dem Arbeitslohne, mit dem Stande der Bevölkerung; — Mobiliarisirung eines mehr oder weniger bedeutenden Theiles des Nationalkapitales durch die Staatsschulden; — Uebergewicht des Geldreichthumes über den Grundreichthum; — Zerstückelung der grossen Landgüter; (und doch kann vielleicht auch die Landwirthschaft nur noch fabrikmässig, d. i. noch auf grösseren Landgütern, mit Gewinn betrieben werden;) — Vervollkommnung der Schifffarth; Erleichterung der Reisen und der Waarenverföhrung zu Wasser und zu Lande; — die Mauthen; ihr Zusammenhang mit jener Erleichterung des Waarentransports; (eine jede Waare würde auf der ganzen Erde denselben Tauschpreis haben, wenn es keine Transportkosten gäbe;) — grössere Gleichheit der verschiedenen Stände der bürgerlichen Gesellschaft

---

<sup>4)</sup> Laut hinreichend beglaubigter Nachrichten ist seitdem Spaniens Wohlstand, trotz mancher ungünstiger Umstände, im Zunehmen.

<sup>5)</sup> Vgl. *Recherche des causes de la richesse et de la misère des peuples civilisés. Par Mr. de Morogues. Par. 1833. 8.* S. auch eine Abh. desselben Verf. über dens. Gegenstand in den *Mémoires présentés à l'acad. des sciences par des savans étrangers. T. V.* — Die Resultate des Maschinenwesens. A. d. E. Lübeck, 1833. 8.



in Beziehung auf Lebensbedürfnisse; Einfluss dieser Gleichheit auf die Production.

---

Der Vorschlag, den ökonomischen, (und mit diesem den politischen,) Zustand der europäischen Völker nach dem Systeme einer allgemeinen Gütergemeinschaft umzugestalten, ist so excentrisch, dass man geneigt seyn möchte, ihn einer ernststen Prüfung für unwerth zu halten.

Jedoch, ein jeder ernstlich gemeinte Vorschlag, der zur Verbesserung des Zustandes der bürgerlichen Gesellschaft gethan wird, ist auch einer ernstlichen Prüfung nicht unwerth. Wo wären wir jezt noch, wenn das Ungewöhnliche, ja das Abentheuerliche für unsere Voreltern keinen Reiz gehabt hätte? wenn das Vorurtheil für das Gewohnte unsere Voreltern bestimmt hätte, das Neue ungeprüft und unversucht zu verurtheilen? Was jezt alt ist, war einst neu; was jezt neu ist, wird einst das Ansehn des Alters und der Gewohnheit für sich haben. Auf jeden Fall aber leben wir in Zeiten, in welchen Verbesserungsvorschläge, je überschwenglicher sie sind, desto leichter Anklang und Eingang finden. Und es können schlimmere Zeiten kommen.

Doch nicht in allen seinen Formen liegt das System der Gütergemeinschaft der Gegenwart so fern, als man auf den ersten Blick urtheilen könnte. Wenn fast alle europäische Regierungen darauf hinarbeiten, dass alle Waaren, welche im Inlande erzeugt oder verfertiget werden können, im Inlande erzeugt oder verfertiget werden, so geht, mit andern Wor-

ten, ihr Streben dahin, dem Staatsvereine zugleich die Organisation einer Gesellschaft zu geben, in welcher Einer für den Andern, nach einer von der Staatsgewalt festgesetzten Regel, arbeitet. (Denn diese Politik hat ihrem Wesen nach den Sinn, dass die gesammte inländische Production — indirect — durch das Interesse der Gesammtheit bestimmt und geordnet werden soll. Es sollen Waaren im Inlande producirt werden, welche sonst aus dem Auslande bezogen worden seyn würden. Es muss sich das Kapital und die Arbeit der Nation der Produktion dieser Waaren zu- und von der Produktion anderer Waaren abwenden. Alle Consumenten müssen, in dem Interesse der Gesammtheit, mehr arbeiten, als sie sonst zu arbeiten gehabt hätten, wenn sie sich anders die mit einem hohen Einfuhrzolle belasteten Waaren anschaffen wollen.) Das System der Gütergemeinschaft aber ist wenigstens in einigen seiner Formen und Abstufungen ausschliesslich oder vorzugsweise auf denselben Zweck berechnet. Die Gründe, mit welchen dieses System angegriffen oder vertheidiget werden kann, sprechen also zugleich für oder wider jene Politik der europäischen Regierungen. Nicht der einzige Fall, dass politische Massregeln oder Vorschläge, die scheinbar die verschiedenartigsten sind, auf denselben Grundsatz zurückgeführt werden können.

---

Anstatt den Versuch zu wagen, die möglichen Formen oder Abstufungen des Systemes der Gütergemeinschaft aufzuzählen, will



ich von den Vorschlägen, welche in den neuesten Zeiten wirklich gemacht worden sind, die Eigenthumsverhältnisse in dem Geiste dieses Systemes umzugestalten, die vornehmsten oder bekanntesten anführen.<sup>6)</sup> Die Männer, von deren Vorschlägen in dem Folgenden die Rede seyn wird, sind St. Simon, Robert Owen, Karl Fourier. Vielleicht sind diese Männer zugleich die Repräsentanten der verschiedenen möglichen Meinungen, welche zur Lösung der vorliegenden Aufgabe aufgestellt werden können. Auch sind die Entwürfe dieser Männer wenigstens in einem gewissen Grade oder Umfange ausgeführt worden.

St. Simon scheint zu dem Gedanken, einen Plan für die Regeneration der bürgerlichen Gesellschaft zu entwerfen, zuerst durch den ökonomischen Zustand seiner Nation und ins besondere durch die Lage der arbeitenden Volksklasse veranlasst worden zu seyn. Als die Quelle alles Uebels glaubte er das Eigenthumsrecht in der Form und Gestalt, die es derma-

---

<sup>6)</sup> Ich sage: Die vornehmsten oder bekanntesten. — Denn besonders in Frankreich, kommen fast von Jahr zu Jahr neue Entwürfe dieser Art zum Vorscheine. Aehnliche Ansichten findet man z. B. auch in folgenden Schriften: *Essai sur un catechisme de morale publique et de politique. Par un agriculteur. Par. 1832. 8.* — *Régénération sociale ou traité sur la possibilité de donner à l'association humaine de nouvelles bases, propres à détruire les abus qui retardent les bienfaits de notre révolution. Par M. R. L. agriculteur. Par. 1833. 8.* — *Le conciliantisme. Théologie nouvelle. Par Moisson-Desroches. Caen, 1833. 8.* — Jedoch entfernen sich diese Schriftsteller von den im Texte genannten Meistern mehr in Einzelheiten, als in den Grundsätzen.

len hat, anklagen zu können. Wenn nun auch der Lehre, welche den Namen des St. Simon's führt, weder so, wie sie von St. Simon selbst vorgetragen, noch so, wie sie von seinen Schülern ausgebildet worden ist, das Lob der innern Consequenz gebühren möchte, so ermanget doch derjenige Theil dieser Lehre, welcher das Eigenthum betrifft, noch am wenigsten des inneren Zusammenhanges, und so ist doch dieser Theil der Lehre von den Schülern St. Simon's noch am wenigsten ergänzt oder entstellt worden. Die Eigenthümlichkeiten des St. Simonism dürften, in so fern dieser das Eigenthumsrecht zum Gegenstande hat, in folgende Hauptsätze zusammengefasst werden können: <sup>7)</sup> 1) Die Erde mit ihren Schätzen und Erzeugnissen war ursprünglich das Gemeingut des gesammten Menschengeschlechts. Dieses Gemeingut musste getheilt werden, auf dass es ein desto reichlicheres Einkommen gewährte, die Bedürfnisse der Menschen desto vollkommener befriedigte. Auch ist die Theilung geschehn. Aber wie ist sie geschehn? wie hätte sie geschehn sollen? 2) Die Menschen haben sich in dieses Gemeingut willkürlich — und

---

<sup>7)</sup> Gross ist die Zahl der Schriften, welche in Frankreich über den St. Simonism erschienen sind. (Eben so wenig fehlt es an deutschen Schriften über diese Lehre.) In dem Abrisse, den ich von dieser Lehre im Texte gegeben habe, bin ich der Schrift gefolgt: *Doctrine de St. Simon. Exposition. II<sup>me</sup>. Edit. Par. 1831.* 8. (In dieser Schrift findet man auch Nachrichten von dem Leben und ein Verzeichniss der Schriften St. Simon's.) Uebrigens darf man nicht die Verirrungen der Schüler dem Meister zur Last legen.



nicht nach einer aus dem Interesse der Gesamtheit geschöpften Regel — getheilt. Ein Jeder eignete sich einseitig zu, was ihm anstand und was er sich zuzueignen die Macht hatte. 3) Die Menschen haben diese Theilung der Erde und ihrer Güter — mittelst des Erbrechts — bleibend gemacht. 4) Aber weder diese Art, noch die Erblichkeit der Theilung steht mit dem Interesse der Menschheit, als eines Ganzen, — also mit den Grundsätzen des Rechts, — in Uebereinstimmung. Der Grund der Theilung war der, dass Arbeit erforderlich ist, um den Erdboden ergiebiger, die Schätze und Erzeugnisse der Erde zum Gebrauche tauglicher zu machen; dass nicht alle Menschen gleich viel Arbeit zu liefern im Stande sind, der eine zu dieser, der andere zu einer andern Arbeit geschickter ist. Zu Folge dieses Grundes hätte die Theilung jenes Gemeingutes nicht das Werk des Zufalles, sondern das Resultat eines reiflich überdachten Planes seyn sollen; durfte die Theilung nicht durch das Machtwort einzelner Miteigenthümer, sondern nur durch eine Uebereinkunft oder Association der sämmtlichen Miteigenthümer geschehn; hatte am wenigsten eine erbliche Theilung einen Sinn, eine Theilung, welche, wie sie auch beschaffen seyn möchte, zu ihrer Rechtmässigkeit voraussetzen würde, dass die Menschheit immer und ewig aus denselben Individuen bestände oder dass, wenn sie sich erneuerte, die Quantität und Qualität der Individuen immer dieselbe bleibe. <sup>8)</sup> Jedoch von

---

<sup>8)</sup> Man kann die Kastenverfassung als einen Ver-

dem, was hiernach hätte geschehn sollen, ist nichts oder vielmehr das gerade Gegentheil geschehn. Daher alle die Uebel, an welchen die menschliche Gesellschaft, (namentlich auch in den europäischen Staaten,) leidet und von jeher fast überall gelitten hat. Was die Menschen in Liebe, in Friede und Eintracht hätte vereinigen sollen, — das Bedürfniss, im Verhältnisse zur Aussenwelt für einen Mann zu stehn, — hat sie von jeher entzweit, hat einen „Antagonismus“ zur Folge gehabt, welcher die stetig-fortschreitende Verbesserung des moralischen, geistigen und physischen Zustandes der Menschheit von jeher verhindert hat und fortdauernd verhindert.

5) In der Ursache des Uebels liegt zugleich das Heilmittel. Die Menschen müssen mit einander eine allgemeine Verbindung, (*une association universelle*,) schliessen, deren Gesetze das Eigenthumsrecht, (in Gemässheit der aus dem Obigen sich ergebenden Folgerungen,) so umgestalten, dass es für die friedliche und ununterbrochen-fortschreitende Verbesserung des gesammten Zustandes der Menschheit Gewähr leiste. Zu diesem Ende ist in dem zu stiftenden Vereine a) das ursprüngliche Gemeingut der Menschheit unter die einzelnen Menschen als Sondereigenthum zu vertheilen; aber planmässig, in dem Interesse der Gesammtheit. b) Diese Vertheilung ist nicht so zu bewerkstelligen, dass ein Gesellschaftsglied so viel als das andere erhält; sondern so, dass die Ver-

---

such betrachten, die erbliche Theilung des Gemeingutes, ungeachtet der stetigen Erneuerung der Menschengattung, aufrecht zu erhalten,



mögensumstände der einzelnen Menschen im Verhältnisse stehend mit dem Masse der Fähigkeit eines Jeden, sein Vermögen, — sey es unmittelbar, d. i. in dem er selbst arbeitet, sey es mittelbar, d. i. indem er Andere nützlich beschäftigt, — zur Vermehrung oder Verarbeitung der Naturproducte zu verwenden. (*Le seul titre de la propriété sera la capacité de travail pacifique. Le seul droit à la richesse, c'est à dire à la disposition des instrumens de travail, sera la capacité de les mettre en oeuvre.*) c) Das Sondereigenthum ist auf das Leben des Eigenthümers beschränkt. Nach dem Tode eines Gesellschaftsgliedes fällt dessen Vermögen an die Association — zum Behufe einer anderweiten Vertheilung — zurück.

Der Plan des Engländers Robert Owen greift scheinbar noch tiefer in das Sondereigenthum ein, als der Plan der St. Simonisten.<sup>9)</sup> Doch vielleicht beruht der Unterschied zwischen dem einen und dem andern Plane nur darauf, dass Robert Owen mehr, als St. Simon, die Bedingungen der Ausführbarkeit eines solchen Planes berücksichtigte. Mit St. Simon in der Meinung

---

<sup>9)</sup> Eine ausführliche Nachricht von Owen's Plane findet man in der: Reise des Herzogs Bernhard zu Sachsen-Weimar-Eisenach durch Nordamerika in den Jahren 1825 und 1826. Herausgeg. von H. Luden. Im zweiten Theile. (Weimar, 1828. 8.) S. 134 und 310 ff. (R. Owen hatte damals zu *New-Harmony*, wie früher zu *New-Lanack*, eine Gesellschaft nach diesem Plane gestiftet. S. 310 des a. W. stehen die Statuten einer solchen Gesellschaft.) R. Owen hat selbst seinen Plan in mehreren Schriften bekannt gemacht und empfohlen. S. *the Edinburgh Review*. Vol. XXXII. (Edinb. 1819. 8.) S. 453 ff.

übereinstimmend, dass die Grundursache der Uebel, an welchen die bürgerliche Gesellschaft, namentlich in dem heutigen Europa, leide, in dem Stande des Eigenthumsrechts und der Vermögensverhältnisse zu suchen sey, bringt R. Owen die Errichtung von Gesellschaften oder Gemeinden in Vorschlag, in welchen es kein anderes Eigenthum, als das der Gesamtheit, giebt, mithin die einzelnen Gemeindeglieder, als solche, kein Sondereigenthum, besitzen, <sup>10)</sup> — alle Gemeindeglieder, ein Jedes nach Massgabe seiner Anlagen, Fertigkeiten und Neigungen, zum Besten der Gesellschaft und mit Beobachtung der gesellschaftlichen Ordnung zu arbeiten haben, — und dagegen alle Ausgaben sowohl die der Gesamtheit, als die der einzelnen Gemeindeglieder, aus der gemeinschaftlichen Kasse zu bestreiten sind, die letzteren Ausgaben so, dass die Bedürfnisse und Annehmlichkeiten des Lebens allen Gesellschaftsgliedern gleichmässig zu Theil werden. (Daher wird in den in der Anmerkung 18 erwähnten Statuten vorgeschlagen: §. 8. „Dass zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft eine reelle Gemeinschaft der Interessen und so viele

---

<sup>10)</sup> Zur vollständigen Realisirung dieses Planes würde allerdings erforderlich seyn, dass die einzelnen Gesellschaftsglieder schlechthin kein Sondereigenthum besässen. Der Urheber des Planes musste jedoch der Möglichkeit, den Plan auszuführen, die Strenge der Grundsätze zum Opfer bringen. Allemal aber dürfen die Mitglieder der Gesellschaft von ihrem Sondereigenthume nicht irgend einen Gebrauch machen, welcher die Ordnung der Gesellschaft stören könnte. (Daher der Zusatz im Texte: „Als solche.“)



Gleichheit bestehen soll, als mit Vortheil ins Werk gestellt werden kann.“ §. 9. „Dass, wenn alle auf gleiche Weise gut erzogen worden sind und die Gesellschaft denjenigen Theil von dem auf der Anstalt lastenden Kapitale, welcher ihr von ihren eigenen Mitgliedern vorgeschossen worden ist, <sup>11)</sup> zurückgezahlt haben wird, eine vollständige Gleichheit bestehen soll; ausgenommen, dass das vorgerückte Alter auf Gemächlichkeit und Achtung einen besondern Anspruch hat.“) — Einen ganz ähnlichen Plan befolgte Rapp, ein geborner Würtenberger, als er sich mit seinem Anhange in den Vereinigten Staaten, (erst zu *Harmony* in Pensylvanien, dann zu *New-Harmony* in Indiana, endlich zu *Economy* in Pensylvanien,) ansiedelte, bei der Organisation der von ihm gestifteten kirchlich-politischen Gesellschaft. <sup>12)</sup> Jedoch Rapp gab seiner Gesellschaft eine religiöse Grundlage; Robert Owen, die Spaltungen, welche die Religion verursacht hat, hassend und fürchtend, geht dagegen sogar so weit, dass er aus den nach seinem Plane zu stiftenden Gesellschaften das religiöse Element gänzlich verbannen will. Rapp war das Haupt seiner Gesellschaft. Owen's Plan enthält über die Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten

---

<sup>11)</sup> Diese Bedingung bezieht sich darauf, dass Owen die Art, wie die Gesellschaft zu dem Kapitale, dessen sie bedarf, gelangen kann, unbestimmt lässt.

<sup>12)</sup> Ausführliche Nachrichten von dieser Gesellschaft findet man in der, Anmerkung 9 angeführten Reisebeschreibung. Bd. II. S. 204 ff. und in der Zeitschrift: *Der Nationalökonom*. Von Morstadt. I. Bd. Mannh. 1834. S. 449 ff.

folgende Bestimmungen: §. 10. „Dass zu diesem Zeitpunkte,“ (d. i. wenn es möglich seyn wird, die Gesellschaftsglieder einander vollkommen gleichzustellen,) „die Gemeinde unter die Leitung eines Ausschusses kommen soll, bestehend aus allen Mitgliedern von gewissen Altersjahren, z. B. aus allen, die zwischen 40 und 50 Jahr alt sind.“ §. 11. „Dass in der Zwischenzeit die Leitung der Geschäfte in den Händen eines Ausschusses von 12 Personen ruhen soll, welche durch alle Mitglieder der Gesellschaft gewählt werden, achte aus den Mitgliedern, welche ein Kapital von 100 Pfund und darüber vorgeschossen haben, und vier aus den übrigen Mitgliedern.“ (Rapp ist alt und wohlbetagt gestorben; aber die von ihm gestiftete Gesellschaft besteht noch. Die Gesellschaft in *New-Harmony*, die Schöpfung Owen's, hat sich aufgelöst.) — Vielleicht darf hier noch der Brüdergemeinden und, (wenn auch eine sonderbare Zusammenstellung,) der Militair-Kolonien des russischen Reichs Erwähnung geschehn, da und in wie fern in denselben Einrichtungen vorkommen, welche Owen's Plane sehr nahe verwandt sind. — Uebrigens ist zwar dieser Plan von seinem Urheber noch nicht so weit ausgedehnt oder in dem Grade entwickelt worden, dass er ein Musterbild für den gesamten Organismus der bürgerlichen Gesellschaft enthielte. Aber man sieht leicht, dass er einer solchen Ausdehnung oder Entwicklung allerdings fähig ist.

Dem Plane Fourier's liegt die Idee zum Grunde, dass sich die Menschen zu allgemeinen Erwerbsgesellschaften, (*sociétés*



*universelles de gains*,) vereinigen sollen, welche dann wieder unter sich Verbindungen eingehen und so zu einer Reorganisation der gesammten bürgerlichen Gesellschaft führen können.<sup>12)</sup> (Jedoch hat Fourier seine Untersuchungen einstweilen auf die inneren Verhältnisse der einzelnen Gesellschaften beschränkt.) Es sollen also die Menschen ihre gesonderten Hauswirthschaften und den gesonderten Betrieb ihrer Gewerbe aufgeben und sich dagegen, zu 2- bis 300 Familien, (wie es nun ihr Vorthail und die örtlichen Verhältnisse mit sich bringen,) zu einem grossen Hauswesen mit zusammengebauten Wohnungen vereinigen und, mit Vorbehalt des Sondereigenthumes, ihren Haushalt, — Ackerbau, Viehzucht, Fabrikwesen und Handel, auch Kunst und Wissenschaft, — nach gewissen von der Gesellschaft zu verabredenden Regeln, gemeinschaftlich betreiben und die gewonnenen Vorthelle nach Verhältniss des von einem Jeden eingeschossenen zu Geld anzuschlagenden Grundvermögens, des eingelegten Kapitals und der geleisteten Arbeit, in Gemässheit eines nach Stimmenmehrheit gefass-

---

<sup>12)</sup> Fourier selbst hat diesen Plan in folgenden Schriften dargestellt und empfohlen: *Théorie des quatre mouvements*. Par. 1818. 8. *Traité de l'association domestique agricole*. Par. 1822. II. Vol. 8. *Le nouveau monde industriel*. Par. 1829. 8. *Le Phalanstère ou la Reforme industrielle*. (Eine Zeitschrift.) S. auch: *Les dangers de la situation actuelle de la France*. Par. A. Maurice. Par. 1833. 8. und: *Die vollkommene Association*. Ein Beitrag zur ruhigen Lösung aller grossen Fragen dieser Zeit. Von Fr. Teppelhorn. Augsb. 1834. 8.

ten Beschlusses, unter sich vertheilen. — Es liegt am Tage, dass diese Idee in der Ausführung Modificationen zulässt, dass der Plan im Einzelnen auf mehr als eine Weise ins Werk gesetzt werden kann. Damit man von diesem Plane ein lebendigeres Bild habe, soll hier noch der Art gedacht werden, wie er in Frankreich auf dem Landgute eines Herrn Delaru ausgeführt worden ist oder ausgeführt werden soll. (Die Schicksale dieser Association sind mir nicht bekannt.) Herr Delaru überlässt der Association sein theils bebautes, theils noch wüst liegendes Grundstück von 500 Hektaren zur Bewirthschaftung. Das Grundstück wird zu Geld angeschlagen und der Eigenthümer nimmt so viel Actien, als der Geldwerth des Grundstückes beträgt. Die übrigen Theilnehmer machen baare Geldeinlagen. Die benachbarten Grundeigenthümer können sich dem Vereine nach Gefallen anschliessen. Das Gesamtkapital, welches die Gesellschaft in Grundstücken, Gebäuden, Vieh, Fabriken, Maschinen, Geräte und baarem Gelde zusammenbringen will, soll 1,200,000 Fr. betragen. Dieses Kapital wird durch Actien, eine jede zu 500 Fr., zusammengebracht. Die Handwerker, die Angestellten und die Arbeiter sollen in der Regel zugleich Actionaire seyn; doch können auch Arbeiter als Tagelöhner angenommen werden, bis dass sie den Betrag einer Actie erübriget haben. Um das den Tagarbeitern zu erleichtern, werden für sie 300 Actien, jede von 300 Fr., in Coupons von 100 bis 200 und 300 Fr. ausgestellt, und mit dem Erwerbe eines oder mehrerer Coupons werden sie verhältnissmässig Actionaire



und üben als solche ihr Recht in Gemeinschaft mit den übrigen Couponsbesitzern aus. Die Verwaltung, welche von einer Generalversammlung der Actionaire gewählt wird, verabredet mit einem jeden Arbeiter und Angestellten eine Summe als Tagelohn oder Monatsgehalt, die er wenigstens oder als das *Minimum* erhält und auf so viel, als diese Summe beträgt, wird ihm für Wohnung, Kleidung und Kost jährlich Credit gegeben. Jedes Jahr wird im Monate März ein Inventarium über den Vermögensbestand, die Verbesserungen und den Gewinn aufgenommen. Sollte in dem Grundvermögen eine Verminderung eingetreten seyn, so wird vor allen Dingen der Abgang aus dem baaren Gewinne ersetzt; jedoch darf hierdurch nie das Minimum des den Arbeitern gebührenden Lohnes geschmälert werden. Aus dem Ueberschusse werden die von der Gesellschaft zu entrichtenden Zahlungen in folgender Ordnung geleistet: 1) Tagelohn der Arbeiter; 2) Gehalte der Verwalter, des Kassirers und des Directors; 3) die Zinsen an die Actionairs mit 5 pC. Die Gesellschaft nimmt überdies auf das Interesse der Arbeiter besonders Bedacht, indem sie z. B. gegen ein geringes Kostgeld für die Erziehung der Kinder dieser Klasse sorgt. Uebrigens wird die Gesellschaft auf 20 Jahre eingegangen, kann jedoch auf Verlangen der Actionaire schon nach 5 Jahren aufgelöst werden.

---

Zur Vergleichung der obigen Vorschläge unter sich.

Alle diese Vorschläge stimmen in dem Zwecke mit einander überein, — zu bewirken,

dass die Arbeit besser, als bisher, lohne und so der dermalige Zustand der menschlichen Gesellschaft und insbesondere der Zustand der von ihrer Hände Arbeit lebenden Volksklassen auf die Dauer verbessert werde. — Sie stehen schon vermöge dieses ihres Zwecks mit der politischen Tendenz unseres Zeitalters in einem wesentlichen Zusammenhange.

Auch in dem Mittel, jenen Zweck zu erreichen, stimmen die obigen Vorschläge mit einander im allgemeinen überein. Die Menschen sollen sich zu Gesellschaften vereinigen, in welchen sie, statt, wie bisher, vereinzelt, zusammen oder gemeinschaftlich arbeiten; so dass die Gesellschaft einem Jeden die Arbeit zutheilt, für die er sich am besten schickt, dass die Arbeiter eines und desselben Fachs ihre Arbeit, so weit es möglich ist, in Gemeinschaft zu verrichten haben, dass alle Arbeiten nach den von der Gesellschaft festgesetzten Regeln und unter der Leitung der Vorsteher zu verrichten sind. — Man kann eine solche Gesellschaft mit einer grossen — alle Arten der Production umfassenden — Fabrikanstalt vergleichen; ausgenommen, dass an die Stelle des Fabrikherrn die Gesellschaft tritt. Von dieser Analogie kann man zugleich die Ursache abnehmen, warum das Zusammenwirken (Cooperation) einen reichlicheren Lohn, als das vereinzelte Arbeiten, zu gewähren verspricht.

Ueber die Beschaffenheit der zu errichtenden Gesellschaften, d. i. über die Einlage sind die Urheber der obigen Vorschläge getheilter Meinung. Nach der einen Meinung soll eine Gesellschaft dieser Art eine unbeschränkte Gü-



tergemeinschaft, nach der andern Meinung soll sie nur eine unbeschränkte Erwerbsgemeinschaft seyn.<sup>14)</sup> (Wenn die Gesellschaft die erstere Eigenschaft hat, so hat sie zugleich die letztere; nicht aber umgekehrt.) — Der Vorschlag, allgemeine Erwerbsgesellschaften zu errichten, ist, verglichen mit dem andern, am leichtesten ausführbar. Auch das hat er für sich, dass die Mitglieder der Gesellschaft zugleich das Interesse befördern, das sie als Individuen und nicht bloß als Gesellschafter haben. Auf der andern Seite aber liegt in dem Wesen einer allgemeinen Erwerbsgemeinschaft eine Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Gesellschaftsglieder, welche der Hoffnung, auf diesem Wege die menschliche Gesellschaft verjüngen zu können, schwerlich Raum giebt. Das Sondereigenthum würde nach wie vor eine Hauptquelle der Zwietracht seyn. Und doch wollen und sollen alle die Vorschläge, von welchen hier die Rede ist, zugleich Friede und Eintracht unter den Menschen stiften.

Noch weniger ist man über die Regel einverstanden, nach welcher der von den Gesellschaften der einen oder der andern Art zu machende Gewinn unter die einzelnen Gesellschaftsglieder zu vertheilen seyn würde. — Der Gewinn der Gesellschaft wird von den St. Simonisten nach den Fähigkeiten der Gesellschafts-

---

<sup>14)</sup> Wegen des Unterschiedes zwischen diesen beiden Arten der allgemeinen Gesellschaft berufe ich mich auf die Schriften über das Civilrecht. Wie überhaupt, so sind auch in diesem Falle das Civilrecht und die Wirtschaftslehre einander nahe verwandt.

glieder, von *Fourier* nach den Einlagen oder Actien, von *Owen* nach den Köpfen vertheilt. (So kann man die obigen drei Vorschläge, in der vorliegenden Beziehung, wenigstens im allgemeinen, bezeichnen. Man kann hinzusetzen, dass die St. Simonisten die *justitia distributiva*, *Fourier* und *Owen* die *justitia commutativa* der Vertheilung zum Grunde legen.) — Jedoch das, was hier von der Lehre der St. Simonisten gesagt worden ist, bedarf einer Erläuterung. Man hat den St. Simonisten und ihrem Meister schon oft den Vorwurf gemacht, dass sie sich in allgemeinen und unklaren, ja selbst in mystischen Ausdrücken gefallen. Dieser Vorwurf dürfte sie namentlich auch in der vorliegenden Beziehung treffen. Die St. Simonisten lehren: „*Le seul droit à la richesse, c'est à dire à la disposition des instrumens de travail, sera la capacité de les mettre en oeuvre.*“ Man könnte aus diesen Worten folgern, dass eine nach dieser Lehre organisirte Gesellschaft weder eine Gütern- noch eine Erwerbsgemeinschaft sey; dass es in einer solchen Gesellschaft, nach wie vor, Reiche und Arme, und mithin ein Sondereigenthum, gebe; dass ein Jeder so viel einnehme, als er, auch ohne Mitglied der Gesellschaft zu seyn, eingenommen haben würde; dass der Verein, (in der vorliegenden Beziehung,) nur den Zweck habe, die Leitung der ökonomischen Angelegenheiten der Gesellschaften in die Hände der Verständigern zu legen, sie einer geistigen Aristokratie anzuvertrauen. Allein, wenn man erwägt, einerseits, dass es nach dieser Lehre kein Erbrecht giebt, mithin den Einzelnen nur ein lebenslängliches Nutzniessungsrecht an einem, (ihren



Fähigkeiten entsprechenden,) Theile des Gemeingutes zusteht, und andererseits, dass, nach derselben Lehre, die Fähigkeit, zu arbeiten, ein Recht auf Beschäftigung und Lohn ertheilt; so sollen sich, nach der Lehre der St. Simonisten, die Menschen zu einer Gesellschaft vereinigen, welche den Zweck hat, die ursprüngliche Gemeinschaft der Güter aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen; die Benutzung und den Ertrag dieses Gemeingutes aber unter die Einzelnen, nach Verhältniss der Fähigkeit eines Jeden das Gemeingut ergiebiger zu machen, also nach Verhältniss der Einlage, welche allein das Eigenthum der Einzelnen ist, zu vertheilen. (Man kann freilich fragen: Wo bleibt das Verdienst? oder, würdiget man nicht das Verdienst herab, wenn man es lohnt, statt es zu belohnen?)

Ein Vorschlag der in Frage stehenden Art mag auch noch so anlockend seyn, er hat dennoch nur in so fern einen Werth, als er ausführbar und zwar auf die Dauer ausführbar ist. (Eine unpraktische Politik ist ein Widerspruch, und ebenso ein Ideal der Politik, das in der Erfahrung auch nicht annäherungsweise dargestellt werden kann.) Die oben aufgeführten Vorschläge können insgesamt von dieser Seite angefochten werden. Sie möchten sich sogar insgesamt nicht gegen den Vorwurf der Unausführbarkeit retten lassen; besonders wenn man die Frage so stellt, ob sie im Grossen ausführbar seyn würden. — Jedoch schon das verdient Anerkennung, wenn die Urheber oder die Vertheidiger eines solchen Vorschlages die Vorfrage: Ist der Vorschlag ausführbar? scharf ins Auge fassen und auf die Beantwortung derselben

offen eingehn. Den St. Simonisten gebührt dieses Lob. Um eine neue gesellschaftliche Ordnung einzuführen, würde es nicht genügen, die ursprüngliche Gemeinschaft der Güter wiederherzustellen und die Menschen zu Gesellschaften zu vereinigen, in welchen Einer für Alle und Alle für Einen arbeiten und der Antheil an der Benutzung des Gemeingutes, der auf einen Jeden käme, nach seinem Beitrage zur Nutzbarkeit des Gemeingutes sich richtete. Auch die Meinungen, auch die Denk- und Gemüthsart der Menschen müssten einen ganz neuen Charakter annehmen, wenn die neue gesellschaftliche Ordnung mehr als ein Bruchstück, mehr als ein lebensunfähiges Kind der Neuerungssucht seyn sollte. Dieses erkennend, vielleicht auch ähnlicher Versuche und Vorschläge<sup>15)</sup> aus der Geschichte sich erinnernd, predigen die St. Simonisten zugleich eine neue Erziehungslehre und eine neue Religion. (Die Frage von dem Werthe dieser neuen moralischen Ordnung der menschlichen Gesellschaft gehört nicht hieher. Nur eine auf diese Frage sich beziehende Bemerkung! Indem man das Sondereigenthum, und namentlich das an Grund und Boden, aufhebt, entzieht man der Moralität eine ihrer vornehmsten Stützen. Denn das Grundeigenthum ist eine äussere Offenbarung oder ein sichtbares Bild der inneren Würde des Menschen, als eines zur Herrschaft über sich selbst und über die Aussenwelt berufenen

---

<sup>15)</sup> Die Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, welche den St. Simonisten vorschwebt, hat eine unverkennbare Aehnlichkeit mit der Platonischen Republik.



Wesens. So wie bei einem Volke der Grund und Boden unter die Einzelnen vertheilt wird, werden nicht nur die Verhältnisse des bürgerlichen Leben mannigfaltiger und verwickelter; sondern es entwickelt sich überdies bei einem solchen Volke eine ganz neue Reihe moralischer Begriffe. Der Ackerbau hat fast unausbleiblich die Folge, dass der Grund und Boden Sondereigenthum wird. Darum versetzten z. B. die Griechen diejenigen unter die Götter, welche bei ihnen den Ackerbau eingeführt hatten.)

Man kann von einem jeden der oben dargestellten Vorschläge behaupten, dass er, vorausgesetzt, dass er ausführbar wäre und bei einem Volke allgemein ausgeführt würde, auch eine Veränderung der Staatsverfassung dieses Volkes zur Folge haben müsste. Denn eine der vornehmsten Ursachen, ja vielleicht die Hauptursache, aus welcher die Verschiedenheit und die Schicksale der Staatsverfassungen abzuleiten sind, liegt in der Verschiedenheit des ökonomischen Zustandes der Völker und in den Veränderungen, welche mit diesem Zustande vorgehen können.<sup>16)</sup> Jedoch nur die St. Simonisten haben bisher den Vor-

---

<sup>16)</sup> So zeigt J. Möser, (in der meisterhaften Vorrede zu seiner Osnabrühischen Geschichte,) dass sich an die Geschichte der Schicksale des Grundeigenthumes in Deutschland die gesammte politische Geschichte der Nation anreihen lasse. — Die Physiokraten verhehlten daher nicht, dass aus ihrem Systeme der Wirthschaftslehre eine eigenthümliche Staatsordnung hervorgehe, wenn sie auch durch die Zeitumstände bestimmt wurden, diese neue Staatsordnung nur im allgemeinen anzudeuten.

schlag, das herkömmliche Eigenthumsrecht gänzlich umzugestalten, bis zu dem Zusammenhange verfolgt, in welchem diese Neuerung mit dem Verfassungsrechte stehen würde, so dass von einer Vergleichung unter jenen Vorschlägen aus dem Standpunkte der Verfassungspolitik für jetzt noch nicht die Rede seyn kann. Uebrigens verlieren sich die St. Simonisten gerade in diesem Theile ihrer Lehre in das Reich der Träume und der Schwärmerci. Und der Schlüssel zu dieser Erscheinung dürfte der seyn: Ueberall, wo man den Versuch gemacht hat, der Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft die Gemeinschaft der Güter oder auch nur die Idee einer allgemeinen Erwerbsgesellschaft zum Grunde zu legen, ist dieser Versuch zum Nachtheile der politischen Freiheit ausgeschlagen. (Man erinnere sich z. B. der Verfassung Spartas, einer Despotie des Gesetzes, — der Verfassung des altperuanischen Reiches, — der christlichen Missionen in Südamerika, — derjenigen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, welche man die Kastenverfassung nennt.) Und wenn anders ein jeder Versuch dieser Art die Natur des Menschen zum Feinde hat, (s. den folgenden Abschnitt,) so kann er nur da gelingen, wo eine geistliche oder weltliche Herrschaft Macht genug hat, diesen Feind mit Erfolg zu bekämpfen. Dieses wo nicht erkennend doch ahndend, oder wenigstens doch den Widerspruch ermessend, in welchen sie sich mit dem politischen Streben der Zeit versetzen, predigen die St. Simonisten eine Religion der Liebe und Eintracht, welche die Menschen bestimmen soll, die Opfer,



die sie ihnen ansinnen, freiwillig zu bringen. Sieht man jedoch der Sache auf den Grund, so predigen sie die Stiftung einer neuen Hierarchie. <sup>17)</sup>

Zur Beurtheilung der obigen Vorschläge aus dem Standpunkte der Wirthschaftslehre.

Nur aus dem Standpunkte der Wirthschaftslehre sollen hier die in Frage stehenden Vorschläge beurtheilt werden. Wenn sie in Beziehung auf ihr unmittelbares Gebieth oder an sich verwerflich sind, so können sie auch in irgend einer andern Beziehung nicht Beifall verdienen oder so lässt sich wenigstens die Ausführung dieser Vorschläge, wenn für sie ein ihnen fremdartiger Grund sprechen sollte, nur durch einen Nothstand vertheidigen. Eine Prüfung des Werths dieser Vorschläge, welche von jenem Standpunkte aus angestellt wird, enthält übrigens zugleich die Data zur Beantwortung der Frage: Sind die Vorschläge ausführbar?

Man kann die vorliegende Untersuchung, so wie ihr Gegenstand so eben genau bestimmt worden ist, entweder im allgemeinen oder mit Rücksicht auf die Gegenwart, d. i. so führen, dass man jene Vorschläge als die Mittel betrachtet, die Uebel zu heben, an welchen der ökonomische Zustand der europäischen Nationen dermalen leidet. Hier wird der erstere Weg eingeschlagen werden. Denn

---

<sup>17)</sup> *Speciosa verbis, re inania aut subdola; quantoque majore libertatis imagine tegebantur, tanto eruptura ad insensius servitium. Tac. Ann. 1, 84.*

einerseits machen die in Frage stehenden Vorschläge auf Allgemeingültigkeit Anspruch, und andererseits kann der letztere Weg erst dann mit Erfolg betreten werden, wenn man die Aufgabe zuvörderst im allgemeinen beantwortet hat, und nur so, dass man einen bestimmten Staat ins Auge fasst.<sup>18)</sup> (Ein Uebel, an welchem mehrere europäische Staaten leiden, ist die Uebervölkerung mit ihren Folgen. Allein würde irgend ein Vorschlag der vorliegenden Art direct oder indirect entgegenwirken? Die oben angeführte Beschreibung einer Reise durch Nordamerika enthält hierüber eine sehr belehrende Nachricht. „In *Economy* ist es der Ueberredungskunst des Herrn Rapp gelungen, die Verbindung beider Geschlechter zu suspendiren. Man fand, dass die Gesellschaft zu zahlreich werden würde; deshalb sind die Mitglieder der Gemeinde unter einander übereingekommen, mit ihren Weibern vor der Hand in schwesterlichen Verhältnissen zu leben. Verboten ist der nähere Umgang so wenig, als das Heirathen; man widerräth nur vor der Hand das Eine wie das Andere. Es werden daher fortwährend einige Heirathen geschlossen; nicht minder werden jährlich einige Kinder geboren.“ — Dieselbe Frage könnte man wegen des Drucks der öffentlichen Lasten stellen.) Freilich ist man auf diesem Wege in die Nothwendigkeit versetzt, zu den höchsten Grundsätzen der Wirthschaftslehre aufzusteigen. Doch zur Sache!

---

<sup>18)</sup> Eine Prüfung des von Owen vorgeschlagenen Planes in Beziehung auf England findet man im *Edinburgh Review* in der oben Anm. 9 a. Stelle.



Der Mensch verlangt von der Erde, dass sie ihn nähre und kleide und gegen die Unbilden der Witterung schütze, dass sie ihm das Leben gemächlicher und erfreulicher mache. Die Erde, (nach Kepler und Andern, ein lebendiges Geschöpf,) antwortet ihm: Ich will thun, was du verlangst; jedoch nur unter einer doppelten — von deiner Seite zu erfüllenden — Bedingung.

1) Du musst arbeiten, um mich fruchtbarer und nutzbarer, meine Schätze für deine Zwecke tauglicher zu machen und so durch dein Schaffen das Schaffen der Natur gleichsam fortzusetzen. 2) Du musst in Gemeinschaft mit Andern arbeiten. Denn viele Arbeiten gelingen besser, wenn sie unter mehrere Arbeiter vertheilt; andere, wenn sie gemeinschaftlich verrichtet werden. Einige Arbeiten, (z. B. gewisse Jagden; die Aufführung grosser Bauwerke,) können sogar überall nicht einen Erfolg haben, wenn sich nicht Mehrere zu denselben vereinigen.

Ehe sich nun die (vielumfassende) Frage beantworten lässt: Was haben die Menschen zu thun, um diesen Bedingungen Genüge zu leisten? — ist vor allen Dingen die Aufgabe zu lösen: Sind die Menschen im Stande, sind sie geneigt, diese Bedingungen zu erfüllen?

Was die Fähigkeit oder Tauglichkeit der Menschen zur Erfüllung dieser Bedingungen betrifft, genügt es, sich auf das Zeugniß der Erfahrung und der Geschichte zu berufen. Doch ist, in Beziehung auf die zweite Forderung, welche die Erde an den Menschen richtete, die Verschiedenheit der Anlagen und die Verschiedenheit der Meinungen der Menschen noch besonders herauszuheben. Die erstere erleich-

tert die Vertheilung der Arbeiten unter Mehrere; ja sie macht diese Vertheilung sogar in einem gewissen Grade oder bedingungsweise nothwendig. Die letztere erschwert dagegen die Vereinigung der Menschen zu einer gemeinschaftlichen Arbeit.

Bedenklicher steht es mit der Neigung der Menschen, jene Bedingungen zu erfüllen. — Denn, erstens: Die Menschen sind arbeitsscheu; weil Arbeit ein Aufwand, eine Anstrengung, eine Beschränkung der natürlichen Freiheit ist. Nun hat zwar die Natur auf Mittel Bedacht genommen, diese Scheu zu überwinden. Die mächtigste, ursprünglich vielleicht die einzige Nöthigung zum Arbeiten liegt in dem Triebe der Selbsterhaltung. Der Mensch muss arbeiten, um sein Leben zu fristen; er muss arbeiten, um sich Waffen gegen seine Mitmenschen zuzulegen. Die Natur hat ferner die Veranstaltung getroffen, dass die Menschen, weil ihrer Vermehrung nur der Mangel oder die Kunst ein Ziel setzt, durch den Trieb der Selbsterhaltung zu immer neuen Anstrengungen — und so zum Fortschreiten auf der Bahn der Kultur — angespornt werden. Gleichwohl spielt jene Arbeitsscheu in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft noch immer eine sehr wichtige Rolle. — Zweitens: Der Mensch ist ein eigennützig-ungeselliges Wesen. Wenn er arbeiten muss, will er auf eigene Rechnung arbeiten. Wenn er mit Andern in einen Tauschverkehr tritt, verlangt er nicht bloß eine Vergütung für die Arbeit, die er Andern in Natur oder in Waaren leistet, sondern er sucht sich noch überdiß auf Kosten Anderer zu bereichern. Wenn er mit Andern in



Gemeinschaft arbeitet, so geht sein Dichten und Trachten dahin, die Arbeit so viel, als möglich, seinen Mitarbeitern, aufzubürden. Jedoch, so sehr auch dieser Egoismus der Erfüllung der zweiten der oben gedachten Bedingungen im Wege zu stehen scheint, so wirkt er doch zugleich und vielleicht vorzugsweise in der entgegengesetzten Richtung. Denn so entsteht mit der Zeit jener Wettkampf unter den Menschen, welcher, indem Alle nach demselben Ziele ringen und der Kampfspreis von den Kämpfenden selbst ausgesetzt wird, einen jeden einzelnen Mitkämpfer nöthiget, zugleich für Andere zu arbeiten. So entsteht überdies jenes freie Spiel der Talente und Kunstfertigkeiten, der Neigungen und Interessen, welches der Arbeitsscheu noch durch andere Motive, als durch den Trieb der Selbsterhaltung, entgegenarbeitet.

Wendet man nun diese Sätze, welche insgesamt aus der Natur des Menschen und seines Verhältnisses zur Aussenwelt entlehnt sind, auf die Hauptaufgabe der vorliegenden Untersuchung an, so ergiebt sich das Resultat, dass eine Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft, welche entweder Gemeinschaft der Güter oder Gemeinschaft des Erwerbes zur Grundlage hätte, mit dem ökonomischen Interesse unseres Geschlechts geradezu im Widerspruche stehen würde.

Also —

dem ökonomischen Interesse der menschlichen Gesellschaft entspricht nicht die Gemeinschaft der Güter, sondern allein das Recht des Sondereigenthumes,

d. i. dasjenige Recht, nach welchem eine Sache, welche als Eigenthum erworben werden kann, von einem Jeden, unter den von dem Gesetze zu bestimmenden Bedingungen, als Eigenthum erworben werden darf, — das Eigenthumsrecht der Einzelnen ein wesentlich unbeschränktes Recht ist, — dieses Eigenthum auch nach dem Tode des Eigenthümers fort-dauert, d. i. auf diejenigen übergeht, welche der Eigenthümer oder statt seiner das Gesetz zur Erbfolge berufen hat.

Denn in dem Rechte des Sondereigenthumes, so wie dieses Recht hier bestimmt worden ist, liegt das vollkommenste Mittel jene Arbeitsscheu zu besiegen, welche die Hauptfeindin des öffentlichen und des Privatwohlstandes ist, ja diese Arbeitsscheu in Arbeitslust zu verwandeln. Man kann zugeben, dass Einzelne Ursache haben, sich über die ohne ihr Zuthun geschehene Vertheilung der Güter dieser Erde zu beschweren. Aber, man braucht sich nur die Folgen zu vergegenwärtigen, welche sogar schon eine Beschränkung des Sondereigenthumes hat oder haben würde, um sich zu überzeugen, dass das Sondereigenthum wenigstens das kleinere Uebel ist. Sollte z. B. das Eigenthumsrecht mit dem Leben des Eigenthümers aufhören, so würden Fleiss und Sparsamkeit einer ihrer mächtigsten Triebfedern entbehren: der Liebe zu den Kindern, zu den Verwandten. Man würde verschwenden, um nichts zu hinterlassen. Wollte man das Nationalvermögen, (mit den St. Simonisten,) nur nutzniesslich vertheilen, und zwar so, dass der Antheil eines Jeden mit dessen Fähigkeit, den Nationalwohl-



stand zu vermehren, im Verhältnisse stände, so würde, da die Arbeitsfähigkeit eines Jeden einem unaufhörlichen Wechsel unterworfen ist, dieser ohnehin kümmerliche Besitzstand der Sicherheit ermangeln, ohne welche kein Besitzthum seinen vollen Werth hat. Ueberhaupt aber muss man mit der Lehre von der Entstehung und von den Wirkungen der Kapitalien gänzlich unbekannt seyn, wenn man diesen oder ähnlichen Vorschlägen Beifall schenken will. Man kann hinzusetzen, dass, wie in der Natur, so auch in der moralischen Welt, das durch die eine Ursache gestörte Gleichgewicht oft durch eine andere Ursache wiederhergestellt wird. Die Ungleichheit der Vermögensumstände und die Talente stehen nicht selten in einem solchen Verhältnisse zu einander.

Allerdings giebt es Fälle, in welchen Gemeinschaft der Güter ökonomisch vortheilhaft seyn kann. Aber die besondern Gründe, auf welchen diese Fälle beruhn, bezeichnen sie als Ausnahmen von der Regel. So befördert z. B. die eheliche Gütergemeinschaft auch den Wohlstand der Eheleute. Aber Eheleute haben nicht oder selten nicht ein gezweites Interesse haben. So waren in Deutschland einst die Ortsgemarkungen Gemeingut.<sup>19)</sup> So lange nur Arbeit, (und kein Kapital,) auf das Land verwendet wurde; so lange des anzubauenden Landes genug war, gewährte diese Einrichtung vielleicht sogar einen reichlicheren Ertrag.

Eben so wenig

würde eine Verwandlung der bür-

<sup>19)</sup> Tac. *Germania*. c. 26.

Staatswissenschaftliches Seminar  
an der Universität Kiel

gerlichen Gesellschaft, in eine allgemeine Erwerbsgesellschaft, (um sofort den äussersten Fall zu setzen,) dem öffentlichen und dem Privatwohlstande förderlich seyn. (Frage: Wird nicht durch Grenzzölle, welche die inländische Fabrikation begünstigen, ein Zustand der bürgerlichen Gesellschaft begründet, durch welchen sich diese einer allgemeinen Erwerbsgesellschaft nähert?)

Wie man auch den Gewinn theile, und selbst den für das Gedeihen einer solchen Gesellschaft günstigsten Fall gesetzt, dass der Gewinn nach Verhältniss der Einlagen getheilt würde; allemal legt ein Verein dieser Art der Thätigkeit der einzelnen Gesellschaften gewisse Fesseln an; allemal haben die Gesellschaften ein mehr oder weniger getheiltes Interesse; allemal wird der Eine dem Andern die Arbeit aufzubürden suchen. („Das in *New-Harmony* den Arbeitern aufgelegte *Pensum*,“ wird in der mehrerwähnten Reisebeschreibung erzählt, „für welches sie Kleidung, Wohnung, Nahrung u. s. w. und keine Bezahlung in Geld erhalten, wird von diesen Menschen als ein Frohndienst angesehen. Wir bemerkten mehrere Arbeiter, welche den Auftrag hatten, Backsteine auf einen Karren zu laden, und diese Arbeit so langsam und schlecht, wie einen Frohndienst, verrichteten.“) Selbst eine nach einem kleineren Massstabe errichtete Erwerbsgesellschaft, — z. B. wie Büsch bemerkt, eine Handelsgesellschaft, — gedeiht nur selten, geschweige denn eine Erwerbsgesellschaft, welche ein ganzes Volk in sich vereinigte. — Jedoch, was man sucht, leistet schon eine jede bürgerliche Gesellschaft, in welcher im Verlaufe der



Zeit eine Vertheilung der Arbeiten statt gefunden hat. Eine solche Gesellschaft ist, auch sich selbst überlassen, zwar nicht ihrer Form, wohl aber ihrem Wesen nach, eine allgemeine Erwerbsgesellschaft. Sie leistet, wenn es einem jeden einzelnen Gesellschaftsgliede anheimgestellt ist, seinen Nutzen und Vortheil nach Gefallen zu suchen, das, was eine förmliche — eine unter einer gemeinsamen Ordnung und Leitung stehende — Erwerbsgesellschaft leisten soll, sogar vollkommener. Denn, sich selbst überlassen, fragt sich ein Jeder bei der Wahl einer Laufbahn oder eines Gewerbes: Wo ist noch Raum für mich? wo kann ich, — nach meinen Anlagen, nach meinen Neigungen, nach dem Stande des Marktes, — am besten mein Glück machen? Und es ist bei weitem leichter, für sich, als für Andere zu sorgen.

Man berufe sich gegen dieses Resultat nicht auf den Satz, dass Kräfte vereinigt mehr, als vereinzelt, wirken. (*Vis unita fortior!*) Nicht ob, sondern wie eine Erwerbsgemeinschaft unter den Menschen zu stiften sey, ist die Frage. Die Meinung, welche hier vertheidiget wird, lautet so: Man überlasse die Menschen sich selbst, und eine möglichst vollkommene Erwerbsgemeinschaft wird die Folge von der vereinzelt Thätigkeit der Menschen seyn. Die entgegengesetzte Meinung sagt: Die Menschen müssen unter sich eine Gesellschaft abschliessen, deren Zweck Gemeinschaft des Erwerbes ist.

Eben so wenig steht jenem Resultate die Aehnlichkeit entgegen, welche zwischen einer allgemeinen Erwerbsgesellschaft und einer Fabrik oder Manufaktur einzutreten scheint. Al-

Ierdings haben so wohl die Fabrikarbeiter und der Fabrikherr, als die ersteren für sich, ein gemeinsames Interesse. Je besser der Absatz der Fabrikate ist, desto besser kann der Fabrikherr die Arbeiter lohnen. Je besser die Arbeit ist, deso mehr kann der Fabrikherr auf Absatz rechnen. Aber nur auf dieser Einheit der Interessen beruht der Verein. Man klagt z. B. in England über die Verbindungen, welche oft von den Arbeitern einer oder mehrerer Fabriken zur Erzwungung eines höheren Arbeitslohnes geschlossen werden. Wohin geht das Streben der Theilnehmer an solchen Verbindungen? Sie wollen ihr Verhältniss zu dem Fabrikherrn in eine Erwerbsgesellschaft verwandeln.

Uebrigens versteht es sich von selbst, dass, wenn es ökonomisch unräthlich seyn würde, die bürgerliche Gesellschaft in eine allgemeine Erwerbsgesellschaft zu verwandeln, noch weniger Gemeinschaft der Güter dem Wohlstande eines Volkes förderlich seyn könnte.

---

Man kann die Vorschläge zur Regeneration der bürgerlichen Gesellschaft, welche in dieser Abhandlung dargestellt und beurtheilt worden sind, auch so charakterisiren: Der heutige ökonomische Zustand der europäischen Völker ist in mehr als einer Hinsicht ein künstlicher Zustand. Jene Vorschläge gehen nun dahin, an die Stelle dieses Zustandes eine andere eben so künstliche oder noch künstlichere Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft zu setzen. Aber die Aufgabe sollte vielmehr die seyn, aus jenem Zustande das Künstliche möglichst zu verbannen.



Mit einem jeden Zustande der bürgerlichen Gesellschaft sind gewisse ökonomische Uebel unausbleiblich und unabwendbar verbunden. Aber das Unglück ist das, dass wir diese Uebel vermehren, indem wir ihnen durch Kunst abzuheilen glauben.

---

## FÜNFTE ABHANDLUNG.

---

### Credit - Gesetze.

Credit ist das Zutraun, das man zu einer Person hat, dass sie Zahlung leisten werde. (Sonderbar genug giebt es kein deutsches Wort, welches dem Worte: Credit, entspräche. Die Ursache möchte die seyn, dass man, als sich unsere Sprache bildete, die Sache nicht kannte.)

Man unterscheidet zwischen dem öffentlichen und dem Privat-Credite. Jener ist der Credit, dessen der Staat, (und die Gemeinheiten,) dieser ist der Credit, dessen Privatpersonen genießen. Hier wird nur von dem letzteren die Rede seyn. — Wenn und in wie fern eine Person aus dem Grunde Credit hat, weil sie ihren Gläubigern ein Pfand- oder ein Unterpfandsrecht, (ein *jus pignoris vel hypothecae*.) bestellen kann oder bestellt hat, wird ihr Credit ein dinglicher (oder Real-) Credit; in dem entgegengesetzten Falle wird er ein persönlicher Credit genannt. So erheblich dieser Unterschied für den Credit der Privatper-

Zachariä's staatswiss. Abhandlg.

sonen ist, so unerheblich ist er für den des Staates. Wenn der Staat nicht zahlen will, was nützt seinen Gläubigern ein Pfand- oder ein Unterpfandsrecht?

Unter Creditgesetzen sind hier diejenigen Gesetze zu verstehen, welche den Zweck haben, den Privatcredit zu befestigen und zu steigern. Ausgeschlossen von der vorliegenden Untersuchung sind also die Gesetze, welche zwar ebenfalls Creditgesetze, (wie *lucus a non lucendo*,) genannt zu werden pflegen, welche aber umgekehrt auf den Zweck berechnet sind, den Credit eines gewissen Standes, z. B. den der Soldaten, zu untergraben oder zu mindern. Jedoch darf bemerkt werden, dass Creditgesetze dieser Art auch deswegen einer sehr strengen Rechtfertigung bedürfen, weil sie allemal den Erfolg der Creditgesetze in der ersteren und eigentlichen Bedeutung mehr oder weniger gefährden.

Die eben so mannigfaltigen als erheblichen Vortheile, welche der Privatcredit für den Wohlstand der Einzelnen und mit diesem für den Nationalwohlstand hat, sind zugleich so viele Gründe, welche den Creditgesetzen, (dieses Wort in der ersteren und eigentlichen Bedeutung genommen, in welcher es in der Folge allein gebraucht werden wird,) das Wort sprechen. Sie können und sollen als bekannt vorausgesetzt werden. — Jedoch ist der Credit ein zweischneidiges Schwerdt; er kann in demselben Grade gemissbraucht werden, in welchem er, klüglich gebraucht, vortheilhaft ist. Auch ist, in Beziehung auf den von dem Credite zu machenden Gebrauch, die Lage der verschiedenen Stände



der bürgerlichen Gesellschaft nicht dieselbe. Z. B. Der Landmann hüte sich ja, seinen Credit zu sehr anzustrengen. Denn die Grundrente steht in der Regel weit niedriger, als der Kapitalzins. Und wenn auch das Wirthschaftskapital eben so hohe, ja oft sogar noch höhere Zinsen trägt, als ein anderes Kapital, so ist doch der Betrag dieser Zinsen, wenn man nur von Jahr zu Jahr rechnet, sehr grossen Schwankungen unterworfen. Die Forderung, dass die Gesetze den Credit befördern sollen, ist daher nicht so zu deuten, als ob die Gesetze directe oder künstliche Mittel zur Erreichung dieses Zwecks anzuwenden hätten. Es soll ihnen vielmehr genügen, die Hemmnisse des Credits zu beseitigen. Eben so wenig hat jene Forderung den Sinn, als ob in Beziehung auf die Mittel, eine Schuld zu bestärken oder sie herbeizutreiben, alle Schuldner, sie mögen zu einem Stande gehören, zu welchem sie wollen, einander gleich zu stellen wären.

Wenn den Gesetzen die Vorsorge für die Beförderung des Privatcredits in diesem Sinne und Umfange schon überhaupt obliegt, so tritt in unsern Tagen noch ein besonderer Grund ein, ihnen diese Vorsorge zur Pflicht zu machen. Der Privatcredit hat an dem Staatscredite einen gefährlichen Nebenbuhler erhalten. Kapitalien in Staatspapieren anzulegen, hat so viele wesentliche Vortheile, diese Art, Kapitalien zu benutzen, ist überdies für den Speculationsgeist und für den Hang zu Wagspielen so anlockend, <sup>1)</sup> der Markt, auf welchem man Staatspa-

---

<sup>1)</sup> Lotterie - Anlehne sind auf diesen Hang besonders berechnet. Auch stehen sie in besonderer Gunst.

piere einkauten kann, ist mit dieser Waare so wohl versehn, dass der Privateredit in jenem Wettkampfe unterliegen muss, wenn er nicht mit allen den Schutzmitteln umgeben ist, welche er den Gesetzen verdanken kann. Ja mit der Zeit, wenn gewisse Erinnerungen erbleichen, kann die Gefahr, welche ihm von dieser Seite droht, noch zunehmen. — Daher war es wohl nicht ein blosser Zufall, dass in den neueren Zeiten mehrere Regierungen, als sich ihre Schuldenlast vermehrte, fast gleichzeitig auch auf die Verbesserung der Creditgesetze, namentlich des Hypothekenwesens, Bedacht nahmen; wobei jedoch nicht übersehen werden darf, dass der Stand des Privaterredits zugleich auf den Stand des öffentlichen Credits einwirkt. (Wenn bei einer Nation im Handel und Wandel Treu und Glaube herrscht, können auch die Staatsgläubiger desto mehr auf Achtung für ihre Rechte zählen.) Auf dieselbe Ursache lässt sich vielleicht auch die Unvollkommenheit des römischen Rechts in der Lehre vom Pfandrechte zurückführen. Es fehlte den Römern an einer Staatsschuld, welche sie zu einer gründlichen Reform des Pfandrechts aufgefordert hätte.

Jedoch auch einige neuere Gesetzgebungen — vielleicht sogar alle — trifft der Vorwurf, dass sie für den Privateredit noch lange nicht genug gethan haben; z. B. selbst die Gesetzgebung Englands. (Denn in England hing man, bis in die neuesten Zeiten, mit besonderer Treue an den Ueberlieferungen der Vorzeit. Doch giebt es unter den neuesten Parliamentsacten und Bills einige, welche in die Kategorie der Creditgesetze gehören.) Das darf nicht



befremden. Die Aufgabe, welche die Creditgesetze zu lösen haben, ist so umfassend, dass es schon schwer ist, sie in allen ihren Beziehungen und Verzweigungen zu übersehn, mithin noch schwerer, sie vollständig zu lösen. Sie ist so vielseitig, die Mittel, durch welche der Privatercredit befördert werden kann, sind so verschiedenartig, dass es kaum ein Fach der Gesetzgebung giebt, welches nicht mit dieser Aufgabe in einer näheren oder entfernteren Verbindung stünde. Mit dem bürgerlichen oder dem Civilrechte stehen die Creditgesetze sogar in einem so genauen Zusammenhange, dass die Befestigung und Vermehrung des Privatercredits sogar ein Hauptzweck dieses Rechtes ist. (Sowohl deswegen, als aus andern Gründen, gebührt bei der Civilgesetzgebung auch den der Staatswirthschaftslehre Kundigen eine Stimme. Dieselbe Wissenschaft ist auch bei der Auslegung der Civilgesetze zu Rathe zu ziehn. Die Nationalwirthschaftslehre beantwortet die Frage: Wie kann ein Volk reich werden? Das Civilrecht hat unter anderem den Zweck, die Antwort, welche die Nationalwirthschaftslehre auf diese Frage giebt, mit einer moralischen Sanction zu bekleiden.)

Eine Person hat Credit, d. i. man hat zu ihr das Zutraun, dass sie Zahlung leisten werde, — wenn sie zahlen kann, — wenn sie zahlen will, — wenn sie zahlen muss, d. i. wenn sie nöthigenfalls gezwungen werden kann, Zahlung zu leisten. Die Gesetze können auf alle diese Bedingungen Einfluss haben, wenn auch auf die eine mehr, auf die andere weniger, auf die eine unmittelbar, auf die andere

nur mittelbar. Die Creditgesetze können daher und sie sollen in dem Folgenden unter drei Klassen gebracht werden.

Der Credit einer Person ist von diesen drei Bedingungen zusammen abhängig, d. i. der Credit einer Person steht am höchsten, wenn sich für denselben alle diese Bedingungen vereinigen. Wenn auch der gute Wille des Schuldners die Hülfe des Staates entbehrlich macht und umgekehrt, so ist doch der Gläubiger in einer besseren Lage, wenn er sowohl auf den guten Willen des Schuldners als auf die Hülfe des Staates rechnen kann. Die Aufgabe der Creditgesetze umfasst also alle diese Bedingungen als ein Ganzes; die Classification dieser Gesetze bezieht sich nur auf die Ordnung des Vortrages. — Zwar steht es nicht in der Macht des Staates, den Credit in Beziehung auf eine jede dieser Bedingungen in gleichem Grade zu befördern. (Für die zweite Bedingung kann der Staat das Wenigste, für die dritte das Meiste, ja alles das thun, was nur überhaupt für diese Bedingung geschehn kann.) Aber das ist kein Grund, die eine oder die andere Bedingung gänzlich unbeachtet zu lassen. Auch kann sich der Fall so stellen, dass es in der Macht des Staates steht, den Credit, der in der einen Beziehung schwankt, in einer andern Beziehung desto mehr zu befestigen.

Man darf übrigens das, was hier über die Bedingungen des Credits gesagt worden ist, nicht so verstehn, als ob bei einem Volke, je höher der Privatercredit stehe, desto mehr Geschäfte auf Credit abgeschlossen werden müssten. Das Zutraun, das man Andern schenkt,



ist und bleibt doch allemal ein freier Entschluss. Der eine Mensch ist mehr, ein anderer ist weniger geneigt, Andern zu traun; auch ist der Charakter der einen Nation von dem einer andern Nation in dieser Beziehung verschieden. (So wird z. B. von den Engländern behauptet, dass sie besonders leicht Credit geben.) Eben so hängt die Zahl und die Mannigfaltigkeit der Geschäfte, welche auf Credit abgeschlossen werden, von dem Stande des Tauschverkehrs überhaupt ab. (Wenn man z. B. um einen jeden Preis einen Käufer zu einem Grundstücke finden will, so bewilligt man lange Zahlungsfristen.) Für sich betrachtet aber beruht der Credit nur auf den obigen drei Bedingungen. Die Creditgesetze können also gleichwohl nach jenen drei Bedingungen classificirt und erörtert werden.

I. Gesetze, welche für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners Gewähr leisten.

Ich will mich bei dieser Klasse, (so wie bei den folgenden beiden Klassen,) nicht über die Gesetze verbreiten, welche nur in einer allgemeinen oder entfernteren Beziehung auf den Credit stehn. Z. B. Alle die Gesetze, welche die Beförderung des Nationalwohlstandes bezwecken, sind zugleich Creditgesetze der vorliegenden Klasse. Wer reich ist, hat (in der Regel) Credit.

Dagegen sind hier 1) diejenigen Gesetze und öffentlichen Einrichtungen anzuführen, welche den Zweck haben, dem Vermögen der einzelnen Bürger Sicherheit zu wirken.

— Die Gesetze dieser Gattung sind so verschiedenartig, als die Gefahren, gegen welche sie gerichtet sind. Nicht nur Gewaltthätigkeiten, nicht nur die zerstörenden Wirkungen der Naturkräfte können den Menschen Schaden und Verlust an ihrem Vermögen zufügen, auch die Bedingungen, von welchen die Erwerbung und Verfolgung der Rechte an äusseren Gegenstände abhängt, können Unsicherheit des Besitzes zur Folge haben. In der letzteren Beziehung sind z. B. alle die Gesetze als Creditgesetze zu betrachten, welche die Verjährung der Klagen betreffen; <sup>2)</sup> — ferner die Gesetze, durch welche das Recht, bewegliche Sachen einem Dritten zu entziehen, beschränkt oder aufgehoben wird; (*en fait de meubles la possession vaut titre*;) — eben so die Gesetze, nach welchen ein jeder Uebergang eines Grundstückes an einen neuen Eigenthümer in ein öffentliches Buch einzutragen ist. — Die Sicherheit des Eigenthumes ist für den Credit von solcher Wichtigkeit, dass, wo oder wenn das Eigenthum nicht gesichert ist, der Credit auf seiner niedrigsten Stufe steht oder beziehungsweise plötzlich erschüttert wird. Daher der Einfluss, den eine Despotie und eben so der Krieg auf den Stand des Credits hat. (Eine bemerkenswerthe Bestätigung des Zusammenhanges zwischen dem Staats- und dem Privatcredite ist die

---

<sup>2)</sup> Die Frist von 30 Jahren, in welcher dem gemeinen deutschen Rechte nach Klagen in der Regel verjährt werden, sollte vielleicht in dem Interesse des Credits und beziehungsweise wegen veränderter Umstände verkürzt werden.



Thatsache, dass es dem Grosssultane bis jezt noch nicht gelungen ist, ein Anlehn aufzunehmen.)

Creditgesetze dieser Klasse können und sollen 2) diejenigen Gesetze seyn, welche den Geldumlauf betreffen. — Der für den Credit vortheilhafteste Zustand des Geldmarktes ist der, wenn der Werth des Geldes unverändert bleibt. Steigt er plötzlich, werden also die Waaren, (Grundstücke miteingeschlossen,) plötzlich wohlfeiler, so können diejenigen, welche Geschäfte auf Credit abgeschlossen haben und zu der Zeit, da sie die Geschäfte abschlossen, vollkommen zahlungsfähig waren, ganz ohne ihre Schuld ausser Stand seyn, Zahlung zu leisten. (In England ist dieser Fall während des laufenden Jahrhunderts mehr als einmal eingetreten.) Fällt der Werth des Geldes plötzlich, so erhalten alle die, welche Credit gegeben haben, wenn ihnen nun Zahlung geleistet wird, dem reellen Werthe der Zahlung nach weniger, als sie ursprünglich zu fordern hatten; sie verlieren also verhältnissmässig die Macht und eben so die Neigung, von neuem Credit zu geben. (Als in Frankreich die Assignaten ihrer gänzlichen Entwerthung entgegeneilten, hörte aller Credit auch deswegen auf, weil man nicht wusste, wie viel eine Geldforderung morgen werth seyn würde. In solchen Zeiten handelt derjenige klüglich, welcher kauft, was nur zu kaufen ist.) Uebrigens soll hiermit nicht behauptet werden, dass beide Fälle den Folgen nach, die sie für den Credit und überhaupt für den Tauschverkehr haben, einander schlechthin gleichständen. — Nun steht

es zwar nicht in der Macht der Regierungen, das Geld schlechthin in demselben Werthe zu erhalten. Der Werth oder der Tauschpreis des Metallgeldes ist denselben Schwankungen unterworfen, wie der einer jeden andern Waare. Der Werth des Metallgeldes steht sogar weit weniger unter der Herrschaft der Regierung, als der anderer Waaren. Denn die edleren Metalle haben einen Weltmarkt. Man würde z. B. vergeblich hoffen, (und doch ist diese Hoffnung neuerlich geäußert worden,) durch hohe Einfuhrzölle der Regierung eine solche Herrschaft zu verschaffen. Aber desto mehr steht es in der Macht des Staates, den Werth des Geldes noch schwankender zu machen, als er schon an sich ist. Das Mittel ist das Papiergeld; sey es, dass der Staat selbst das Papiergeld in Umlauf setzt, oder dass er einer privilegierten Bank dieses zu thun gestattet. Und der Unterschied zwischen dem Falle, da die Geldpreise der Waaren mit dem Tauschpreise der edleren Metalle steigen oder fallen, — und dem Falle, da sie sich durch das Ausgeben oder Einziehen eines Papiergeldes verändern, ist der, dass in dem erstern Falle die Geldpreise langsam und stetig steigen oder fallen; überdies so, dass die Veränderung zugleich auf die Produktion anderer Brauchlichkeiten Einfluss hat: dass dagegen in dem letztern Falle die Geldpreise der Waaren plötzlichen und willkürlichen und vereinzelt - stehenden Veränderungen unterworfen sind. In allen diesen Beziehungen aber sind die durch ein Papiergeld verursachten Schwankungen der Geldpreise der Waaren, sowohl für den Nationalwohlstand



überhaupt als für den Privateredit insbesondere, bei weitem die nachtheillicheren. Man hat z. Beispiel Grund, anzunehmen, dass das allmälige und fast stetige Fallen des Werthes der edleren Metalle, welches im Gefolge der Entdeckung von Amerika war, auf den Wohlstand der europäischen Nationen einen sehr wohlthätigen Einfluss gehabt hat. Die Schicksale des Papiergeldes während des laufenden Jahrhunderts haben andere Erinnerungen zurückgelassen. — Auch darin unterscheidet sich das Papiergeld von dem Metallgelde, dass, wenn und in wie fern der Tauschverkehr durch Papiergeld vermittelt wird, alle Geschäfte beziehungsweise auf Credit abgeschlossen werden, nämlich auf den Credit desjenigen, welcher das Papiergeld in Umlauf gesetzt hat. Mit dem Credite dieses Bürgen wird daher der Privateredit überhaupt erschüttert. — Ausführlicher die Frage zu erörtern, wie die Gesetze, welche den Geldumlauf zum Gegenstande haben, beschaffen seyn müssen, um dem Interesse des Credits zu entsprechen, ist hier nicht der Ort.

3) Alle die Gesetze, welche die Freiheit des Eigenthumsrechtes bekräftigen oder wiederherstellen, begünstigen mit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners zugleich den Privateredit. (Zugleich sichern sie den Pfandgläubiger gegen die Einrede, dass sein Pfandrecht nicht mit Zustimmung aller derer bestellt worden sey, welche mit dem Pfandschuldner in einer Gemeinschaft des Eigenthumes standen.) — Das altdeutsche Recht war dem Privaterdite nichts weniger als günstig; wie sich aus den Grundsätzen ergibt, welche dieses Recht

über die Stammgüter und über die Lehne oder über die Theilbarkeit des Eigenthumes enthält. In den Städten kamen andere Grundsätze auf. (So war z. B. die Gemeinschaft der Güter, welche nach den Stadtrechten, wenigstens nach den meisten, unter Eheleuten eintrat, eine Hauptstütze des Credits des Bürgerstandes.) Darum machte der Wohlstand der Bürger weit schnellere Fortschritte, als der des Adels und des Landmannes.

4) In dieselbe Klasse der Creditgesetze gehören diejenigen Gesetze, welche den Gläubiger in den Stand setzen, wegen der Befriedigung ihrer Forderungen eine besondere Gewährleistung zu erlangen, so wie diejenigen Gesetze, welche gewisse Forderungen mit einer solchen Gewährleistung unmittelbar bekleiden. — Alle die Gesetze also, welche z. B. das Hypothekenwesen oder die Bürgschaften oder das Recht, Sachen aus einer Gantmasse zu vindiciren, zum Gegenstande haben, sind oder sollen Creditgesetze in der oben bestimmten Bedeutung dieses Wortes seyn. Alle diese Gesetze haben sowohl die Grundsätze, als die Entscheidung einzelner Streitfragen, aus dem Interesse des Privaterediten zu entnehmen, wenn auch mit der Einschränkung, dass ihre Vorschriften nicht mit den Regeln des Civilrechts in Widerspruch stehen dürfen. Die Frage sey z. B. die: Sollen die Gesetze dem Bürgen gestatten, von der Einrede der Vorklage, (von der *exceptio ordinis s. excussionis*,) Gebrauch zu machen? Betrachtet man die Frage aus dem Standpunkte des



Civilrechts, so ist es zweifelhaft, wie die Erklärung, mittelst welcher sich Einer für die Schuld eines Andern verbürgt, zu deuten sey? ob sich der Bürge unbedingt, oder nur bedingt, (*i. e. salva exceptione ordinis,*) zur Zahlung verpflichten wollte. Aber in dem Interesse des Privaterredits ist dieser Zweifel gegen den Bürgen zu entscheiden. (Ein jedes Princip der Gesetzgebung ist zugleich eine Regel für die Auslegung der Gesetze, daher sind die Gesetze, welche dem Bürgen jene Einrede ertheilen, durch die Auslegung möglichst zu beschränken.)

Endlich, 5) steht es in der Macht des Staates, die Zahlungsfähigkeit einzelner Privatpersonen oder die einer gewissen Klasse der Unterthanen sogar unmittelbar und positiv zu verstärken. Z. B. Die Regierung kann denen baares Geld vorstrecken, welche, obwohl zahlungsfähig, dennoch für den Augenblick in Geldverlegenheit sind; (was einigemal in England und in Frankreich geschehn ist;) — sie kann Versicherungsanstalten gegen Brandschäden errichten, zu welchen alle Hauseigenthümer beizutragen verpflichtet sind; (was allemal die Folge hat, dass der dingliche Credit der Hauseigenthümer zunimmt;) — sie kann Papiergeld in Umlauf setzen und so die Waare wohlfeiler machen, welche man auf Credit zu erhalten oder innezubehalten sucht; — sie kann Creditvereine unter den Grundeigenthümern stiften, Vereine, in welchen für die hypothekarischen Schulden eines jeden einzelnen Mitgliedes zugleich die Gesamtheit hypothekarisch haftet. Doch hat eine jede dieser Massregeln auch ihre Schattenseite. (Denn der Staat soll nicht selbst

das Nationalvermögen bewirthschaften, sondern nur einem jeden einzelnen Bürger den Schutz verleihn, dessen er zur Bewirthschaftung seines Vermögens bedarf.) — Was ein Privatmann oder eine Privatgesellschaft mit Vortheil unternehmen kann, gelingt deswegen noch nicht dem Staate. Z. B. Ueberall, wo es den Hauseigenthümern geboten ist, sich wechselseitig gegen Brandschäden zu versichern, hört man Klagen über die Folgen dieser Einrichtung; und gleichwohl sind in andern Staaten, (in England, in Frankreich, etc.) Privatgesellschaften, bei welchen man seine Gebäude gegen Schäden dieser Art versichern kann, in dem gedeihlichsten Zustande. Der Grund dieses Unterschiedes ist der, dass die Gefahr, gegen welche Sicherheit geleistet wird, von dem Staate, nur *in abstracto* gewogen werden kann, von einer Privatgesellschaft aber auch *in concreto* gewogen wird. Darum ist der Staat, wenn er eine solche Einrichtung trifft, unabwendbar im Nachtheile. (*Morti nulla est medicina parata!*) — Andere Gründe sprechen gegen Creditvereine, wenn diese die Eigenschaft öffentlicher Anstalten haben. Ich will den Fall sofort so stellen, wie er in der Erfahrung hin und wieder vorkommt, dass die Rittergutsbesitzer, als solche, in einem von dem Staate autorisirten Vereine dieser Art stehn. Allerdings gewährt ein solcher Verein den einzelnen Rittergutsbesitzern den Vortheil, dass er ihren Credit steigert. Aber sowohl deswegen, als weil er das Geldborgen erleichtert, verleitet er zugleich zum Schuldenmachen und zu einer gefährlichen Anstrengung des Credits. Und wenn dann, z. B.



in Kriegszeiten, die Güterpreise plötzlich fallen, so trifft der Schlag die Unschuldigen mit den Schuldigen, und so wird der Credit desto allgemeiner erschüttert.

## II. Gesetze, welche für die Zahlungswilligkeit des Schuldners Gewähr leisten.

Man hat Grund zu befürchten, dass der Schuldner nicht willig und bereit seyn werde, Zahlung zu leisten, wenn das Recht, Zahlung zu verlangen, zweifelhaft ist. Daher hat eine einfache und gemeinverständliche, mit einem Wort, eine an sich gute Civilgesetzgebung: daher haben alle die Gesetze und Anstalten, welche die Sicherung der Civilrechte bezwecken, auch in so fern einen wohlthätigen Einfluss auf den Privatercredit, als sie die Schuldner zum Zahlen williger machen.

Eben so hat man zu befürchten, dass der Schuldner nicht zum Zahlen willig und bereit seyn werde, wenn es ihm einen Vortheil bringt, nicht gutwillig zu zahlen. Das bringt ihm aber Vortheil, wenn der Arm der Gerechtigkeit gelähmt ist, ja zuweilen schon dann, wenn der Gang der Gerechtigkeitspflege so langsam ist, dass der Schuldner, wenn er es auf einen Rechtsstreit ankommen lässt, den Gläubiger mit der Zahlung lange hinhalten kann. Die Gesetze also, welche für die Zahlungspflichtigkeit des Schuldners und für den stracken Lauf der Rechtspflege Gewähr leisten, (oder die Creditgesetze der dritten Klasse,) enthalten zugleich eine Bürgschaft für die Zahlungswilligkeit des Schuldners. Und umgekehrt

ist ein Gesetz, welches in der erstern Beziehung zweckwidrig ist, zugleich in der letzteren Beziehung verwerflich. Ja es kann ein solches Gesetz, weil und in wie fern es die Zahlungswilligkeit des Schuldners zu vermindern droht, dem Credite sogar den grösseren Nachtheil bringen. Das gilt z. B. von denjenigen Gesetzen, welche den Schuldnern Einreden an die Hand geben, die nicht auf einem genügenden allgemeinen Rechtsgrunde beruhn. Man wird finden, dass gerade die Einreden dieser Art die Schlupfwinkel böser Schuldner sind. (Ein Beispiel einer solchen Einrede ist die *exceptio legis Anastasianae*.) — Jedoch die Gesetze können und sollen nicht bloß verhindern, dass es dem Schuldner Vortheil bringe, nur, wenn er muss, zu zahlen; sie können und sollen noch überdies mit seiner Weigerung, gutwillig zu zahlen, in dem Interesse des Credits gewisse Nachtheile verbinden. Sie haben daher vorzuschreiben, dass der Schuldner, wenn er sachfällig werde, schlechthin auch in die Kosten des Rechtsstreites zu verurtheilen sey. Eben so haben sie die höchsten landüblichen Zinsen zum Massstabe für die Verzugszinsen zu erheben. Vielleicht sollten sie diese Zinsen, in dem Interesse des Credits, sofort noch höher ansetzen, oder wenigstens dem Gläubiger den Beweis nachlassen, dass er wegen des Verzugs des Schuldners einen grösseren Verlust erlitten habe oder einen grösseren Gewinn zu machen verhindert worden sey.<sup>3)</sup>

Da Niemand rechtlich verpflichtet ist,

---

<sup>3)</sup> Der C. N. Art. 1153 versagt diesen Beweis dem Gläubiger ausdrücklich.



gutwillige Zahlung zu leisten, so kann das Gesetz nicht von Strafen Gebrauch machen, um die schlechten Zahler — durch Furcht — in gute zu verwandeln. (In China hält man es freilich anders. Wer zu einer Zahlung verurtheilt wird, dem wird zugleich eine Tracht Schläge, *veluti per modum compensationis*, zuerkannt.) Wohl aber hat das Gesetz diejenigen mit einer Strafe zu bedrohn, welche sich muthwillig oder durch grobe Fahrlässigkeit in die Lage versetzt haben, dass sie nicht zahlen können. Denn, wer so wirthschaftet, dass er seinen Gläubigern wortbrüchig werden muss, ist ein nicht weniger gefährlicher Mensch, als ein Dieb. Ja, vor einem Diebe kann man sich sogar eher in Acht nehmen, als vor einem Uebelhäuser. Jedoch, nicht die Strafbarkeit einer solchen Handlungsweise ist zweifelhaft. Desto schwieriger ist es, Strafgesetze dieser Art gehörig zu fassen. Denn, nach der Verschiedenheit des Standes, zu welchem die Schuldner gehören, sind die Gläubiger der Gefahr des Verlustes mehr oder weniger ausgesetzt, d. i. können sie sich gegen diese Gefahr mehr oder weniger sichern, kann der Credit mehr oder weniger gemissbraucht werden. (Daher stehen gewöhnlich Handelsleute, die ihre Zahlungen einstellen, unter besonderen Strafgesetzen.) So mannigfaltig sind die Verkleidungen und Schleichwege, zu welchen der Betrug seine Zuflucht nimmt, dass es oft schwer ist, demselben beizukommen. Schon der Beweis, dass der zahlungsunfähige Schuldner übel gewirthschaftet habe, ist nicht leicht zu führen. Erwägt man endlich, dass Strafgesetze der in Frage stehenden Art sogar das Interesse derer gefährden können,

zu deren Vortheile sie gereichen sollen, (z. B. wenn sie den Gläubigern die Aussicht verkümmern, durch einen Vergleich mit dem Gemeinschuldner zu retten, was noch zu retten ist,) so wird man geneigt seyn, die vorliegende Aufgabe den schwierigsten der Gesetzgebungswissenschaft beizuzählen. Das neueste Recht Englands scheint sie mit besonderem Erfolge gelöst zu haben. Eben so verdienen die Vorschriften Beachtung, welche das Handelsgesetzbuch Frankreichs über die leichtsinnige und über die boshafte Zahlungsflüchtigkeit enthält.

Endlich: Wenn die Regierung ihre Verbindlichkeiten gegen die Staatsgläubiger mit Gewissenhaftigkeit erfüllt, so liegt in diesem Verfahren der Regierung zugleich eine Bürgschaft für die Zahlungswilligkeit der Privatschuldner; nicht nur wegen des guten Beispiels, mit welchem so die Regierung vorangeht, sondern auch deswegen, weil, wenn die Regierung pünktlich zahlt, auch der Privatmann pünktlich zahlen muss, damit er unter gleich vortheilhaften Bedingungen, wie die Regierung, Geld aufnehmen könne. Jedoch dürfte der erstere Grund der stärkere seyn. Ein Staatsbanquerout ist besonders wegen seiner moralischen Folgen eine höchst gefährliche Massregel.

### III. Gesetze, welche für die Zahlungspflichtigkeit des Schuldners Gewähr leisten.

Wir sind jetzt bei der Aufgabe angelangt, welche, wenn sie nicht von dem Staate gelöst wird, auf keine andere Weise gelöst werden kann. Kein Zweifel, dass es in der Macht des



Staat es steht, für die Zahlungspflichtigkeit der Schuldner Gewähr zu leisten, d. i. die Schuldner nöthigenfalls durch Zwang zum Zahlen anzuhalten. Aber so umfassend ist die Aufgabe, dass es schwer ist, ihr vollständig zu genügen.

Das theoretische Civilrecht steht in allen seinen Theilen in einer bald unmittelbaren bald mittelbaren Beziehung auf die vorliegende Aufgabe. Das Interesse des Privaterredits ist bei der Civilgesetzgebung sogar in dem Grade zu berücksichtigen, dass es den Gesetzgeber ermächtigen kann, Ausnahmen von den Grundsätzen des Rechts zu machen. Z. B. Wer in einer Urkunde bekennt, ein Darlehn empfangen zu haben, kann von Rechtswegen noch immer von der Einrede Gebrauch machen, dass ihm das Geld nicht ausgezahlt worden sey. Gleichwohl verdient das Römische Recht den vollsten Beifall, wenn es dem Schuldner, nachdem seit der Ausstellung der Urkunde zwei Jahre verflossen sind, diese Einrede, (die *exceptio non numeratae pecuniae*,) versagt.<sup>4)</sup> Ein anderes Beispiel! Von Rechtswegen steht es dem Gläubiger frei, seine Forderung durch eine jede Art von Beweismitteln in Gewissheit zu setzen. Wenn jedoch das französische Recht die Zulässigkeit des Zeugenbeweises, (mit gewissen Ausnahmen,) auf Forderungen von einem geringeren Betrage beschränkt, so hat es, indem es die Gläubiger vor Leichtsinns warnt, die Schuldner gegen erdichtete Ansprüche sichert, das Interesse des Privaterredits für sich.

<sup>4)</sup> Die Schriftsteller, welche den Schuldner nach Ablauf dieser zwei Jahre noch zum Beweise der *exceptio doli* zulassen, verrathen ihre gänzliche Unbekanntschaft mit der *ratio legis*.

Von derselben Wichtigkeit für den Privatcredit sind die Gesetze, welche die Organisation der Civilgerichte und das von diesen Gerichten einzuhaltende Verfahren zum Gegenstande haben. Wo die Gerichte unabhängig und wohl besetzt sind, wo die Hülfe Rechtens nicht durch ihre Kostbarkeit oder auf andere Weise erschwert ist, wo man in möglichst kurzer Frist zu seinem Rechte gelangen kann, da steht es auch mit dem Privatcredite gut. Allerdings sind bei der Organisation der Gerichte und bei der Bestimmung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtssachen noch andere Rücksichten zu nehmen, als die, welche sich auf das Interesse des Credits beziehen. Es können Fälle vorkommen, in welchen dieses Interesse einem andern und höheren nachstehen muss. Jedoch, wie man bei einem Vergleiche, den man zwischen bestimmten Partheien vermitteln soll, die besondere Beschaffenheit des gegebenen Falles zu berücksichtigen hat, so gilt dasselbe auch von den Fällen jener Art. So haben zwar die Gesetze, welche die Rechtspflege betreffen, den Partheien von allen Dingen die Freiheit zu gewähren, ihre Rechte auf das vollkommenste zu vertheidigen. Da jedoch dieser Grundsatz dem Ermessen des Gesetzgebers einen gewissen Spielraum lässt, so lässt sich die Beschränkung der Instanzen auf zwei, — die Abkürzung des Verfahrens in geringfügigen Rechtssachen, — der Executiv- und der Wechselprocess, in wie fern in dem einen und in dem andern der Beklagte nur mit dem Einreden gehört wird, welche entweder, (als *exceptiones juris*,) keines Beweises bedürfen, oder welche sofort durch Urkunden erwiesen werden



können, — und die Beschleunigung des Verfahrens in Gantsachen durch das Interesse des Credits um so mehr vertheidigen. Eben so sollten zwar von Rechts wegen alle Gerichte gleich gut besetzt seyn. Jedoch, wenn auch Ortsgerichte nur mit minder rechtskundigen Männern besetzt werden können, so ist es dennoch rathsam, Gerichte dieser Art — für geringfügige Rechtsachen — zu bestellen, da der Zutritt zu ihnen besonders leicht ist.

Endlich ist hier noch derjenigen Bedingung zu gedenken, von welcher die Zahlungspflichtigkeit der Schuldner unmittelbar abhängt. Ist der Schuldner rechtskräftig verurtheilt, Zahlung zu leisten,<sup>5)</sup> so hat ihn der Staat nöthigenfalls zwangsweise zum Zahlen anzuhalten. Alle die Gesetze, welche die Executionsmittel und das Executionsverfahren betreffen, sind zugleich Creditgesetze der vorliegenden Klasse. — In wie fern sie diese Eigenschaft haben, sind bei der Abfassung derselben besonders folgende zwei Grundsätze zu beachten. Erstens: Der Vortheil der Gläubiger ist zugleich der Vortheil der Schuldner, diese als eine Gesamtheit betrachtet, wie sie aus dem Stand-

---

<sup>5)</sup> Oder, — um in der Sprache des französischen Rechts zu sprechen, — hat der Gläubiger einen executorischen Titel, (*un titre exécutoire*,) für sich. Denn nach diesem Rechte können nicht nur die Gerichte die von ihnen gesprochenen Urtheile, sondern auch die Notarien die Urkunden, die sie über eine Schuld aufgenommen haben, mit der executorischen Formel, d. i. mit einem Vollziehungsbefehle bekleiden. — Das französische Notariat gewährt sowohl in dieser als in andern Beziehungen dem Privatcredite besondere Vortheile.

punkte des Gesetzgebers als eine Gesamtheit zu betrachten sind. Denn die Kapitalisten sind desto geneigter, Credit zu geben, je gewisser sie auf die stracke Hülfe des Staates rechnen können, wenn sie Credit gegeben haben. Es sollte daher den Gerichten nicht verstattet seyn, einem Schuldner Zahlungsfristen zu setzen.<sup>6)</sup> Eben so wenig sollte, wenn ein Grundstück zwangsweise versteigert wird, dem Käufer die Verwilligung, (ohne Zustimmung der Gläubiger,) ertheilt werden, das Kaufgeld nur nach und nach abzutragen. Es mag seyn, dass in einigen, ja dass in vielen Fällen das Interesse des Schuldners in der einen und in der andern Beziehung für das Gegentheil spricht. Allemal leidet der Credit im Ganzen, wenn von Seiten des Staates einzelne Schuldner begünstiget werden. Es mag ferner seyn, dass in einigen, ja dass in vielen Fällen der Gläubiger der Härte beschuldiget werden kann, wenn er, auf sein Recht pochend, sofort Zahlung fordert. Aber, ob der Gläubiger von seinem Rechte etwas nachlassen sollte, ist eine Gewissens- und nicht eine Rechtsfrage. Er kann überdiess, indem er gegen seinen Schuldner hart zu seyn scheint, nur die Absicht haben, seinen Gläubigern Wort zu halten. Zweite ns: Dürfte man blos das Interesse des Credits zu Rathe ziehen, so würde dem Gläubiger schlechthin die Wahl zu lassen seyn, ob er die Person, oder ob er das Vermögen des Schuldners mit Beschlagnahme belegen wolle. Jedoch nach Rechtsgrundsätzen können

---

<sup>6)</sup> Der Art. 1244 des C. N. ertheilt den Gerichten dieses Recht.



sich die Gläubiger in der Regel nur an das Vermögen ihres Schuldners halten. Denn der Mensch ist eben so wenig über seine persönliche Freiheit als über seinen Körper zu verfügen berechtigt. *Nemo dominus membrorum suorum esse videtur*, sagt das römische Recht. (Wenn dasselbe Recht die *cessio bonorum* als ein *beneficium juris* betrachtet, so ist das so zu deuten, dass die *c. b.* in Beziehung auf das ältere Recht die Eigenschaft einer Rechtswohlthat hatte.) Hieraus folgt jedoch nicht, dass das Gesetz den Gläubigern schlechthin nicht das Recht einzuräumen habe, Schuldner, die nicht zahlen, verhaften zu lassen. Sondern nur so viel folgt aus jener Regel, dass dieses Recht auf Noth- oder Collisionsfälle zu beschränken sey, mit andern Worten, dass man die Frage von der Zulässigkeit der persönlichen Haft gegen Schuldner, (abgesehen von dem Falle eines von ihnen, als Schuldner, begangenen Vergehns,) als eine Frage des Nothrechts zu behandeln habe. Diese Ansicht, wenn sie anders die richtige ist, giebt über das Schicksal Aufschluss, welches bei noch ungebildeten Völkern der Schuldner wartet, welche nicht Zahlung leisten können. Sie verfallen in die Knechtschaft; <sup>7)</sup> bald weil es an Mitteln fehlt, durch welche sich die Gläubiger der Zahlung in voraus versichern könnten, bald weil der freie Mann, wenn er verarmt, nicht weiter im Stande ist, die Lasten der Freiheit zu tragen.

---

<sup>7)</sup> Beispiele solcher Rechte sind das älteste römische Recht, ingleichen das älteste deutsche Recht. Vgl. *Tac. Germ. c. 24.*

Wenn in den meisten Staaten des heutigen Europa Handelsschulden mittelst persönlicher Haft herbeigetrieben werden können, so lässt sich auch diese Thatsache nach jener Ansicht erklären. Denn einerseits ist Credit die Seele des Handels, und andererseits bedürfen Handelsleute einer desto festeren Stütze für ihren persönlichen Credit, je mehr sie wünschen müssen, dass man von ihnen nicht die Bestellung einer dinglichen Sicherheit verlange.

---

## SECHSTE ABHANDLUNG.

---

### Wirthschafts - Politik

oder

das Büchlein vom Reichwerden.

Die Wirthschaftspolitik ist der praktische Theil der allgemeinen Wirthschaftslehre. Sie lehrt, was man zu thun oder zu unterlassen hat, um überhaupt klüglich zu wirthschaften. Sie enthält eine Reihe von Maximen, welche man zu befolgen hat und nur zu befolgen braucht, um reich zu werden.

Auch ein jedes einzelne Gewerbe hat seine Politik. Jedoch von der Politik der einzelnen Gewerbe wird in dem vorliegenden Aufsätze nicht die Rede seyn. Ueber die Politik eines bestimmten Gewerbes, kann nur der mit Erfolg schreiben, der das Gewerbe — lange Jahre — selbst getrieben hat. Der Stand, zu welchem ich gehöre, bedarf nicht erst des Unter-



richtes, um auch in Beziehung auf den Erwerb klüglich zu handeln.

Vielleicht hätten die folgenden Maximen systematisch geordnet werden können. Jedoch das Bunte hat auch sein Interesse. Wie würde es z. B. auf der Erde aussehen, wenn auf derselben die Pflanzen, nach Linee's Systeme geordnet, neben einander ständen! — Vielleicht hätten die folgenden Maximen in Reime gekleidet werden sollen. Die gereimten Sprüche der *Schola Salernitana* haben sich bis auf diesen Tag erhalten. Doch ich wollte den Leser nicht durch meine Dichtergaben überraschen!

Wer in irgend einem Falle Hülfe braucht, wende sich nicht an den, welcher nicht vermocht hat, in demselben Falle sich selbst zu helfen. Der beste Arzt ist der, der frisch und gesund aussieht, der beste Sachwalter der, der in seinen eigenen Sachen Sieger geblieben ist. Ich muss daher, um das Ansehn meiner Rathschläge zu befestigen, hinzufügen, dass ich mich in ökonomischer Hinsicht ganz wohl befinde und noch besser befinden würde, wenn ich die Maximen, die dieser Aufsatz enthält, früher befolgt hätte.

---

### Zeit ist Geld!

Eine Lehre, welche, so oft sie auch schon gepredigt worden ist, dennoch nicht oft genug wiederholt werden kann! Das Benutzen der Zeit ist die Heerstrasse zum Reichwerden. Das wussten schon unsere Voreltern sehr wohl. Daher die Sprüchwörter: Früh auf, spät nie-

der, bringt verloren Gut wieder. Morgenstunde hat Gold im Munde. — Man kann den Satz auch umkehren. Geld ist Zeit — gleichsam in Substanz. Ob der Staat von seinen Unterthanen Geld oder Arbeit oder Naturalien oder Fabrikate fordere, ist an sich eins. Aber, indem er nur Geld von ihnen fordert, setzt er sie in den Stand, von ihrer Zeit den vortheilhaftesten Gebrauch zu machen. Auch in dem Sinne ist Geld Zeit, dass Geld die Macht ist, über die Zeit Anderer zu gebieten.

Kaufe, wenn man dir eine Waare zum Kaufe anbietet, verkaufe, wenn man eine Waare von dir zu kaufen verlangt.

In dem ersteren Falle darf man den niedrigsten Preis zu bezahlen - in dem letzteren den höchsten Preis zu erhalten hoffen. Ricardo, der berühmte Schriftsteller über die Staatswirthschaftslehre, befragt, wie er es angefangen habe, um reich zu werden, (er war ein reicher Kaufmann und Banker,) antwortete, dass er seinen Reichthum der Befolgung dieser Maxime verdanke.

Scheue mehr die kleinen Ausgaben, die täglich- als die grossen Ausgaben, die nur selten wiederkehren.

Wer täglich einen Kreuzer mehr ausgiebt, als er auszugeben braucht, macht jährlich einen unnöthigen Aufwand von 6 fl. 5 kr.; ja, in einem Schaltjahre, von 6 fl. 6 kr. Ausgaben dieser Art werden am leichtesten zu einem Bedürfnisse. Eine Gewohnheit lässt sich am



schwersten ablegen. Wer nicht einen Pfennig so lieb hat, wie einen Gulden, wird es nicht leicht dahin bringen, dass er einen Gulden wechselt.

Ein kleiner Gewinn, den man oft macht, ist besser, als ein grosser Gewinn, den man nur selten macht.

*Napoléon* sagte: Die Massen entscheiden. Das gilt auch vom Reichwerden. Ein unbilliger Gewinn, sey er auch noch so gross, ist sogar ein Verlust. Wer seine Grundstücke gut verpachten will, der verpachte sie niedrig.

Was besser ist, als eine Laus, (warum sollte das arme Thierchen nicht mit seinem ganzen Namen geschrieben werden?) Das nimm du klüglich mit ins Haus.

Es ist wie mit dem Lernen. Man lerne, was man lernen kann. Denn man weiss nicht, wo und wenn man das Gelernte brauchen wird.

Wer sich ohne Noth einen Vorrath anschafft, ist ein Verschwender.

Denn ein solcher Vorrath ist ein todes Kapital, ein Kapital, das keine Zinsen trägt. Viele Brauchlichkeiten verlieren mit der Zeit an Werth oder ihren Werth. Mit einem Vorrathe geht man selten haushälterisch um. Man kann leichter kaufen, als verkaufen. — Besonders unräthlich ist es, viel Geld im Hause zu haben. Vom Gelde lässt sich nur unter der Bedingung ein Nutzen ziehen, dass man es ausgiebt.

Wer nichts wagt, gewinnt nichts.

Erst wäg's, dann wag's! sagte ein deutscher Herzog. — Büsch, ein Schriftsteller, aus dessen Werken noch immer sehr viel zu lernen ist, macht die Bemerkung, dass ein Kaufmann, der sich gegen eine jede Gefahr zu versichern suche, nicht reich werden könne, ja vielleicht Gefahr laufe, zu verarmen. — Freilich gehört die Frage, wie weit man im Wagen gehn solle, gegen welche Gefahren man sich zu versichern habe, nicht zu den leichtesten. Denn die Entscheidung beruht auf einer Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aber hat man z. B. in einer Stadt, in welcher seit 20 und mehr Jahren kein Haus abgebrannt ist, hinreichenden Grund, seine Gebäude oder seinen Hausrath gegen Brandschaden zu versichern?

Man benutze, aber man überspanne nicht seinen Credit.

Borgen macht Sorgen. Es ist besser, hungrig zu Bette zu gehn, als mit Schulden aufzustehn. Es ist leichter, Schulden zu machen, als sie zu bezahlen. Mit baarem Gelde kauft man am wohlfeilsten. Diese und andere Sprüche warnen zwar vor dem Schuldenmachen. Gleichwohl ist der Credit eine Goldgrube für den, der ihn klüglich zu benutzen versteht. Es giebt sogar Gewerbe, welche, ohne dass der Gewerbsmann Credit hat und von demselben Gebrauch macht, schlechthin nicht, oder wenigstens nicht mit Erfolg betrieben werden können. Die Frage ist also nur die, in welchem Grade man seinen Credit anstrengen darf und



soll. — Die Frage, in dieser Allgemeinheit gestellt, lässt schwerlich eine Beantwortung zu. Denn nach der Verschiedenheit der Gewerbe, nach dem Betrage des Kapitaless, mit welchem das Gewerbe betrieben wird, und überhaupt nach Zeit und Umständen ist das Mass verschieden, bis zu welchem man seinen Credit unbedenklich anstrengen kann. Doch lässt sich im allgemeinen behaupten, dass am wenigsten der Landmann, sey er Grundeigenthümer oder Pächter, von seinem Credite Gebrauch machen soll. Der Gewinn des Landmannes ist nur mässig und, wenn man von Jahr zu Jahr rechnet, höchst veränderlich. Das sollte man wohl erwägen, ehe man den Entschluss fasst, den Credit der Grundeigenthümer, (z. B. durch Pfandbriefe, für welche die gesammten Grundeigenthümer des Landes haften,) künstlich zu steigern. —

Man zahle nicht vor dem Verfalltage.

Denn es kann sich bis zum Verfalltage noch Manches ereignen, was den Schuldner der Nothwendigkeit, zu zahlen, überhoben haben würde. Justinian sagt mit Recht, dass ein Stück Wild nicht schon dem gehört, der es verwundet hat; er muss sich noch überdies seiner bemächtigt haben. *Multa enim accidere possunt, ut bestiam vulneratam non capiat.*

Man wolle nicht schnell reich werden.

Sonst muss man sich nicht blos auf ein gewagtes Spiel; sondern auf ein Wagspiel einlassen. Das Reichwerden steht unter demselben Gesetze, wie das Fallen der Körper. Ein

Körper fällt, der Reichthum steigt mit beschleunigter Geschwindigkeit. — Man machte dem Weltweisen Thales den Vorwurf, dass er, ungeachtet seiner Weisheit, arm sei und bleibe. Da kaufte er, ehe noch die Oelbäume blühten, die ganze Olivenerndte des Jahres in dem Gebiethe von Milet zusammen und wurde so, weil die Erndte reichlich ausfiel, auf einmal ein reicher Mann.\*) Ich möchte wohl wissen, wie Thales zu dem Gelde oder zu dem Credite kam, um den Ankauf zu machen.

Es ist besser, ein Gewerbe allein: als es in Gesellschaft mit andern zu betreiben.

Büsch macht die Bemerkung, dass Handelsgesellschaften nur selten gedeihen. Besonders sey man auf seiner Huth, wenn ein Gewerbsmann einen Gesellschafter sucht.

Der Hab' ich ist besser, als der Hätt' ich.

Man rechne auf keine Einnahme, bis dass man sie gemacht hat. Man weise keinen Schuldner ab, der Geld bringt. Wer weiss, ob er wiederkehrt, oder wohin sich das Geld verläuft, mit dem er zahlen wollte.

Der Hauswirth gehe bei dem Staatswirth in die Lehre.

Es ist eine treffliche Erfindung der neuern Zeit, dass, man die Einnahme und Ausgabe des Staates in voraus nach einer Wahrscheinlich-

---

\*) Cic. de divinat. I, 49.



keitsrechnung anschlägt und beide mit einander ins Gleichgewicht zu setzen sucht, also, dass man ein Staats-Budget entwirft. So sollte ein jeder Hausvater von Jahr zu Jahr sein Budget entwerfen. Dabei hat er nicht die ausserordentlichen Ausgaben und, nach Befinden, die Amortisation seiner Schulden zu vergessen. Auch wird er wohl thun, wenn er, (wie die Staatshaushalter zu thun pflegen,) die Ausgaben zu hoch, die Einnahmen zu niedrig anschlägt. — Doch ist zwischen dem Budget des Staates und dem eines Privatmannes der Unterschied: Der Staatswirth muss die Einnahme so hoch stellen, als die Ausgabe steht. Aber der Privatmann soll nur so viel ausgeben, als er einnimmt. Ein Jeder strecke sich nach seiner Decke.

Ein Jeder muss Lehrgeld geben.

Auch ich habe Lehrgeld gezahlt; und zahle es noch immer. — Darum mache man in einem jeden Gewerbe oder Berufe, in einer jeden Art von Unternehmungen erst Versuche im Kleinen. Auch ist es nicht rathsam, vielerlei auf einmal anzufangen.

Eine jede Entdeckung oder Erfindung, welche einen Geldvorthail zu gewähren verheist, ein jeder Verbesserungsvorschlag dieser Art verdient wenigstens Prüfung.

Und die beste Prüfung ist die, dass man einen Versuch mit der Entdeckung etc. macht. Wir sähen noch wie der Altdentsche, vor Möser's Osnabrückischer Geschichte, aus, wenn

Staatswissenschaftliches Seminar  
an der Universität Kiel

sich unsere Vorfahren gegen alle Neuerungen in den Arten und Mitteln des Erwerbes gesträubt hätten. — Allerdings hat der Landmann recht, wenn er nicht glaubt, ohne zu sehen. Aber nur deswegen und nur in so fern, weil und in wie fern er nicht die Mittel hat, Neuerungen auf seine Gefahr zu versuchen.

#### Ersparnisse sind Einnahmen.

Ich wäre ein reicher Mann, wenn ich das Papier hätte, das jährlich in Deutschland ohne Noth zum Schreiben verbraucht wird. Ich verlange nicht etwa, dass weniger geschrieben werden soll. Das wäre zu viel verlangt. Ich behaupte nur, dass eine weit geringere Masse Papier hinreichen würde, um darauf alles das zu schreiben, was in Deutschland geschrieben wird. — Ein Reisender hatte einen Empfehlungsbrief an einen Kaufmann in Marseille. Als er den Brief abgab, fand er den Kaufmann auf dessen Geschäftszimmer mit dem Abschneiden und Sammeln des weissen Papieres, das sich an Briefen etc. befand, beschäftigt. Er wurde von dem Kaufmanne zum Mittagessen, (in ein anderes Haus,) eingeladen. Man kann sich denken, mit welchen Erwartungen der Fremde die Einladung annahm und ihr entsprach! Aber er trat in einen Palast und wurde königlich bewirthet. Da gieng ihm ein Licht auf.\*) — Ein Ehemann, der nach Geld geheirathet hat, macht nicht selten die Erfahrung, dass Wirthschaftlichkeit die beste Mitgift eines Weibes sey.

---

\*) *Memoires de la Duchesse d'Abrantes, Vol. III.*



Der ist ein Thor, der sich mit dem Verdienste eines Tagelöhners begnügt, wenn er Herrenlohn verdienen könnte.

Ein Pächter, der ein grosses Landgut in Pacht genommen hatte, arbeitete Tag und Nacht, wie ein gemeiner Knecht. Nach wenigen Jahren war er zahlungsunfähig, ob er wohl ein ansehnliches Wirthschaftskapital auf das Gut mitgebracht hatte, auch nicht von Unglücksfällen betroffen worden war. Ihm folgte ein anderer Pächter, welcher keine Hand anlegte, sondern nur auf seinen Feldern und Wiesen herumritt und sah, ob und wie gearbeitet wurde. Diesem wurde von Vielen ein noch schnelleres Verarmen prophezeit. Aber er wurde während seines Pachtens ein reicher Mann.

Wer sich verbürgt, muss zahlen.

Ich habe mich ein einzigesmal in meinem Leben verbürgt, und habe auch richtig zahlen müssen. Wer einen Bürgen verlangt, wittert Gefahr.

Wer fordern kann, der fordere.

Die Redensarten: Verlassen sie sich auf meine Generosität; Ich werde mich dankbar bezeigen! — lauten auf gut deutsch: Sie werden von mir weniger erhalten, als sie zu fordern berechtigt wären, oder auch gar nichts.

Hast fremdes Geld du in Verwahr,  
Droht deinem Hause Feuersgefahr.

Auch der reichste Mann kann in eine augenblickliche Geldverlegenheit kommen. Die Hoff-

Zachariä's staatswiss. Abhandlg.

nung, dass man das, was man von dem anvertrauten Gelde nimmt, baldigst erstatten könne, der Gedanke, dass man nur borge und nicht entwende, kann auch den sonst ehrlichen Mann verlocken. Darum nehme man fremdes Geld nicht ohne Noth in Verwahrung. Man schaffe es, wie einen unwillkommenen Gast, aus dem Hause, so bald man kann.

Um reich zu werden, muss man heut zu Tage speculiren, — seine ökonomischen Pläne auf die Zeitumstände und auf deren Wechsel, (auf die jeweiligen „Conjuncturen“) berechnen.

Man kann unser Zeitalter, zwar nicht das speculative, doch das speculirende nennen. Meines Wissens fehlt es der europäischen Literatur noch an einem Werke über die Kunst zu speculiren. Ein Werk dieser Art würde ein höchst willkommenes Geschenk seyn. (Zu der Ausarbeitung eines solchen Werkes müssten sich wohl Mehrere vereinigen. Ein Jeder müsste sich auf dem Felde, das er bearbeitet, — sey es mit Glück oder mit Unglück — selbst im Speculiren versucht haben. Das Kapitel vom Speculiren in Staatspapieren würde einen besonders guten Arbeiter erfordern.)

Zu speculiren, mag wohl auch ehemals schon räthlich gewesen seyn. Doch in unseren Tagen ist es ein Bedürfniss. Denn, seitdem sich's die Regierungen ganz besonders angelegen seyn lassen, ihre Unterthanen wohlhabend zu machen, seitdem sich der Erwerbswelt, wie der politischen, ein Geist der Unruhe und Beweglichkeit bemächtigt hat, seitdem sich die ökonomische



mischen Interessen der europäischen Völker mehr mit einander verschlungen und verwickelt haben, endlich, seitdem die europäischen Völker mit allen andern Völkern der Erde in Handelsverbindungen stehn, genügt es nicht mehr, ein Jahr wie das andere, oder wie es der Vater gehalten hat, zu wirthschaften.

Jedoch auf das Speculiren in Staatspapieren ist die obige Maxime nicht anwendbar. Dieses gehört in die Kategorie der Wagspiele. Das Speculiren in Staatspapieren ist deswegen so gefährlich, weil es, um Gewinn zu bringen, Kenntnisse und Einsichten voraussetzt, die nur Wenigen gegeben sind. Zwar hat dieses stolze Wagspiel die gute Folge gehabt, dass es den Speculationsgeist überhaupt geweckt hat. Aber nicht selten hat eine hässliche Mutter eine schöne Tochter. Uebrigens habe ich das Speculiren in Staatspapieren hier nur aus dem Standpunkte der Speculanten betrachtet. Für den Credit der Regierungen ist es von unschätzbarem Werthe.

Schlage bei einer Speculation eher den zu hoffenden Gewinn als den zu besorgenden Verlust zu niedrig an.

Denn man hat bei einem Voranschlage dieser Art sich selbst zu fürchten, d. i. das ungemessene Vertrauen, das der Mensch zu seinem Glücke hat. (Wie könnten sich ohne dieses Vertrauen Lotterien erhalten?) — Besonders denen kann die vorliegende Maxime nicht dringend genug empfohlen werden, welchen von Andern der Vorschlag zu einer Speculation gemacht wird. Diese haben gewöhnlich den Stein der Weisen

gefunden. — Uebrigens kann diese Maxime auf alle Berechnungen der Zukunft ausgedehnt werden.

**Zahle nur gegen Quittung.**

Es ist um Lebens und Sterbens willen! — sagt ein deutsches Sprüchwort. Doch auch unter den Lebendigen ist die Vorsicht, nur gegen Quittung zu zahlen, rathsam. Denn für zwei Dinge hat man ein schwaches Gedächtniss: Dass man schon bezahlt worden ist; — dass man noch nicht gezahlt hat.

Wer sein Geld, ohne zu arbeiten, zu hohen Zinsen benutzen will, leihe es aus; wer sein Geld, ohne zu arbeiten, vermehren will, lege es in Landgütern an.

Seit der Entdeckung Amerika's ist der Werth des Geldes fast stetig gesunken und eben so der Geldpreis der Grundstücke fast stetig gestiegen. Auch angenommen, dass sich die Ausbeute der Gold- und Silber-Bergwerke mit der Zeit vermindern werde, ja schon vermindert habe, so darf man doch der Hoffnung leben, dass, nachdem man gelernt hat, aus Papier Geld zu machen, das Sinken des Geldwerthes auch ferner fort-dauern werde. Wenn daher auch die Grundrente allemal um 1 bis 2 p. C. niedriger steht, als der Zins von einem Kapitale, welches dem Geldwerthe des Grundstückes gleich ist, so steigt doch dieser mit der Zeit, während das auf Zinsen ausgeliehene Geldkapital zwar seinem Nennwerthe nach dasselbe bleibt, aber seinem reellen Werthe nach, (d. i. in Beziehung auf die Möglichkeit, mit demselben andere Brauchlich-



keiten einzutauschen,) sich mehr und mehr vermindert. Ein Grundstück, das vor Jahrhunderten seinen Eigenthümer auf eine anständige Weise ernährte, ernährt ihn auch jezt noch auf dieselbe Weise. Anders verhält es sich mit einem Geldkapitale. — Diese Sätze sind für die Wirthschaftspolitik von hoher Wichtigkeit. Wer z. B. bloß für sich zu sorgen hat, oder bloß für sich sorgen will, — ein Junggeselle also, — wird besser thun, wenn er sein Geld auf Zinsen ausleiht, als wenn er es in Grundstücken anlegt. Dasselbe ist einem Familienvater zu rathen, der eine zahlreiche Nachkommenschaft und nicht ein sehr grosses Vermögen hat. Wer seine Kapitalien ausleiht, bezieht von ihnen in einem gewissen Sinne und Grade Leibrenten.

**Fürchte die Augen der Menschen!**

Sie können dich zu Grunde richten und sie haben schon Viele zu Grunde gerichtet. Aller Prunkaufwand ist ein Opfer, das man ihnen bringt. — Auch die eigenen Augen sind Mäuler. Was man an Andern sieht, will man nachthun.

**Ein guter Herr, ein guter Diener.**

Ein guter Diener ist ein Schatz. Aber Treue und Anhänglichkeit lässt sich nicht erzwingen, sondern nur verdienen. Wer seine Dienstleute als Freunde behandelt, (sie können seine besten Freunde seyn,) braucht dennoch nicht für sein Ansehn zu fürchten. Wer zu befehlen versteht, (eine nicht leichte Kunst!) findet dennoch Gehorsam, und mehr, als ein Anderer, den nur das Glück zum Herrn gemacht hat. (Daher ist es mehr als zweifelhaft, ob es zu billigen sey, wenn

man durch Polizeigesetze eine scharfe Scheidlinie zwischen Dienstherrschaften und Dienstboten zu ziehen sucht.) — Darum ist es so wichtig, wenn man Jemanden in seine Dienste nehmen will, eine gute Wahl zu treffen. Meine Grossmutter, väterlicher Seite, eine sehr wackere Frau, (ihr sey die Erde leicht!) hatte eine eigene Methode, wenn sie eine Magd in ihren Dienst nehmen wollte, diejenigen zu prüfen, welche sich zu dem Dienste meldeten. Sie gab ihnen zu essen. Wie der Mensch isst, so arbeitet er. — Eben so ist es rathsam, mit Dienstboten so selten, als möglich zu wechseln. Darum sprach jene Magd, welcher von ihrer Dienstherrin der Dienst aufgekündigt wurde, ein sinniges Wort, als sie ihr antwortete: „Behalten sie mich immer; eine andere ist noch schlechter, als ich bin“.

#### Ordnung ist die Seele der Wirtschaftlichkeit.

Aber unter dem Gesetze der Ordnung ist sehr viel begriffen; — dass man alles zu seiner Zeit thue; dass man nichts ohne Noth aufschiebe; (was heute noch zu thun, verspare nicht auf morgen!) dass man den Stand seines Vermögens in jedem Augenblicke übersehn könne; dass man seine Wirtschaftspapiere gehörig aufbewahre und sondere; u. s. w.

Man arbeite nicht zu viel. Man gönne sich und Andern auch Feiertage und Feierstunden.

Wir verdanken dem Christenthume auch das, dass es jeden siebenten Tag zu einem Ruhe-



tage geweiht hat. Nach der Arbeit ist gut Ruhen, sagt das Sprüchwort. Aber eben so ist nach der Ruhe gut Arbeiten.

Pflanze viel, baue wenig.

Ein Schottländer gab auf seinem Sterbebette seinem Sohne den Rath, Obstbäume zu pflanzen, wo er sie und so viele er nur pflanzen könne. „Während du schläfst,“ setzte er hinzu, „wachsen sie“ (Doch bräuchst du nicht zu schlafen, damit sie wachsen; — kann man hinzusetzen.) Dass Gebäude nicht wachsen, weiss ein Jeder.

Man verliere nicht gleich den Muth, wenn schwere Zeiten kommen.

Vielleicht wechseln in keinem Geschäfte die guten und die schlimmen Zeiten so häufig, als in dem des Landmannes. Und doch wird man fast immer finden, dass die Natur, was sie mit der einen Hand versagt, mit der andern giebt. Wenn in einem Jahre die Früchte nicht gedeihn, gedeiht desto besser das Futter u. s. w. Auch in den Gewerben, in welchen nur der Mensch und nicht die Natur mit ihm arbeitet, bieten sich fast immer Mittel und Gelegenheiten dar, wenn das eine oder das andere Gewerbe leidet oder eingeht, das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. So verlor in England eine grosse Anzahl Seidenarbeiter ihr Brod, als die Regierung, (durch das Einschwärzen genöthiget,) vor einigen Jahren die auf Seidenwaaren gelegten Einfuhrzölle herabsetzte. Aber bald eröffnete sich ihnen in der Fabrikation von Zeugen, welche aus Baumwolle und Seide gewebt werden, eine neue Erwerbsquelle. — Ich spreche nicht von

den Unglücksfällen, welche nur das eine oder das andere Individuum treffen. Es versteht sich von selbst: Wer alles verloren giebt, hat alles verloren. Wohl dem, der das Talent und den Entschluss hat, wenn es ihm in seinem bisherigen Berufe misslingt, rasch zu einem andern überzugehn. In den Vereinigten Staaten versteht man sich ganz besonders auf diese Kunst. Freilich begünstigen dort die Verhältnisse diese Kunst.

Wer zwei Fliegen mit einem Schlage tödtet, macht einen reinen Gewinn.

Daher ist es rathsam auf einer Lustreise zugleich eine Geschäftssache abzumachen. — Tacitus (*Germ. c. 22.*) entwirft zwar von den Trinkgelagen unserer Voreltern nicht gerade ein reizendes Bild. Doch fügt er hinzu: „Aber auch über Feinde, die mit einander ausgesöhnt- über Heirathen, die gestiftet- über die Vorsteher, die gewählt werden sollen, endlich über Krieg und Frieden berathen sie sich meistens bei diesen Gelagen; als ob das Gemüth zu keiner Zeit weder für aufrichtige Gedanken offener sey, noch für grosse mehr erglühe. Diese Menschen sind ohnehin nicht verschlagen oder verschmitzt; die Ungebundenheit des Orts enthüllt noch überdies die Geheimnisse der Brust. Was sie so offen und ohne Hehl besprochen haben, wird des folgenden Tages von neuem in Erwähnung gezogen. Und das eine und das andere hat seinen Zweck. Sie berathen sich, wenn sie sich nicht zu verstellen wissen; sie fassen den Beschluss, wenn sie vor einem



Irrthume sicher sind.“ Wir wollen diese gute alte deutsche Sitte nicht abkommen lassen.

Wer da will, dass das, was er sauer verdient und mühsam erspart hat, nicht von seinem Sohne leichtsinnig verthan werde, der gebe diesem frühzeitig Geld in die Hände.

Nur zu oft hat ein guter Wirth einen Verschwender zum Sohne. Noch weniger ist auf den Enkel zu rechnen. Denn nur der kennt den Werth des Geldes, der das Geld erworben hat. Ererbtes Gut gleicht einem Lotteriegewinne; wie gewonnen, so zerrinnt es. (Daher die vielen Gesetze, welche erworbenen Reichtum gegen die Unwirthschaftlichkeit der Nachkommen sichern oder zu sichern gestatten. Jedoch Gesetze dieser Art haben, schon in wirthschaftlicher Hinsicht, erhebliche Gründe gegen sich.) — Nun kann man zwar die Frage: Was muss ein Vater thun, damit ihm der Sohn in der Wirthschaftlichkeit nacharte? kurz mit der Antwort abfertigen: Er muss ihn gut erziehn. Aber eine Erziehung kann im allgemeinen gut zu nennen seyn, und dennoch dem besondern Zwecke, das Kind zu einem guten Wirthe zu bilden, nicht entsprechen. Das kann um so mehr der Fall seyn, da einerseits der Sohn nicht immer zu beurtheilen vermag, was und wie viel der Vater arbeite und schaffe, und da andererseits Eltern geneigt sind, ihre Kinder für einen höheren oder weniger beschwerlichen Stand, als der ihrige ist, zu erziehn. (Auf dem Lande, wo sich die Verhältnisse in der einen und in der andern Beziehung anders zu stellen

pflegen, ist daher der Fall weit seltener, dass die Kinder ihren Erbtheil verschwenden.) Da giebt nun die obige Maxime ein treffliches Mittel an die Hand, in den Kindern den Sinn für Wirthschaftlichkeit zu wecken. So wirksam ist dieses Mittel, dass man es mit grosser Behutsamkeit anzuwenden hat, um das Kind nicht geizig zu machen. Die Wirksamkeit dieses Mittels beruht darauf, dass der beste Unterricht der ist, den der Mensch der Erfahrung, — dem Gebrauche, den der Mensch von seiner Freiheit macht, — verdankt.

Nach dem Gesetze, dass keine Wirkung ohne Ursache ist, erinnert die vorliegende Maxime an ein anderes Kapitel der Wirthschaftspolitik, an das Kapitel von dem ökonomischen Freierrnanne und dem ökonomischen Ehemanne. Jedoch, da ich wünschte, dass mein Aufsatz auch von Frauen gelesen werden möchte, so will ich dieses Kapitel Andern zu bearbeiten überlassen. Doch mag der Rathschlag hier eine Stelle finden, dass es allemal gut ist, wenn man sich verheirathen will, einen Rechtsgelehrten zu Rathe zu ziehn, — nicht über die Frage, ob und wen man heirathen soll, sondern über die, wie es wegen der Abschlissung eines Heirathsvertrages zu halten sey. Doch muss der Rathgeber nicht blos Rechtsgelehrter, sondern zugleich Kenner des menschlichen Herzens seyn. Ein Vertrag dieser Art kann so gefasst seyn, dass er, aus dem Standpunkte der Wirthschaftspolitik betrachtet, alles Lob verdient, und dennoch taugt er nichts, wenn er den häuslichen Frieden stört. Sind beide Theile arm, so bedürfen sie dieser Weiterungen



nicht. Wer nichts hat, ist überhaupt in mehr als einer Hinsicht ein glücklicher Mensch.

---

## SIEBENTE ABHANDLUNG.

---

### Auch ein Wort über den Preussischen Mauthverein.

Eine der wichtigsten Begebenheiten des Tages, vielleicht die wichtigste, ist für uns Deutsche die Abschliessung des Mauthvereines, welcher jezt die grosse Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten und ihrer Bevölkerung umfasst. Kein Wunder, wenn diese Begebenheit die Bewohner der unter dem Vereine begriffenen Länder mehr oder weniger aufgeregt hat. Ein Jeder, er mag etwas im Vermögen haben oder nichts, wird in diesen Ländern durch das Zollsystem, welches dem Vereine zum Grunde liegt, freundlich oder unfreundlich berührt. Ein Jeder ist Parthei oder Richter in der eigenen Sache. Auch diejenigen, welche sich über den Verein in Schriften geäußert haben, ist es nicht immer gelungen, sich von der Aufregung des Augenblicks frei zu erhalten. Indem sie über den Verein schreiben wollten, haben Mehrere entweder für oder gegen den Verein geschrieben. Daran hatte auch der heutige Stand der Staatswirthschaftslehre seinen Antheil. In ihm wiederholt sich der allgemeine Kampf zwischen der alten und der neuen Zeit.

Auch von mir kann ich nicht sagen: *Sine studio et ira, quorum causas procul habeo*. Doch giebt es eine Unpartheilichkeit, auf welche derjenige Anspruch machen kann, der Gründe hat, sowohl für die eine als für die andere Meinung Parthei zu nehmen. Eine noch bessere Schutzwehr gegen Partheilichkeit ist das Streben, eine Partheisache wissenschaftlich zu behandeln.

---

Man hat, was den vorliegenden Gegenstand betrifft, zwei Dinge wohl zu unterscheiden, — den Preussischen Zolltarif und den Verein, zu Folge dessen auf der den Staaten des Vereines gemeinschaftlichen Grenze ein Zoll nach Massgabe jenes Tarifs erhoben wird, — das System des Vereines an sich und die Ausführung des Systemes mittelst einer unter der Mehrzahl der deutschen Staaten getroffenen Vereinigung. (Man kann alle unter dem Vereine begriffene Länder beziehungsweise als ein Land und in Verhältniss zu den unter dem Vereine nicht begriffenen Ländern als das Inland betrachten. In dieser Bedeutung werden auch die Worte: Inland, Ausland, in der Folge gebraucht werden.) Jener Tarif ist zwar das Grundgesetz des Preussischen Mauthvereines. Aber derselbe oder ein ähnlicher Tarif kann auch von einem einzelnen Staate in Kraft gesetzt werden; und mehr als ein Europäischer Staat, z. B. Frankreich, auch Oesterreich, befolgt das System, auf welchem der Preussische Zolltarif beruht. Die Gründe, welche für oder wider dieses System sprechen, sprechen auch für oder wider den Verein. Gleich-



wohl kann der Verein, weil und in wie fern er dieses System zur Grundlage hat, seine ihm eigenthümlichen Vortheile oder Nachtheile haben, oder auch die Vortheile oder Nachtheile, welche das System an sich hat, steigern oder mindern.

Es zerfällt daher die vorliegende Abhandlung in zwei Hauptabschnitte. In dem ersten wird von dem Systeme, welches dem Preussischen Zolltarife und mit diesem dem Vereine zum Grunde liegt, an sich oder im allgemeinen, (wenn auch mit besonderer Rücksicht auf die Modifikationen, mit welchen es das Gesetz des Vereines ist,) in dem zweiten Abschnitte aber von dem Vereine gehandelt werden, mittelst dessen die Mehrzahl der Deutschen Staaten über eine ihnen gemeinschaftliche Zollgrenze übereingekommen ist, auf welcher ein Zoll nach jenem Systeme, so wie dieses von dem Preussischen Tarife modificirt worden ist, auf gemeinschaftliche Rechnung erhoben wird. (Hätte man diese Verschiedenheit der Standpunkte, von welchen aus der Preussische Mauthverein beurtheilt werden kann und zu beurtheilen ist, immer beachtet, vielleicht würde der Streit über den Werth des Vereines ruhiger geführt und bei demselben das *Suum cuique* besser beobachtet worden seyn.)

Wenn ich auch bemüht seyn werde, den Tarif seinem ganzen Inhalte und Geiste nach in Betrachtung zu ziehn, so werde ich doch das, was er über die Transit- oder Durchfuhr-Zölle festsetzt, mit Stillschweigen übergelassen. Diesem Gegenstande könnte nur in einer

Stadtbibliothek Kiel  
Seminar  
an der Universität Kiel

sondern Abhandlung einige Genüge geleistet werden.

Uebrigens werde ich, da die vorliegende Aufgabe schon so oft in öffentlichen Berathungen und in Druckschriften erörtert worden ist, um so mehr auf die Abkürzung des Vortrages Bedacht nehmen. Eben so werde ich, um dem Titel dieser Abhandlungen nicht untreu zu werden, das System und den Verein allein oder vorzugsweise aus dem Standpunkte der Staatswirthschaftslehre in Betrachtung ziehn. Aus demselben Grunde wird die moralische Seite des Systemes sogar gänzlich unberührt bleiben; wenn auch die Frage: Welchen Einfluss hat eine Massregel der Regierung auf die Sittlichkeit des Volks? an sich nicht reiflich genug erwogen werden kann.

#### *Charakterisirung des Systemes.*

Die ersten Spuren einer Regierungsweise, welche man allenfalls mit dem Namen einer nationalwirthschaftlichen Politik bezeichnen kann, finden sich in der Geschichte der Völker deutschen Ursprungs zu der Zeit, da bei diesen Völkern Städte entstanden. Der Grundsatz dieser Politik war die Begünstigung der städtischen Gewerbe. Es wurden den Städten von der Regierung des Landes, — in Deutschland von dem Kaiser und beziehungsweise von den Landesherren, — Privilegien verliehen, welche ihnen den ausschliesslichen Betrieb der Fabrikation, (der Handwerke,) und der Handlung zusicherten. Gegen die Concurrenz auswärtiger Fabrikanten und Handelsleute



waren die Stadtbürger nur in einem gewissen Grade — durch den Zunftzwang — geschützt. Weniger machte man, um ihnen diesen Schutz zu gewähren, von Zöllen und namentlich von Grenzzöllen Gebrauch; am wenigsten in Deutschland, da das Verfassungsrecht des deutschen Reichs einer planmässigen Regulirung der Zölle im Wege stand. (Das Zollrecht war ein kaiserliches Reservatrecht.) Auch wurde die Strenge des Zunftzwanges durch die Jahrmärkte und Messen gemässigt. — Eine ausführlichere Darstellung dieser Politik, ihrer Ursachen und ihrer Folgen findet man in A. Smiths unsterblichem Werke: „Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichthumes,“ im dritten Buche. (Dieses Buch hat die Aufschrift: Von den verschiedenen Fortschritten verschiedener Nationen in Erwerbung des Reichthumes. Erstes Hauptstück. Von der natürlichen Vermehrung des Reichthumes bei einer Nation. Zweites Hauptstück. Von den Ursachen, die in dem ehemaligen Zustande von Europa, nach dem Falle des römischen Reichs, von dem Ackerbaue abschreckten. Drittes Hauptstück. Von dem Ursprunge und dem Wachstume der Städte, nach dem Falle des römischen Reichs. Viertes Hauptstück. Wie der in den Städten aufblühende Handel dazu beitrug, den Landbau zu vervollkommen. — Das ganze Buch verdient gerade jetzt gelesen und beherziget zu werden.)

Dieser Politik blieben die Europäischen Regierungen während des ganzen Mittelalters treu. Erst gegen das Ende des fünfzehnten Jahrhunderts und zum Theil erst im sechzehn-

ten Jahrhunderte setzten sie an die Stelle dieser Politik eine andere und künstlichere. Von nun an richteten die Regierungen die Politik, die sie bisher im Inlande zu Gunsten der Städte befolgt hatten, auch gegen das Ausland; die Stadtwirthschaft, d. i. die Art, wie die Städte für ihren Wohlstand bisher gesorgt hatten, wurde das Muster für die Vorsorge, welche die Regierung für den Wohlstand des Landes trugen. Die Städte behielten nicht nur die Vorrechte, welche sie bisher im Verhältnisse zum Lande gehabt hatten, sondern sie wurden noch überdies im Verhältnisse zum Auslande durch neue Vorrechte begünstiget. Das Streben der Regierungen gieng dahin, den inländischen Fabrikanten und Handelsleuten nicht nur im Inlande gegen die Concurrenz des Auslandes Sicherheit zu gewähren, sondern ihnen auch im Auslande das Uebergewicht im Handel und Wandel zu verschaffen. Die Mittel waren hohe Einfuhrzölle, auch wohl Verbote, gewisse Waaren ins Land einzuführen, Premien, die auf die Ausfuhr inländischer Fabrikate gesetzt wurden, u. s. w. Dagegen wurde in dem Interesse der Producenten, z. B. der Landwirthe, selten oder nie eine Massregel dieser Art von den Regierungen ergriffen; eher geschah es, dass man das Interesse der Producenten dem der Fabrikanten aufopferte. — Ihre vollständige Ausbildung erhielt diese Politik im siebenzehnten Jahrhunderte. Sie behauptete ihre Alleinherrschaft bis gegen das Ende des leztverflossenen Jahrhunderts.

Der Hauptgrund, welcher im Mittelalter



die europäischen Regierungen bestimmt hatten, für die Städte Parthei zu nehmen, lag in der damaligen Verfassung der europäischen Staaten. Ueberall hatte das Königthum mit einer mächtigen Aristokratie zu kämpfen. In diesem Kampfe wurden die Städte von den Regierungen — und mit gutem Grunde — als Bundesgenossen behandelt. Auch zogen die Regierungen von dem Aufblühen der Städte den Vortheil, dass sie ihren Geldbedürfnissen, durch die Besteuerung der städtischen Gewerbe, leichter und reichlicher abhelfen konnten. — Dieselben Ursache hatten auch auf die volkswirthschaftliche Politik Einfluss, welche die europäischen Regierungen in den folgenden Jahrhunderten beobachteten. Wenn sich jedoch der Gesichtskreis dieser Politik seit dem sechszehnten Jahrhunderte erweiterte, so waren die Ursachen dieser Veränderung der Macht- und Handelsneid, welcher sich der europäischen Völker bemächtigte, — die Rückwirkung, welche die Entdeckung eines neuen Welttheiles und die eines neuen Seeweges nach Ostindien, sammt dem Kolonialsysteme der Seemächte, auf den Handelsverkehr unter den europäischen Völkern hatte, — endlich der Geist, in welchem nun die Staatswirthschaftslehre behandelt wurde. Diese Wissenschaft, welche in dem Mittelalter kaum dem Namen nach bekannt gewesen war, verwandelte die Maximen der Praxis in ein System und gelangte so zu Folgerungen, welche wieder von der Praxis zur Vervollständigung ihrer Maximen benutzt wurden.

Jedoch dieselbe Wissenschaft erfuhr in der Mitte und in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts eine wesentliche Umgestaltung;

sie kündigte in ihrer neuen Gestalt der bisherigen volkwirtschaftlichen Politik der Europäischen Regierungen den Krieg an. Die Schule A. Smith's predigte, in Uebereinstimmung mit der der Physiokraten, allgemeine Freiheit des Handels und der Gewerbe. Kein Wunder, wenn die neue Lehre nicht sofort bei den Regierungen Eingang fand, wenn sie bis auf diesen Tag fast nirgends vollständig in Ausübung gesetzt worden ist. *In mundo non datur saltus.* Man hatte sich schon für ein anderes System entschieden. Im Leben kann und darf man nicht so leicht, wie in der Wissenschaft, von einem Systeme zum andern übergehn. Auch lassen sich die Grundsätze der Staatswirtschaftslehre nicht zu der Evidenz erheben, durch welche sich die Grundsätze der Mathematik Eingang verschaffen; wenn schon die Naturgesetze, nach welchen der Wohlstand der Nationen steigt oder fällt, an sich nicht weniger allgemeingültig seyn möchten, als die Gesetze, nach welchen z. B. die Himmelskörper sich bewegen.

Gleichwohl hat dieser Kampf zwischen der Theorie und der Praxis schon jezt die Folge gehabt, dass mehrere Europäische Regierungen das Nationalvermögen nach einem andern Systeme, als vormals, bewirthschaften; nach einem Systeme, welches in der einen Beziehung der alten- in der andern Beziehung der neuen Welt angehört. Ein Staat, welcher dieses System in seiner ganzen Konsequenz aus- und durchgeführt hat, ist Frankreich. Dasselbe System liegt dem Preussischen Tarife zum Grunde. Ich will jezt dieses System seinen Hauptsätzen nach, und



zwar so darstellen, wie es in dem Preussischen Zolltarife durchgeführt ist. (Denn, wenn auch dieses System von mehreren Staaten befolgt wird, so ist es doch in dem einen Staate so in dem andern anders modificirt. Nach dem Zwecke der vorliegenden Abhandlung aber sind vorzugsweise die Modificationen in Betrachtung zu ziehn, mit welchen es in jenem Tarife angenommen worden ist.) 1) Im Inlande ist vollkommene Erwerbsfreiheit die Regel. In so fern also huldigt dieses System der heutigen Theorie der Staatswirthschaftslehre. (Zwar hat der Preussische Mauthverein nur den Zweck, den Handelsverkehr, und nicht den Erwerb überhaupt, im Inlande frei zu geben. Der Verein ist nur gegen die Binnenzölle gerichtet. Aber die Gründe, welche für die Freiheit des Handelsverkehrs sprechen, sprechen auch für die Freiheit des Grundeigenthumes, sprechen auch gegen den Zunftzwang. Auf jeden Fall sind, wenn einer der grösseren Staaten oder wenn einige Staaten des Vereines den vorliegenden Grundsatz vollständig durchgeführt haben, die übrigen so lange im Nachtheile, als sie nicht dem Beispiele folgen.) — 2) Die Natur- und die Kunsterzeugnisse des Inlandes können in der Regel zollfrei ausgeführt werden. Auch in so fern huldigt das System der heutigen Theorie der Staatswirthschaftslehre, dem Grundsätze der Erwerbsfreiheit. (Diese Regel ist eine Eigenthümlichkeit desjenigen Systemes, welches dem Preussischen Zolltarife zum Grunde liegt. Den Britischen und den Französischen Zollgesetzen ist sie unbekannt. Sie steht, als eine Eigenthümlichkeit des Preussischen Zolltarifs,

hauptsächlich mit dem Reichthume des Inlandes an Naturproducten im Zusammenhange. Sie ist zwar — in dem Interesse der Fabrikation — durch einige Ausnahmen beschränkt; doch nur mittelst sehr mässiger Zollansätze.) — 3) Auf die Waareneinfuhr, ins besondere auf die Einfuhr der Fabrikate, ist in der Regel ein Zoll gesetzt, dessen Betrag, bei einer jeden einzelnen Art der Waaren, im Verhältnisse mit der Nothwendigkeit steht, die Producenten, und ins besondere die Fabrikanten des Inlandes gegen die Concurrenz des Auslandes zu schützen. In so fern ist das System, dem Grundsätze nach, nicht von dem der Vorzeit verschieden. Jedoch wird dieser Grundsatz, nicht nur in seiner Anwendung auf einzelne Zollansätze, sondern auch als Regel, von den neueren Zolltarifen und namentlich von dem Preussischen Tarife so modificirt, dass er dennoch nicht ganz zu denselben Resultaten, wie vormals, führt. Denn, z. B. der Preussische Tarif hat zwar vorzugsweise das Interesse der Fabrikation ins Auge gefasst; jedoch deswegen nicht das Interesse der Production ausser Acht gelassen. Eben so ist dieser Tarif nicht auf das Interesse der Städte, sondern nur auf das Interesse der so genannten städtischen Gewerbe berechnet. — Endlich 4) wird nach dem Preussischen Tarife von gewissen Waaren, die man zu den Luxus - Artikeln zu rechnen pflegt, — namentlich von Zucker und Kaffee, — ein sehr hoher Eingangszoll erhoben, wenn auch selbst bei diesen Zollansätzen das Interesse der inländischen Production berücksichtigt worden ist. (Vom raffinirten und vom Koch-



zucker ist der Centner mit 18 fl. 45 kr. vom Rohzucker und Schmelzlumpen für inländische Siedereien ist der Centner mit 8 fl. 32 kr., vom Kaffee und von Kaffesurrogaten ist der Centner mit 11 fl. 21 $\frac{1}{4}$  kr. zu verzollen.) Auch in den Zolltarifen anderer Staaten, welche dasselbe System befolgen, findet man, dass Waaren dieser Art mit sehr hohen Einfuhrzöllen belegt sind.

Indem ich jezt zu den Gründen fortgehe, welche für dieses System angeführt worden sind oder angeführt werden können, werde ich dasselbe nur in der Richtung in Betrachtung ziehn, in welcher es die Freiheit der Einfuhr beschränkt. (Satz 3 und 4.) In wie fern es dem Grundsatz der Erwerbsfreiheit huldiget, (Satz 1 und 2,) kann über den Werth desselben nur eine Stimme seyn. Eben so werde ich bei der Darstellung jener Gründe das in Frage stehende System vorzugsweise so, wie es von dem Preussischen Zolltarife angenommen und modificirt worden ist, und mit Rücksicht auf den ökonomischen Zustand der deutschen Staaten, ins Auge fassen.

Gründe, welche für das in Frage stehende System angeführt worden sind, welche aber von der Art seyn möchten, dass sie auch gegen dieses System gerichtet werden könnten.

Es gab eine Zeit, da in Europa die ganze Weisheit der Staatswirths auf die Maxime hinauslief, das Geld im Lande zu erhalten und

zu vermehren. Das war die Zeit, wo sich alle Europäische Regierungen einer für ihr Land günstigen Handels-Balance rühmten. Ueberall Gewinn; wer mochte wohl der verlierende Theil seyn? In allen Ländern vermehrte sich von Jahr zu Jahr das baare Geld; wo mochte es wohl am Ende hinkommen? — Nun wird man zwar schwerlich gemeint seyn, diese Maxime auch jetzt noch und, mit derselben, die Beschränkung der Waareneinfuhr zu vertheidigen. Gleichwohl kleidet man diese Maxime nur in ein anderes Gewand ein, wenn man den Wohlstand eines Landes dadurch zu befördern glaubt, dass man die inländische Industrie durch hohe Einfuhrzölle begünstiget oder in Schutz nimmt. Noch immer will man verhindern, dass man im Auslande kaufe, was im Inlande producirt oder fabricirt werden kann. Noch immer vergisst man, dass der Handel, im Grossen wie im Kleinen, nur ein durch Geld vermittelter Tausch sey. Noch immer nöthiget man die Konsumenten, das theurer im Inlande zu kaufen, was wohlfeiler im Auslande zu haben ist. Noch immer setzt man das Interesse des Landbaues dem der Fabrication nach. Und ist nicht dennoch der Landbau dasjenige Gewerbe, welches, indem mittelst desselben mehr Lebensmittel gewonnen werden, als die Arbeiter verzehren, einen jeden andern Erwerb allererst möglich macht? — Mit allen diesem soll hier nur so viel gesagt werden, dass, wenn man hohe Einfuhrzölle, (nenne man sie auch Schutzzölle,) als Mittel vertheidige, den Wohlstand eines Landes zu vermehren, dieser Grund wenigstens sehr



zweideutiger Art sey; dass man so das in Frage stehende System auf einen Grund baue, über dessen Haltbarkeit sowohl Theoretiker als Praktiker nichts weniger als einverstanden sind. Eine ausführlichere Darstellung oder Prüfung dieses Grundes würde hier nicht an ihrem Orte seyn. Hier steht eine Theorie der andern gegenüber; (*contra negantem principia non est disputandum*;) die eine und die andere beruft sich auf Thatsachen, wenn auch nur die eine dieser Theorien die Macht hat, die Wirkungen, auf welche sie sich beruft, unmittelbar hervorzu- bringen. — Doch sey es mir erlaubt, Einiges über die Lage hinzuzufügen, in welche der Landmann durch den Preussischen Zolltarif versetzt wird. (Dem Landmanne fehlt es nur zu oft an einem Sachwalter, wenn der beredtere Städter sein Interesse geltend macht.)\*) Der Landmann ist unter der Herrschaft dieses Tarifs der verlierende Theil, weil durch den Tarif der Arbeitslohn gesteigert wird; und zwar nicht deswegen gesteigert wird, weil der Landbau- sondern deswegen, weil die Fabrikation mehr Hände, als bisher, beschäftigt. Er ist der verlierende Theil, weil er, um die durch den Tarif im Preise gesteigerten Waaren einzutauschen, von den Erzeugnissen des Landes mehr aufwenden muss, als er ohne den Tarif aufzuwenden genöthiget wäre. Er ist der ver-

---

\*) Streng genommen sollte hier noch zwischen der Grundrente und den Zinsen des Wirthschaftskapitales — zwischen dem Grundeigenthümer und dem Pächter — unterschieden werden. Jedoch in den meisten Fällen sind beide, der Grundeigenthümer und der Pächter, in gleichem Grade theilhaftig.

lierende Theil, weil der Tarif, indem er die Gelegenheiten, Kapitalien nutzbar anzulegen, vermehrt, den landüblichen Zinsfuss erhöht und so den Kapitalwerth der Landgüter verhältnissmässig herabsetzt (Z. B. A hat ein Landgut, von welchem er jährlich eine Rente von 120 fl. bezieht, als der Zinsfuss auf 4 p. C. stand, für 4000 fl. oder zu 3 p. C. gekauft. Der Zinsfuss wird in der Folge durch die Einführung des Tarifs auf 5 p. C. erhöht. A wird nun für das Landgut, wenn er es verkauft, nur 3000 fl. erhalten.) Er ist aus demselben Grunde auch in so fern der verlierende Theil, als er nun die Kapitalien, die er zur Bewirthschaftung des Grundstückes aufnimmt, höher zu verzinsen hat, als sie sich ihm verzinsen. Nun gereicht zwar der Tarif dem Landmanne in so fern zum Vortheile, als er die Bevölkerung und mit dieser den Preis des Lebensmittel vermehrt; und eben so in so fern, als er die Einfuhr gewisser Naturprodukte mit hohen Zöllen belegt. Allein, so wie der erstere Vortheil den Verlust keinesweges ersetzt, so kommt der letztere Vortheil nur gewissen Gegenden zu statten. Um das gestörte Gleichgewicht wenigstens in einem gewissen Grade wiederherzustellen, bleibt ihm nur das übrig, entweder den Landbau fabrikmässig zu betreiben, (was freilich nur in der Macht der grossen Grundeigenthümer steht,) oder sich der Production solcher Naturerzeugnisse zu befleissigen, deren die begünstigte Fabrikation des Inlandes bedarf. Durch eine Kornbill könnte dem Landmanne, bewandten Umständen nach, nicht geholfen werden; auf jeden Fall möge uns der Himmel vor dieser Hülfe bewahren. (Wenn in Preussen von den Grundeigenthümern, ins be-



sondere von den Rittergutsbesitzern, über den Druck der Zeiten geklagt wird, wenn in demselben Reiche das System der Pfandbriefe noch neuerlich neuen Boden gewonnen hat, — darf man nicht annehmen, dass an diesen und ähnlichen Thatsachen auch der Tarif seinen Antheil habe? Auch in England klagt der Landmann — *the landed interest* — über die hohen Einfuhrzölle, welche der inländischen Fabrikation zu statten kommen, ungeachtet er selbst — durch die Kornbill — wegen der Erzeugnisse gegen die Konkurrenz des Auslandes geschützt ist. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die erste Kammer des Grossherzogthums Baden dem Vortrage, durch welchen die Regierung dem Preussischen Manuthvereine beigetreten ist, einstimmig ihre Zustimmung ertheilte.)

Jedoch, man stützt das System, nach welchem die Industrie des Inlandes durch hohe Einfuhrzölle zu begünstigen ist, noch auf einen andern — wenn auch nur bedingungsweise gültigen — Grund. Man behauptet, dass, wenn einige Europäische Regierungen dieses System befolgen sollten, (wie es denn von der Mehrzahl der Europäischen Regierungen befolgt werde,) die Vorsorge für den öffentlichen Wohlstand auch den übrigen Regierungen die Pflicht auflege, dasselbe System anzunehmen. So scheinbar auch dieser Grund ist, so lässt sich doch demselben entgegen, dass eine Regierung, welche in dieser Beziehung dem Beispiele anderer Regierungen folgt, den Wohlstand des Landes nicht befördere, sondern benachtheilige. Denn, man kann es nicht oft genug wiederholen, der Handelsverkehr ist nur ein Tauschverkehr. Wenn daher in

irgend einem Lande die Waareneinfuhr durch hohe Zölle erschwert wird und in einem andern Lande dieselbe Massregel ergriffen wird, so hat das wesentlich die Folge, dass jenes Land aus diesem nicht mehr so viel Waaren beziehen kann, als es, wenn die Erwidderung unterblieben wäre, noch immer aus demselben bezogen haben würde. Denn nun kann jenes Land noch überdies nicht weiter oder nicht mehr in demselben Masse von den Tauschmitteln Gebrauch machen, mit welchen es sonst noch immer im Stande gewesen seyn würde, die Waare dieses Landes, die der Tarif der eigenen Regierung einzuführen gestattet hatte, einzutauschen, d. i. zu bezahlen. — Man kann übrigens dem vorliegenden Vertheidigungsgrunde noch eine andere Wendung geben, welche hier um so weniger übergangen werden darf, da sie das Gewicht jenes Grundes zu verstärken scheint. Eine bürgerliche Gesellschaft kann in Beziehung auf die Bewirthschaftung ihres Vermögens mit einer Familie verglichen werden. Wie in der Regel diese nicht ökonomisch verfahren würde, wenn sie alles, was sie braucht, selbst producirt und fabricirt, so auch jene. Wie aber? wenn die Familie Bedürfnisse kennen gelernt hat, die ihr unentbehrlich geworden sind, und nun diejenigen, von welchen sie die Brauchlichkeiten, mit denen sie bisher diese Bedürfnisse befriedigte, bisher bezog, die Brauchlichkeiten nicht weiter annehmen wollen, gegen welche sie jene bisher eintauschte, — muss nicht der Familienvater Vorkehrungen treffen, dass jene Brauchlichkeiten von nun an von den Seinen erzeugt oder verfertigt wer-



den? Und befinden sich nicht die deutschen Staaten in demselben Falle, nachdem z. B. Grossbritannien den Früchten, dem Hauptzeugnisse des deutschen Landes, seine Häfen verschlossen hat? Aber auch so gestellt dürfte der Grund nicht unwiderlegbar seyn. Was der Familienvater zu thun hat, darf und soll deswegen nicht auch der Verwalter des Volksvermögens thun. Dieser kann sich vielmehr auf die Vorsicht der einzelnen Familienväter verlassen. Setzt er sich an deren Stelle, so läuft er Gefahr, nur übel ärger zu machen. Das Kaufen, (das Eintauschen,) verbietet sich von selbst, wenn man nichts hat, womit man zahlen kann. Aber ehe es dahin kommt, werden die Landeseinwohner schon auf andere Auskunfts Mittel Bedacht genommen haben. Ueberdies aber verliert man sich gar leicht ins Reich der Möglichkeiten, wenn man hohe Einfuhrzölle mit diesem Grunde vertheidiget.

Eben so wenig dürfte auf einen andern Grund, welchen man für den in Frage stehenden Tarif angeführt hat, ein entscheidendes Gewicht zu legen seyn, — dass er den Spekulations- und Unternehmungsgeist wecke oder steigere. Allerdings hat er unmittelbar die Folge, dass er neue Gewerbs-Unternehmungen und Anstalten ins Leben ruft, dass er den Handel in neue Wege leitet. Aber, indem er die Fabrikanten des Inlandes der Mühe überhebt oder ihnen wenigstens die Mühe erleichtert, mit den Fabrikanten des Auslandes zu wetteifern, kann er leicht oder wird er fast unausbleiblich der Triebfeder dieses Wettseifers ihre Spannkraft entziehn. Denn der beste Spe-

kulant ist die Noth! Allerdings scheint der Preussische Tarif, indem er die Waarenausfuhr fast gänzlich frei lässt, den Spekulationen des inländischen Kaufmannes einen unermesslichen Spielraum zu eröffnen. Aber, was kann man vertauschen, wenn man nichts eintauschen will?

Man wird das in Frage stehende System nicht mit dem Grunde vertheidigen wollen, dass es zur Vermehrung der Bevölkerung beitrage. Allerdings hat es diese Folge. Aber in den Deutschen und in den meisten europäischen Staaten vermehrt sich ohnehin die Bevölkerung rasch genug. Europa leidet eher an Uebervölkerung als an Entvölkerung. — Jedoch, man kann das System in seiner Beziehung auf den Stand der Bevölkerung noch von einer andern Seite betrachten. Es giebt nun einmal in den meisten europäischen Staaten eine überschüssige Bevölkerung. Soll nicht also ein jeder Staat, der sich in dieser Lage befindet, vor allen Dingen trachten, seine überschüssige Bevölkerung auf eine nutzbare Weise zu beschäftigen? Man kann diese Frage nur bejahen. Aber auf der andern Seite ist in Erwägung zu ziehn, dass das Mittel zugleich seinem Zwecke entgegenarbeite. Zwar anfangs wird ein Gesetz, welches die Einfuhr mit hohen Zöllen belastet, die Folge haben, dass es der überschüssigen Bevölkerung oder einem Theile derselben Arbeit verschafft. Es wird in den ersten Zeiten wie eine Armensteuer wirken, welche für den Augenblick der Noth der Armuth abhilft. Aber mit der Zeit beschleuniget es die Zunahme der Bevölkerung, vermehrt es also das Uebel, dem es steuern sollte. Und, wenn man auch nur den



physischen Zustand der Fabrikarbeiter berücksichtigt, so ist eine Zunahme der Bevölkerung, welche aus der Begünstigung der Fabrikation entsteht, am wenigsten wünschenswerth. (Hier nur folgende Thatsachen, die ich aus der *Revue Britannique* entlehne. In den ackerbautreibenden Grafschaften Englands hat sich die Bevölkerung in einem weit geringeren Verhältnisse vermehrt, als in denen, in welchen die Fabrikation das Uebergewicht hat. Z. B.

Jahre.	Norfolk. (Ackerbau.)	Lancashire. (Fabrikation.)
1700.	210,000 Einw.	166,200 Einw.
1750.	215,000	297,400
1801.	273,371	672,731
1811.	291,999	828,309
1821.	344,368	1,052,859
1831.	390,000	1,335,800

Also, in Norfolk hat sich in diesem Zeitraume die Bevölkerung nur ohngefähr verdoppelt, in Lancashire aber ohngefähr um das neunfache vermehrt. — Aber wie steht die Sterblichkeit?

Es stirbt:

In den ackerbauenden Grafschaften:					Einwohner:	
Glocester	-	-	-	-	1 von	61
Hereford	-	-	-	-	1 -	63
Monmouth	-	-	-	-	1 -	70
Suffolk	-	-	-	-	1 -	67
Sussex	-	-	-	-	1 -	72
Wilts	-	-	-	-	1 -	66
					Mittel	67

In den fabricirenden Grafschaften:					Einwohner:	
Cheshire	-	-	-	-	1 von	55
Lancashire	-	-	-	-	1 -	55
Middlesex	-	-	-	-	1 -	47
Staffordshire	-	-	-	-	1 -	56
Warwickshire	-	-	-	-	1 -	52
Yorkshire	-	-	-	-	1 -	60
					Mittel	53

Besonders bedauernswerth ist das Schicksal der

Kinder in den fabricirenden Grafschaften, so sehr sich auch die Gesetze dieser Kinder angenommen haben. In Manchester fanden sich unter 350 Kindern, die in den Fabriken arbeiteten, 73 kranke, 134 mittelmässig gesunde und nur 143 vollkommen gesunde Kinder, unter 350 Kindern, welche in den Fabriken nicht arbeiteten, 21 kranke, 88 mittelmässig gesunde und 241 vollkommen gesunde Kinder.)

Endlich hat man die Gesetze, welche in dem Interesse der inländischen Industrie die Waareneinfuhr mit hohen Zöllen belegen, auch mit dem Grunde vertheidiget, dass man sie nur als transitorische Gesetze zu betrachten habe. Man hat diesem Vertheidigungsgrunde drei verschiedene Wendungen gegeben. Erstens die, dass das System, auf welchem eine solche Gesetzgebung beruhe, wenigstens des Versuches werth sey, dass man aber diesen Versuch, wenn er misslingen sollte, wieder aufgeben könne und werde. Zweitens die, dass eine Gesetzgebung dieser Art ihrem Wesen nach zur Freiheit des Handelsverkehres mit dem Auslande führen müsse, indem sich die inländische Industrie, unter dem Schutze hoher Einfuhrzölle, mit der Zeit zu einer Höhe erheben werde, auf welcher sie dieses Schutzes nicht mehr bedürfe. Drittens die, dass ein Staat, der dieses System annimmt, andere Staaten, welche das gleiche oder ein ähnliches System befolgen, nöthigen könne und werde, dasselbe in dem eigenen Interesse aufzugeben oder zu mildern. — Das erste von diesen Vertheidigungsmitteln möchte am wenigsten eine Prüfung bestehn können. Das ist eben die Gefahr, welcher sich ein Staat durch eine Gesetz-



gebung dieser Art aussetzt, dass er von der einmal betretenen Bahn nicht leicht wieder abgehn kann. Denn es lehnen sich an eine solche Gesetzgebung so viele und mannigfaltige Privatinteressen an, dass man den Erwerb und den Wohlstand vieler Tausende erschüttert, wenn man das System wieder aufgeben will. Die Britische und die Französische Regierung, beide in den neueren Zeiten bemüht, das ihnen von der Vorzeit überlieferte Prohibitivsystem wenigstens zu mildern, haben bei diesem Bestreben mit Schwierigkeiten zu kämpfen, welche die so geringen Fortschritte, die sie in dieser Richtung gemacht haben, sattsam erklären und entschuldigen. Von grösserer Erheblichkeit würde das zweite Vertheidigungsmittel seyn, wenn man annehmen könnte, dass nur die Industrie des Inlandes im Fortschreiten - die des Auslandes aber, gegen welche die Zölle schützen sollen, schlechthin oder vergleichungsweise stationair seyn würde. Endlich, das dritte Vertheidigungsmittel, (in welchem übrigens zugleich ein grosses Zugeständniss liegt, das den Gegnern des Tarifs gemacht wird,) vertröstet das kurze Leben auf eine lange Hoffnung. (*Vita brevis spem vetat inchoare longam.*) Und giebt es nicht ein besseres Mittel, auswärtige Regierungen von ihrem Irrthume zurückzubringen? — kann nicht eine Regierung durch die That den Beweis führen, dass der Wohlstand ihres Landes im Zunehmen sey, ungeachtet sie den Handelsverkehr mit dem Auslande frei lässt? und ungeachtet die Nachbarländer mit strengen Mauthlinien umgeben sind?

Einige von den Gründen, mit welchen das

in Frage stehende System wohl ebenfalls vertheidiget worden ist, sind in dem Obigen absichtlich mit Stillschweigen übergangen worden. Denn man kann einer Sache nicht mehr Schaden zufügen, als wenn man sie mit gänzlich unhaltbaren Gründen vertheidiget. So kann man sich für jenes System nicht darauf berufen, dass es die Bande, welche die bürgerliche Gesellschaft zusammenhalten, fester und inniger mit einander verschlinge; (denn es entzweit zugleich die Mitglieder eines und desselben Gemeinwesens,) oder darauf, dass es dem Volke, dessen Gesetzgebung diesem Systeme entspreche, eine ökonomische Selbstständigkeit gewähre, welche zugleich für die politische Selbstständigkeit des Volkes vortheilhaft sey. (Denn es hat einen Kriegszustand mitten im Frieden in seinem Gefolge. Und wie? wenn ein Krieg ausbricht?)

Standhaftere Gründe, welche für das in Frage stehende System sprechen.

Der Hauptgrund, ja vielleicht der einzige Grund, welcher dem in Frage stehenden Systeme entschieden und unzweideutig das Wort spricht, möchte in dem finanziellen Interesse der Europäischen Staaten, in dem Interesse der Staatshaushaltung, liegen. Das verhält sich so:

Die an sich (*in thesi*) vollkommenste Steuerfassung würde derjenige Staat haben, welcher alle seine Ausgaben mit einer Einkommensteuer deckte. Die nach dieser Steuer vollkommensten Steuern sind die, welche auf den Verzehr oder auf die Konsumtion gelegt wer-



den. Denn da, im Durchschnitte, ein Jeder seinen Aufwand nach seinem Einkommen abmisst, da die Sparer eben so selten sind, als die Verschwender, so darf man annehmen, dass diese Steuern, wenn sie anders die gesammte Konsumtion treffen, ohngefähr zu demselben Resultate führen, wie eine Einkommensteuer. Dagegen kann man dieses Resultat nicht von einer Besteuerungsart erwarten, welche statt des Einkommens die einzelnen Einnahmen mit Abgaben belegt. (Vgl. oben die zweite Abhandlung.) Da nun der Einführung einer Einkommensteuer die erheblichsten Gründe (*in hypothesi*) entgegenstehn, so kann es nicht befremden, wenn sich fast alle europäische Regierungen vorzugsweise für die Konsumtions- oder Verbrauchsteuern entschieden haben.

Unter den verschiedenen Arten der Konsumtionsabgaben, (und die Zahl dieser Abgaben ist nicht gering,) gebührt aber den Einfuhrzöllen in mehr als einer Hinsicht die erste Stelle. Wenn auch die Erhebung dieser Abgaben mit vielen und lästigen Förmlichkeiten verbunden ist, so trifft doch die Beschwerde nur einen verhältnissmässig geringen Theil der Landeseinwohner; und auch dieser wird mit jenen Förmlichkeiten bald so bekannt, dass ihm die Bürde weniger schwer fällt. Die Konsumenten entrichten die Abgabe als einen Theil des Preises der Waaren, die sie verbrauchen, und meist nur in kleinen Summen. Ja es kann wohl selbst die Meinung entstehen, dass nicht das Inland, sondern das Ausland den Zoll definitiv zu tragen habe; und eine Meinung, welche die Folge hat, dass eine Abgabe williger bezahlt wird, ist eine Wahrheit. Könnte eine

Regierung alle ihre Bedürfnisse mit dem Ertrage der Einfuhrzölle bestreiten, so würde sie vielleicht das Höchste erreicht haben, was sich in der Staatshaushaltung erreichen lässt.\*)

Betrachtet man nun den Zoll, welchen der Preussische Tarif auf die Waareneinfuhr legt, als ein Mittel, einen Theil und einen bedeutenden Theil des zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse erforderlichen Einkommens aufzubringen, (und er ist seinem Wesen nach eine Staatseinnahme,) so gilt von ihm alles das, was in dem Obigen zum Lobe der Einfuhrzölle überhaupt gesagt worden ist.

Zwar lässt sich gegen diese Folgerung mehr als eine Einwendung erheben. Aber diese Einwendungen dürften bei einer genaueren Prüfung, jene Folgerung eher bestätigen als entkräften.

Es ist 1) richtig, dass Preussen und die übrigen Staaten des Vereines, nur einen Theil ihres Aufwandes durch die Einfuhrzölle decken. Aber hieraus folgt nur so viel, dass das Verhältniss, in welchem die Einfuhrzölle zu den übrigen Auflagen stehn, von den betheiligten Regierungen in die reiflichste Erwägung zu ziehn ist; nicht aber so viel, dass deswegen dieser Zoll eine weniger zweckmässige Auflage wäre. Wenn es nothwendig ist das Staatseinkommen hoch zu spannen, so sind hohe Einfuhrzölle wenigstens vergleichungsweise das bessere und beste Mittel.

2) Es mag seyn, dass man mit den obigen

---

\*) In einigen Britischen Kolonien wird der gesammte öffentliche Aufwand wirklich auf diese Weise bestritten. Vgl. mein Handbuch der Staatswirthschaftslehre §. 404.



Gründen nicht die Nothwendigkeit oder die Rätlichkeit eines hohen, von Luxuswaaren zu entrichtenden Einfuhrzoll, vertheidigen könne. Aber der Preussische Tarif legt z. B. auf Zucker und Kaffee nicht deswegen einen hohen Einfuhrzoll, weil sie Luxuswaaren sind; sondern deswegen, weil dieser Zoll eine besonders bedeutende Einnahme gewährt. Ganz aus demselben Grunde ist auch der Verbrauch des Salzes und der des Fleisches fast überall hoch besteuert, so Manches sich auch gegen die Salzsteuer und gegen die Fleischaccise einwenden lässt.

Endlich 3) die letzte aber nicht die geringste Einwendung! Das hier in Frage stehende System—and mit ihm der Preussische Zolltarif—belastet die Einfuhr nicht blos in dem Interesse des Staatshaushalters, sondern zugleich in dem Interesse der inländischen Industrie. — Dem ist also! Aber in dieser Einwendung liegt ein neuer Grund, welcher diesem Systeme und diesem Tarife in finanzieller Hinsicht das Wort spricht. Denn die Einfuhrzölle setzen in so fern den Staat in den Stand, die Besteuerung der Konsumtion noch weiter zu verfolgen.

---

Wenn auch dieses System, aus dem Standpunkte der auswärtigen Politik betrachtet, eben so viel gegen als für sich haben möchte, (wie schon oben bemerkt worden ist,) so hat es doch, in wie fern dessen Anwendung einen Staat von andern Staaten mehr oder weniger ökonomisch-unabhängig macht, in finanzieller Hinsicht die wohlthätige Folge, dass es die Regierung in die Lage versetzt, bei der Besteuerung mit einer

gewissen Stetigkeit zu verfahren. Ich würde hinzusetzen, dass es denselben Vorthail auch für die Bewirthschaftung des Nationalvermögens habe, wenn nicht dieser Vorthail eben so wohl als ein Nachtheil gedeutet werden könnte.

---

Das Schuldenwesen der europäischen Staaten ist mit dem gesammten ökonomischen Zustande dieser Staaten so genau verflochten, dass man von einer jeden staatswirthschaftlichen Massregel, welche von ihnen ergriffen wird, vermuthen darf, dass sie mit dem Interesse des Staatscredits in Zusammenhang stehe; und um so mehr, je wichtiger die Massregel ist. Sollte sich dieser Zusammenhang nicht auch auf das in Frage stehende System erstrecken? Uebrigens würde sich auch dieser Grund nur auf den Werth des Systemes für die Staatshaushaltung (für die Finanzen) beziehen.

## II. *Der Verein.*

Wenn auch über den Werth des Systemes, welcher dem Preussischen Mauthvereine zum Grunde liegt, gestritten werden kann, (und noch lange gestritten werden wird,) dem Vereine unter den Deutschen Staaten, dessen Grundgesetz dieses System ist, stehen auf jeden Fall Gründe zur Seite, welche kaum eine Widerlegung zulassen. Was man auch gegen das System einwende, indem mehrere Regierungen ihre Länder mit einer gemeinschaftlichen Zolllinie nach diesem Systeme umgeben, werden die Nachtheile desselben vermindert, die Vorthelle gesteigert, Zwecke,



die in seinem Wesen nicht liegen, gelegentlich erzielt. (Hieraus erklärt sie die Verschiedenheit der Gesichtspunkte, aus welchen, bei den Verhandlungen über den Beitritt eines Landes zu dem Vereine, die Freunde und die Gegner des Beitritts den Verein zu betrachten pflegen.)

1) Von dem national- oder volkswirtschaftlichen Werthe des Vereines.

Es versteht sich von selbst, dass der Werth des Systemes hier nur in Beziehung auf diejenigen nachgewiesen zu werden braucht, welche von der Beschränkung der Einfuhr Gefahren für den öffentlichen Wohlstand befürchten.

Je grösser ein Land ist, desto weniger hat es zu besorgen, dass sein Wohlstand durch Beschränkungen der Einfuhr gefährdet werde, desto leichter kann es, wenn die Einfuhr, (und mit ihr die Ausfuhr,) gehemmt ist, den Verlust durch den inneren Verkehr ersetzen. Ein grosser Staat ist in ökonomischer Hinsicht gleichsam eine Welt für sich; er nähert sich, nach dem Verhältnisse seiner Grösse, der Idee eines Staates, dessen Gebieth die gesammte bewohnte und bewohnbare Oberfläche der Erde umfasste; die Nacheiferung oder Erwerbseifersucht, welche die Seele des Reichwerdens ist, kann in einem grossen Staate, auch wenn er sich abschliesst, nicht ausbleiben. Das aber ist der Zweck des Preussischen Mauthvereines, — in nationalwirtschaftlicher Hinsicht einen einzigen grossen Deutschen Staat zu schaffen.

Zum Beispiel also, wenn auch von den unter dem Vereine begriffenen Ländern das eine oder

das andere gewisse Waaren nicht mehr aus dem Auslande beziehen kann, so wird es oft dieselben Waaren nunmehr, um denselben Preis oder mit einem geringen Preisaufschlage, aus dem Inlande beziehen können. Andere Waaren werden bald in diesem, bald in einem andern Lande unmittelbar dadurch wohlfeiler, dass das Land dem Vereine beitrith. Und eben so erhält ein jedes unter dem Vereine begriffene Land für seine Erzeugnisse und Fabrikate einen grösseren und freieren Markt, als der war, den es vormals hatte. Ueberhaupt aber ist der Verkehr zwischen Stadt und Land, (wie A. Smith bemerkt hat,) eine weit reichere Quelle des Nationalwohlstandes, als der Handel mit dem Auslande.

Nach dem jetzigen Stande der Nationalwirthschaft sind zum Wachsthume des öffentlichen Wohlstandes zwei Dinge unentbehrlich: erstens, grosse Kapitalien; (da so viele städtische Gewerbe fabrikmässig betrieben werden müssen, wenn sie sich verzinsen sollen, und selbst der Landbau, wenn er mit den Zeitumständen Schritt halten soll;) und zweitens Mittel zur Erleichterung und Beschleunigung des Waarentransports, z. B. Kunststrassen, Eisenbahnen, Kanäle. — In der einen und in der andern Beziehung aber kann der Werth des Vereines nicht hoch genug angeschlagen werden. Grosse Kapitalien sammeln sich in einem grossen Staate leichter, als in einem kleinen; sie können leichter in den Unternehmungen und an den Orten angelegt werden, in und an welchen sie sich am besten verzinsen. Man kann bei Gewerbs- und Handels-Spekulationen mit grösserer Sicherheit die Zukunft berechnen. Noch augenfälliger



sind die Vortheile, welche der Verein, wenn wir das grossartige Beispiel, das uns andere Staaten, z. B. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, im Strassen- und Kanal-Baue geben, nachahmen wollen, darbietet.

Selbst für den Handelsverkehr des Inlandes mit dem Auslande ist der Verein in gewissen Beziehungen vortheilhaft. Denn nichts hat bisher den Handelsverkehr zwischen Deutschland und andern Ländern so sehr gestört, als die Verschiedenheit der Zollverordnungen der einzelnen Deutschen Staaten. Jezt weiss doch sowohl der Inländer als der Ausländer, woran er sich wegen der Verzollung der Waaren in dem grösseren Theile des Deutschen Landes zu halten hat. Uebrigens, mag auch die Hoffnung, dass der Abschluss des Vereines auswärtige Regierungen bewegen werde, ihrer Handelspolitik eine für Deutschland günstigere Richtung zu geben, noch so unsicher oder entfernt seyn, der Verein bahnt denn doch den Weg zu Unterhandlungen, welche zu diesem Ziele führen können.

## 2) Von dem Werthe des Vereines für die Staatshaushaltung (für die Finanzen.)

Was dem Systeme, welches dem Vereine zum Grunde liegt, vorzugsweise das Wort spricht, hat dem Vereine die wenigsten Freunde gewonnen. Wer zahlt gern? und viel? und mehr, als bisher? Das Mehreinnehmen ist ungewiss, gewiss das Mehrausgeben.

Allerdings ist diese Seite des Vereines die verwundbarste. Ist es in allen Staaten des

Vereines von Nöthen, die Geldkräfte des Landes bis aufs äusserste anzustrengen? und, wo nicht, warum den Genuss des armen Lebens überall verkümmern? — Gleichwohl ist auf der andern Seite in Erwägung zu ziehn, dass, so wie sich der Verein vergrössert, d. i. mit einem jeden Staate, der dem Vereine beitrith, die Last, welche der Tarif den Steuerpflichtigen (den Konsumenten) insgesamt auflegt, mehr oder weniger abnimmt. Denn mit der Zahl der Vereinsstaaten vermehrt sich die Zahl der Waaren, der Natur- und Kunsterzeugnisse, welche zollfrei aus dem Inlande, (von einem Lande des Vereines aus dem andern,) bezogen werden können. Z. B. Die edlen Weine des Herzogthumes Nassau entrichten, so wie Nassau dem Vereine beitrith, nicht weiter einen Zoll in dem Gebiete des Vereines. (Leicht möglich also, dass die Berechnungen, welche man, wenn ein Staat zuerst dem Vereine beitrith, über die Steigerung des Einkommens dieses Staates oder über die Vermehrung des Ertrages des nach dem Tarife zu erhebenden Zolles überhaupt macht, nicht zutreffen.) — Eben so sind, wenn ein Staat dem Vereine beitrith, die Zölle, welche bisher in diesem Staate auf die Ein- oder auf die Ausfuhr gelegt waren, so wie die Abgaben, welche dieser Staat nunmehr aufhebt, von der neuen Last in Abzug zu bringen.\*)

Noch lässt sich zum Vortheile des Verei-

---

\*) Ich kenne z. B. eine Zollordnung, nach welcher von dem Centner Edelsteine bei der Einfuhr 6 fl. 40 kr. zu entrichten sind. Nach dem Vereinstarife können Edelsteine frei eingeführt werden.



nes in der vorliegenden Beziehung das anführen, dass sich die Kosten, welche die Erhebung des Zolles verursacht, (also die Summen, welche der Staatskasse nicht zu statten kommen, ungeachtet sie das Volk zu zahlen hat,) ohngefähr in demselben Verhältnisse, (mit der Mauthlinie,) vermindern, in welchem sich das Gebieth des Vereines vergrössert.

### 3) Von dem politischen Werthe des Vereines.

Dass der in Frage stehende Verein ein Ehrendenkmal der Deutschen Nation sey, dass an ihm der Deutsche Bund eine seiner vornehmsten Stützen habe, \*) wird hier nur deswegen wiederholt, weil Stillschweigen eine Ungerechtigkeit seyn würde. Es ist viel, sehr viel werth, wenn eine Nation andern Nationen Achtung gebietet. Es ist noch mehr werth, wenn von nun an Nachbarn mit Nachbarn nachbarlich umgehn können.

Nicht eines eben so ungetheilten Beifalles geniesst der Verein, in wie fern er mit der Verfassung der einzelnen unter ihm begriffenen Staaten in Zusammenhange steht. Besonders die Freunde der konstitutionellen Monarchie fürchten, dass er das monarchische Princip zum Nachtheile der verfassungsmässigen Rechte der Kammern verstärken werde. Einige sind in ihren Vermuthungen sogar noch weiter

---

\*) Die Französische Revolution vom Monat Juli 1830 scheint auch auf die Vorbereitung des Vereines Einfluss gehabt zu haben.

gegangen. — Nun möchte zwar nicht in Abrede zu stellen seyn, dass das Recht der Kammern und der Landstände, an der Regulirung des Staatshaushaltes Theil zu nehmen, durch den Verein in einem gewissen Grade beengt werde. Aber auch die Regierungen unterwerfen ihr Besteuerungsrecht gewissen Einschränkungen, indem sie dem Vereine beitreten. Verfassungsformen haben doch am Ende nur in so fern einen Werth, als sie für die gehörige Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten Gewähr leisten. Auch in dem Vereine aber liegt — unmittelbar und mittelbar — eine Bürgschaft dieser Art. Er hat unmittelbar die Folge, dass er bei der Ausübung des Besteuerungsrechts in einer seiner wichtigsten Beziehungen dem Wanken und Schwanken vorbeugt; dass unterrichtete und einsichtsvolle Männer aus allen Theilen von Deutschland über diese Ausübung des Besteuerungsrechts zu Rathe sitzen. (An Veranlassungen zum Berathen kann und wird es nicht fehlen. Vergeblich würde man sich mit der Hoffnung schmeicheln, dass der Tarif, welcher dem Vereine zum Grunde liegt, eine bleibende Regel sey.) Und wie Vieles lässt sich von dem Vereine noch überdies, z. B. für die Einheit des Münzwesens in Deutschland, erwarten?

---

Wenn so der Verein, als solcher, fast nur eine Lichtseite und kaum eine Schattenseite hat, oder wenn wenigstens die Gründe, die für den Verein sprechen, bei weitem die überwiegenden sind, so folgt doch hieraus nicht, dass



ein jedes unter dem Vereine begriffene Land den übrigen Ländern, dem Gewinne und dem Verluste nach, gleich stehe. Binnenländer werden mehr, als Grenzländer; Länder, in welchen die Fabrikation bereits grosse Fortschritte gemacht hat, werden mehr, als Länder, deren Einwohner sich hauptsächlich vom Landbaue nähren; Länder, in welchen schon vor ihrer Aufnahme in den Verein eine auf dem Systeme des Vereines beruhende Zollgesetzgebung bestand, werden mehr, als Länder der entgegengesetzten Art; vergleichungsweise arme Länder werden, (wenigstens bei der Vertheilung der Zolleinnahme,) mehr, als vergleichungsweise reiche Länder durch den Verein gewinnen. Aber, die Gründe, welche für den Verein sprechen, sind von der Beschaffenheit, dass kein Land schlechthin im Verluste seyn kann, dass ein Verlust sich wieder durch einen Gewinn ausgleicht, dass der Verein das Interesse der deutschen Länder mit dem Interesse Deutschlands verwebt. *Omne magnum exemplum habet aliquid iniqui*, sagt Tacitus.

Die physische und die moralische Welt gleicht einer Uhr mit einem Kompensationspendel. Es ist unstreitig besser auf unserer Erde zu leben, als auf den Planeten, welche die Sonne näher umkreisen. Doch leben wir nicht auf dem Uranus.

# I N H A L T.

## *Erste Abhandlung.*

	Seite.
Ueber die demokratische Tendenz der heutigen europäischen Staatswirthschaft . . . . .	1
1) Von der demokratischen Tendenz der heutigen Nationalwirthschaft. . . . .	3
2) Von der demokratischen Tendenz der heutigen Staatshaushaltung . . . . .	14

## *Zweite Abhandlung.*

Ueber Besoldungssteuern . . . . .	21
A) Ist die Besoldungssteuer eine rechtmässige Auflage? . . . . .	26
1) Grundsätze . . . . .	27
2) Beurtheilung der Rechtmässigkeit der Besoldungssteuer nach den in dem Obigen aufgestellten Grundsätzen. . . . .	37
a) Von dem Massstabe der Besoldungssteuer, diese Steuer an sich betrachtet oder mit den Steuern ähnlicher Art verglichen . . . . .	38
b) Von dem Massstabe der Besoldungssteuer, die Besoldungen in Verhältniss zu einander betrachtet . . . . .	42

## A n h a n g.

Von der uneigentlich so genannten Besoldungssteuer oder von dem Abzuge, welchem Besoldungen unter dem Namen einer Besoldungssteuer zu unterwerfen seyn können . . . . .	44
B) Ist die Besoldungssteuer eine nach den Maximen der Staatsklugheit zu billigende Auflage? . . . . .	46



*Dritte Abhandlung.*

Von den Gelddarlehen, diese im Verhältnisse zu andern Kapitalien betrachtet . . . . .	53
---	----

*Vierte Abhandlung.*

Über die Regeneration der bürgerlichen Gesellschaft durch eine Umgestaltung des Eigenthumsrechts, d. i. desjenigen Rechts, nach welchem bewegliche und unbewegliche Sachen erworben werden können und besessen werden . . . . .	88
---	----

*Fünfte Abhandlung.*

Credit-Gesetze . . . . .	129
I. Gesetze, welche für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners Gewähr leisten . . . . .	135
II. Gesetze, welche für die Zahlungswilligkeit des Schuldners Gewähr leisten . . . . .	143
III. Gesetze, welche für die Zahlungspflichtigkeit des Schuldners Gewähr leisten . . . . .	146

*Sechste Abhandlung.*

Wirthschafts-Politik oder das Büchlein vom Reichwerden . . . . .	152
--	-----

*Siebente Abhandlung.*

Auch ein Wort über den Preussischen Mauthverein . . . . .	171
I. Das System . . . . .	174
1) Charakterisirung des Systemes . . . . .	174
2) Gründe, welche für das in Frage stehende System angeführt worden sind, welche aber von der Art seyn möchten, dass sie auch gegen dieses System gerichtet werden könnten . . . . .	181
3) Standhaftere Gründe, welche für das in Frage stehende System sprechen . . . . .	192

II. Der Verein . . . . .	196
1) Von dem national- oder volkswirthschaftlichen Werthe des Vereines . . . . .	197
2) von dem Werthe des Vereines für die Staatshaushaltung (für die Finanzen) . . . . .	199
3) Von dem politischen Werthe des Vereines . . . . .	201

Empfehlungswerthe Bücher.

**S t a a t s w i r t h s c h a f t s l e h r e**

von

**Dr. Karl Salomo Zachariä,**

Großherzogl. Bad. Geh. Rathe, ord. öffentl. Rechtslehrer auf der Universität in Heidelberg, Kommandeur des Großh. Badisch. Ordens des Zähringer Löwen.

2 Theile, gr. 8. 3 Rthlr. 6 ggr. sächs. oder 5 fl. 54 kr. rhein.  
oder:

**Vierzig Bücher vom Staate,**

V. Bd. 1. u. 2. Abth.

Auch unter dem Titel;

**R e g i e r u n g s l e h r e,**

III. Bd. 1. u. 2. Abth.

Schon seit dem Beginne dieses Werkes haben sich in steigendem Interesse und Anerkennung öffentlich und privatim alle Stimmen dahin vereinigt, daß es zu den wichtigsten Erscheinungen, nicht nur unserer Zeit, sondern der deutschen Literatur überhaupt gehöre, als ein wahrer Schatz der Staats- und der Lebens-Weisheit, und wir gründen darauf den Ausdruck der Ueberzeugung, die schon so manchen Anklang gefunden; „daß, was Plato und Aristoteles, was Cicero, was Montesquieu ihren



ihren Zeiten und ihren Völkern gegeben haben, in diesem Werke unserer Zeit von dem verdienstvollen Verfasser geboten wird.“

Wenn nun in den bisher erschienenen Bänden alle Nuancen des Staats- und Volkslebens mit der Umsicht und dem Scharfsinn entwickelt und beleuchtet sind, welche wir an dem geistreichen Herrn Verfasser bewundern, so wird es um so gewisser zur allgemeinen Freude gereichen, daß er diesen neuen Band dem für unsern Zeitabschnitt so hochwichtigen Theile, dem Probleme der größten Köpfe aller Völker, dem Ziel und Wendepunkt des lebendigsten Ringens unserer Tage nach Verbesserung und Sicherung der Staats- und Lebensverhältnisse widmete, indem er

die Staatswirthschaftslehre darin mit großer Ausführlichkeit behandelt, welche um so ergiebiger seyn muß, da jeder seiner Leser den Gehalt seiner Worte kennt.

Es werden also nicht nur die Besitzer der früheren Bände, sondern es wird jeder, welcher über das wichtigste Thema unserer Tage nachdenkt, — und wer sollte dies nicht, — sich dieser Erscheinung erfreuen.

---

Der  
Kampf des Grundeigenthums  
gegen  
die Grundherrlichkeit.

von  
Dr. R. S. Zacharia.

gr. 8. 9 Bde. sächsl. oder 36 fr. rhein.

In einer Zeit, wo der Kampf über die ersten Staatsprinzipien und über die innersten sowohl als wichtigsten Verhältnisse äusserlich geführt wird, muß sicher die Stimme eines Veteranen, die Stimme des scharfsinnigen Verfassers der Vierzig Bücher vom Staate um so mehr von Bedeutung seyn, wenn er sie einem besondern und streng begrenzten Gegenstande widmet, wie dies in der oben angegebenen Schrift geschieht, worin er eine Materie apropos dicit, die gegenwärtig fast in allen deutschen Staaten auf dem Tapete ist.

---

Die Aufhebung,  
Ablösung und Umwandlung der Zehnten,  
nach  
Rechtsgrundsätzen betrachtet

von  
Dr. R. S. Zacharia.

gr. 8. Saar-sächsl. od 36 fr. rhein.

Der Herr Verfasser bietet in dieser Schrift einen Blick in die jüngst,

jüngstvergangenen und neuesten Zeiterscheinungen und ihre bestehenden und vorstehenden Folgen, mit einer Tiefe und Umsicht, welche nur Sein Scharffsinn so anschaulich darlegen konnte, daß sie Jedem, dessen Seele frei ist von überspannten Erwartungen und Ansprüchen, von eigennützigem und modellsüchtigem Ringen nach Glanz und Einfluß, nach Idealen, die dem Vertrauen auf die bessere Welt angehören, Ueberzeugung, Ruhe und Befriedigung geben müssen. Nicht nur das für die Staaten und ihre Bewohner so hoch wichtige Thema, welches der Titel bezeichnet, ist darin auf's Erschöpfendste nach allen Seiten beleuchtet; sondern alles, was unsere Zeit wünscht und bedarf, und was sie zu wünschen berechtigt ist, finden wir hier mit der Würde des Philosophen, der hohen Bedeutung des Staatsmannes, der Erfahrung des rechtwollenden Bürgers abgespiegelt, so wie es zum Aufschluß über unsere bedeutungsschwere Zeit dienlich und förderlich seyn kann und muß; und wir glauben uns daher manchen Dank zu erwerben, wenn wir zur allgemeinen Lektüre der Schrift aufmuntern.!

## R e c h t s g u t a c h t e n

über die

zwischen den Fürstlichen Häusern Lippe und Schaumburg-Lippe obwaltenden Streitigkeiten,  
welche durch einen Beschluß der hohen deutschen Bundes-Versammlung den 5. August 1830 an das Großherzogl.-Badensche Ober-Hofgericht zur austrägalgerichtlichen Entscheidung verwiesen worden sind.

Von

Dr. R. S. Zachariä.

Follg. 3 fl. 36 kr. rhein. 2 Thlr. 4 ggr. sächs. ordinär. Dasselbe auf Schreibpapier 4 fl. 48 kr. rhein. 2 Thlr. 20. ggr. sächs.

## F R A G M E N T A

versionis

graecae legum Rotharis Longobardorum regis.

Ex codice paris. gr. 4384.

Von

Dr. C. L. ZACHARIÄ.

8. 36 kr. rhein. 9 ggr. sächs.

Namen und Gegenstand dieser beiden Schriften tragen ein zu großes Interesse in sich, als daß es einer besondern Erwähnung bedürfte, um dasselbe zu wecken.

Lucius



# *Lucius Cornelius Sulla*

genannt der Glückliche,  
als Ordner des römischen Freistaates.

Dargestellt von

Dr. K. S. Zachariä.

Zwei Abtheilungen.

Adenpreis 4 fl. 48 fr. rhein. 2 Rthlr. 20 ggr. sächf.

Durch dessen Erscheinung die Begierde nun befriediget ist, mit welcher von vielen Seiten diesem wichtigen und geistreichen Werke eines Coryphäen der Staats- und Rechtswissenschaften, eines nach allen Seiten für Welt und Wissenschaft gebildeten Gelehrten entgegen gesehen wurde. Was wir mit den reichsten Voraussetzungen nur schwach bezeichnen können, ist bereits nach Erscheinung der ersten Abtheilung durch öffentliche Urtheile und besonders in Pöbli- und Jahrbüchern der Geschichte und Staatskunst 7r Jahrg. VI. bestätigt, worin sich der Rec. u. a. folgendermaßen ausdrückt:

„Allerdings ist Ref. darüber mit sich einig, daß der Verf. in diesem Werke seinen tiefbegründeten schriftstellerischen Ruhm von neuem bewährte; theils durch die gründliche Forschung in den Quellen; theils durch die Neuheit vieler über Roms Geschichte und Verfassung aufgestellten Ansichten (wo er selbst im Einzelnen Niebuhrs Scharfsinn durch glänzendere politische Combinationen übertrifft); theils durch das eigenthümliche Licht, das er über Sulla's Individualität und öffentliche Wirksamkeit als Feldherr und Staatsmann verbreitet; theils durch die Klarheit, Reinheit, Fülle und Gebiegenheit der stylistischen Darstellung. Diese Verbindung so vieler ausgezeichneten Eigenschaften reißet den Leser vom Anfange bis zum Ende des Buches unwillkürlich mit sich fort, und läßt ihn nur das bedauern, daß er auf die zweite Abtheilung vielleicht ein halbes Jahr warten soll;“ welchem wir aus der Vorrede des Herrn Verfassers noch folgende Worte beifügen:

„Sulla ist eine der großartigsten Gestalten, welche aus der Masse der untergegangenen Geschlechter hervortretend, dem Schicksale der Vergessenheit troßen, das so viele minder ausgezeichnete oder minder schauerliche Menschen trifft. Sein Zeitalter hat so manche Aehnlichkeit mit dem unserigen. In der Römerwelt jener Zeit und in der heutigen europäischen Welt dieselbe Aufregung, derselbe Kampf zwischen der Zinezahl und der Kopfszahl, zwischen den

Uebersieferungen

Ueberlieferungen der Vorzeit und dem Bedürfnisse einer neuen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft.“ — „Der Bürgerkrieg, welchen Sulla beendigte, galt nicht bloß einer einzelnen Part. isfrage; er galt der Verfassung des römischen Freistaates überhaupt. Sulla wollte durch seine Ordnungen die Verfassung der Vorzeit wiederherstellen. Wie kann man den Plan verstehen, beurtheilen, wenn man nicht mit der gesammten Verfassungsgeschichte der frühern Zeiten bekannt ist?“

## D e u t s c h e STAATS- UND RECHTS-GESCHICHTE.

Compendiarisch dargestellt

zum

Gebrauche bei akademischen Vorlesungen

von

Dr. Heinrich Zocpl.

In

*drei Abtheilungen.*

fl. 5. 24 kr. rhn. Thlr. 3. 8 Ggr. sächs.

ERSTE ABTHEILUNG.

Bei dem täglich steigenden Interesse für die Geschichte des vaterländischen Rechtes und Staatslebens und bei den Anforderungen, welche heut zu Tage, hinsichtlich der Kenntniß derselben an jeden Gebildeten, ins Besondere aber an den Rechtsgelahrten gemacht werden, ist dieses Lehrbuch unfehlbar eine höchst willkommene Erscheinung aus der Feder des Herrn Verfassers, der in universeller Bildung, als Publicist und als Rechtsgelahrter schon so auszeichnende Anerkennung erworben. In großer Reichhaltigkeit hat derselbe auf die Quellen und auf die Literatur des Faches zu verweisen, und seine eben so scharfe als bescheidene Kritik mit seltener Umsicht und Kürze in die Noten zu verflechten gewußt.

Die Klarheit und Precision der Darstellung, welche das Publikum schon aus seinen frühern Schriften kennt, werden Ihm in diesem Lehrbuch neuen Dank und Anerkennung bereiten, und berechtigen uns zu der Hoffnung, daß dasselbe nicht nur als Lehrbuch, sondern auch als Leitfaden zum gründlichen Selbststudium der vaterländischen Geschichte sich bald nicht nur in den Händen der Studirenden, sondern auch aller Freunde des Deutschen Rechtes und der Deutschen Geschichte befinden werde; um so mehr als die Fülle neuer Ansichten, welche der Herr Verfasser darin entwickelt und ihre scharfsinnige

Begründung



Begründung das Buch als eine der interessantesten Erscheinungen für den Geschichtsforscher und Rechtsgelehrten darstellen.

Der ebenso geschmackvolle als ökonomische Druck macht es übers dies möglich, das Buch, dessen zweite und dritte Abtheilung von ziemlich gleicher Bogenzahl unmittelbar folgen werden, zu dem so geringen Preise zu liefern, während das hier Geleistete bisher auch in Quantität nur mit bedeutend größerem Kostenaufwande zu erlangen war. Ein vollständiges Register beim Schluß wird den Werth noch erhöhen. Vier Recensionen in den angesehensten Literaturblättern haben bereits das Gesagte bestätigt.

Die Philosophie des Geistes,  
oder  
Encyclopädie der gesammten Geisteslehre,  
von  
Dr. Joseph Hillebrand.  
Oberstudienrath und Professor in Gießen.  
Erster Band.

gr. 8. 3 fl. 36 fr. rhein. rthlr. 2. 8 ggr. sächs.

Der Zweck dieses Werkes geht dahin, eine möglichst erschöpfende und umfassende Wissenschaft des Geistes darzulegen. Es beginnt mit der speculativen Betrachtung der Urbestimmungen des Geistes, und schreitet fort zur Erkenntniß und Darstellung seiner Wirklichkeit. Diesem Ganze entsprechend begreift es drei Theile, wovon der 1te die allgemeine Metaphysik oder Ontologie des Geistes enthält, der 2te die Anthropologie desselben, der 3te die theologische Geisteslehre. Der zweite Theil, oder die Anthropologie des Geistes, ist seiner Natur nach der umfassendste. Er besteht 1) aus der eigentlichen Psychologie, 2) aus der Pragmatologie (Philosophie des objectiven Geistes), 3) aus der Philosophie der Geschichte. Die Bearbeitung geht (nach des Verfassers Erklärung) von selbstständigen Principien aus, und trägt durchgängig den Charakter strenger Theorie. Das Reichhaltige des Werkes ergiebt sich schon aus diesen vorläufigen Andeutungen. Was dessen philosophischen Werth betrifft, so darf wohl der Name des Verfassers die Bürgschaft geben, daß Bediegenes bei Eigentümlichkeit der Ideen und ihrer Ausführung Haupteigenschaften der Schrift seyen. Jedensfalls möchte sie gerade jetzt eine höchst wichtige literarische Erscheinung zu nennen seyn.

Friedrich

**Friedrich Wettinger.**  
Professor an der Königl. Studienanstalt zu Speier.  
**Vollständiges Lehrbuch**  
der  
**französischen Sprache**  
für  
**Studienanstalten und zum Privatgebrauch.**

Zweite, mit einem Inhaltsregister nach Kapiteln und Paragraphen  
vermehrte Ausgabe.

21 enggedruckte Bogen in größtem Octavformat auf schönes weißes Druckesinpag.

Ladenpreis 1 fl. 48 kr. rhein. oder 1 Rthlr. sächs.  
empfehlen wir bei dieser Gelegenheit zum öffentlichen und Privatgebrauch; besonders den verehrlichen Direktionen der Lehranstalten, und begründen diese Empfehlung am besten durch Beschlüsse der Königl. Bayr. Regierungen des Rheinkreises, d. R. W. Regierung des Rheins u. des Unter-Rheinkreises u. m. a., welche die Direktoren und Lehrer der höheren und mittleren Lehranstalten officiell und dringend zur Anwendung des Buches einladen, zum Theil mit den Ausdrücken des hier folgenden Urtheiles von einem geachteten öffentlichen Platte.

So bedeutend die Fortschritte waren, welche Wozin, Hirzel und Andere seit etwa 30 Jahren in Bearbeitung der französischen Sprachlehre gemacht, so wurden doch gar manche Unvollkommenheiten von Kennern gerügt, von Lehrern und Lernenden empfunden.

Herr Wettinger, bekannt durch seine genaue Kenntnis der französischen Sprache, durch seine vortreffliche Methode und die Klarheit seiner Mittheilung, erregte keine geringe Erwartung auf das von ihm mit stillen, ausdauerndem Fleiß ausgearbeitete Lehrbuch, und Kenner werden ihm einstimmig ein ausgezeichnetes Verdienst zuerkennen. Wir haben das Lehrbuch des Herrn Wettinger mit jenen des Herrn Wozin und des Herrn Hirzel verglichen, und müssen ihm nicht nur den entschiedensten Vorzug in Absicht auf größere Reichhaltigkeit, klare und lichtvolle Darstellung, anreiche Methode und zweckmäßigere Anordnung des ganzen Buchs beimeßen, sondern wir fanden auch bedeutende Vorzüge im Besondern und Einzelnen. Beinahe alle Lehren sind neu und eigenthümlich behandelt; eine gänzliche Umbildung haben z. B. erfahren die Lehre von der Aussprache und den Accenten, von der Mehrzahl der zusammengesetzten Verbrüder, von der Uebereinstimmung des Subject und Prädicates, vom Regime der Verbrüder, von den unregelmäßigen



gefügigen Zeitwörtern, die durch einfache Regeln sehr viel von ihrer Schwierigkeit verloren haben, und die Lehren von den Particlipien oder Mittelwörtern, worüber man bekanntlich eigene Werke hat, und die hier auf einigen Seiten so vollständig als ichtvoll dargestellt sind. Ein anderer Vorzug liegt in der Auswahl der Uebungssätze. Selbstlernende und Lehrer werden diesen mit Veranügen folgen, indes man in andern Sprachlehren durch die abgeschmackten Uebungssätze mit Ekel erfüllt wird. Das beigefügte vollständige Sachregister erleichtert den Gebrauch des Buches ungemein. Ueberall walten Sinn und Verstand.

Außerdem ist der Verfasser im Besiz mehrerer privativer Aufzeichnungen, welche ihm die ehrenvollste Anerkennung ausdrücken; und wir können also nicht zweifeln, daß Jeder, der die französische Sprache gründlich lehren oder lernen will, begierig nach dem Buche greifen werde.

# Enkyklopädie

der  
klassischen Alterthumskunde.

Ein Handbuch  
für  
Studirende und jeden Gebildeten.

Von  
Ch. Th. Schuch,  
Professor.

Mit einem Vorwort  
von  
Friedrich Creuzer.

Zwei Bände, welche in 10—12 Lieferungen von 5—6 Bogen à 27 fr. rhein. oder 7 agr. sächs. erscheinen.

Die Kenntniß des Alterthums ist in allen Zeiten als die einzig richtige und sichere Quelle für die Erkenntniß und Beurtheilung der Gegenwart, für die Ausbildung des menschlichen Geistes, welcher derselbe in so unendlicher Mannigfaltigkeit bedarf und fähig ist, gehalten worden. Der Alterthumswissenschaft höchstes Ziel ist Kenntniß des Menschen auf allen Stufen seiner Entwicklung und in seinen mannigfaltigsten Lebensverhältnissen. Wenn Reisebeschreibungen, die uns mit

ganz

ganz ungebildeten Völkern bekannt machen, schon sehr anziehend, und unserer Aufmerksamkeit werth sind, wie viel mehr die Schriften und Kunstwerke, aus denen wir die alten Völker der Welt, die Gebildeten, kennen lernen, welche trotz dem Dünkel unserer Zeit für uns doch ewig unerreichbare Muster bleiben. Diese Betrachtung führt uns zu Vergleichen, deren Frucht genauere Kenntniß unserer selbst und unserer Zeit ist. Die Geschichte der griechischen und römischen Literatur ist also Geschichte der edleren Menschheit; ihr Emporstreben, ihre Blüthe und Reife, ihr Welken und Hinstreben im Zusammenhang mit der politischen Geschichte zu erforschen, ist ein der Gebildeten höchst würdiges Geschäft, und ein unmittelbar nützlich durch die Belehrungen und Warnungen, welche wir aus dieser Betrachtung schöpfen müssen. Hier übersehen wir ein geschlossenes Ganze, ein bis zum letzten Akte durchgeführtes Drama.

So wie nun unter diesem Gesichtspunkt ein Hand- und Lehrbuch der Alterthumswissenschaft jedem Gebildeten und auf wahre Geistes- und Lebensbildung Bedachten als ein kaum entbehrliches Bedürfnis erscheinen wird, und darum bei dem regen Streben unserer Zeit nach höherer und vollkommenerer Einsicht allen, sie mögen älter oder jünger, vornehmer oder geringer, reich oder arm seyn, dringendst empfohlen zu werden verdient, so bleibt es natürlich vor allem ein unerlässliches und höchst erwünschtes Hülfsmittel für gelehrte Bildungsanstalten, welche es aus der Hand eines vorgezogenen Schülers von dem berühmten Creuzer, und unter der Hegide dieses Coryphäen unfehlbar mit großer Begierde aufnehmen werden, da ihnen bisher dafür größtentheils nur dürftige Hülfsmittel zu Gebot standen, und die achtbaren, wie Eschenburg, Meyer, Schaff, zum Theil nur einseitig sind, zum Theil gegen die Zeit und ihre unermüdlischen Forschungen und Leistungen unendlich zurückstehen.

Wenn wir uns also für unsere Unternehmung theilnahmsvoller und begieriger Aufnahme von Allen, welche für sich und die Ihrigen die richtige Bildung zu gewinnen bedacht sind, zuversichtlich gewärtig halten, so richten wir unsere Anzeige und Einladung noch besonders an die verehrlichen Herren Vorsteher der Lehranstalten und ihre Zöglinge, und schlagen, damit die Anschaffung und Anwendung allerseits möglichst erleichtert werde, den Weg einer successiven Subscription dergestalt ein, daß wir

das



das Werk, welches im Ganzen zwei groß Octav. Bände in dem eben so gefälligen als sparsamen und reichhaltigen Druck dieser Anzeige (welcher nahebei 3 gewöhnliche Druckbogen einschließt), jeden Band von 2 Abtheilungen umfassen wird, in Lieferungen von 5 bis 6 Bogen ausgehen werden, deren jede, nach Maassgabe dieser Bogenzahl, 27 bis 30 kr. rheinisch oder 6 bis 8 Groschen sächsisch im Subscriptionspreise kosten wird; jedoch unter der Bedingung, daß mit der ersten Lieferung auch zugleich die letzte mit gleichem Preise berechnet wird und bezahlt werden muß, weil eine Ausscheidung der Lieferungen und Abtheilungen und daher ein späteres Austreten von der Subscription bei diesem Werke durchaus unstatthaft ist.

Auf 12. directe eingesendete Pränumerationen für die erschienenen und das letzte Heft wird je ein Freieremplar, auf 25 — 3., auf 50 — 4., auf 100 — 10 Freieremplare beigelegt.

Die erste und zweite Lieferung sind bereits in den Händen des Publikums, und die Anerkennung, welche dieser Anfang schon von ausgezeichneten Competenzen, ja selbst durch ehrenvolle Critik in vorzüglichen Literaturblättern gefunden hat, bieten der Unternehmung weitem Schutz gegen den Geiz der schülerhaften Reides, welcher es, trotz der einführenden Autorität, der zu huldigen er selbst am meisten Ursache hat, dennoch wagen mochte, aus dem Dunkel der Anonimität einige stumpfe Pfeile dagegen zu schleudern.

Die vorbereitete und in Kurzem regelmäßig folgende Fortsetzung wird alles Gesagte weiter rechtfertigen.

**F o r s c h u n g e n**  
in dem  
**Gebiete der höhern Analysis**  
mit den Resultaten und ihrer Anwendung  
von  
Professor L. D e t t i n g e r.  
quer 4. 2 Rthlr. 16 gr. sächs. od. 4 fl. 30 kr. rhein.

Der Herr Verfasser, welcher seinen Beruf zu höhern Leistungen in der Mathematik schon durch manche literarische Arbeiten und neuerlich durch sein Werk „Differenzials und Differenzen“  
Calcul

Calcul“ bewährte, hat in den vorliegenden Forschungen seinen seltenen Fleiß Problemen gewidmet, welche vorzüglich in neuern Zeiten die größten Meister in der Mathematik beschäftigt haben, und deren Lösung fortwährend dringend gewünschter Gegenstand für Theorie und Praxis geblieben war. Er lieferte dieselbe auf einem Wege, welcher nicht allein durch die Neuheit der aufgefundenen Mittel dem Studium auf höchste förderlich seyn muß, sondern auch unmittelbare Anwendung von einem so wichtigen Theile der Mathematik, der jedoch nach Maßgabe seiner Schwierigkeit bisher manchem Praktiker unzugänglich geblieben, ungemein erleichtert und somit denselben gewissermaßen erst ins Leben einführt, und mit ihm die wichtigen und bedeutungreichen Folgen, welche aus dieser Anwendung unfehlbar sich verbreiten müssen auf alle Zweige menschlichen Wissens und Wirkens, so in der Stern- und Schiffahrtskunde, als in der Staats- und Kriegswissenschaft, in der Naturkunde und Mechanik und endlich in jedem Gewerbe. In einer ausführlichen Vorrede hat der Herr Verfasser selbst über die von ihm entdeckten und eingeschlagenen Wege, ihre Quellen und glücklichen Erfolge — Rechenschaft gegeben, und wir dürfen daher zu Begründung des Gesagten vertrauensvoll auf dieses Vorwort verweisen.

## Die Landwirthschaft der alten Völker, nach dem Französischen von Reynier.

De l'économie publique et rurale des anciens peuples.

Frei bearbeitet und ins Deutsche übertragen

von

H. Damance;

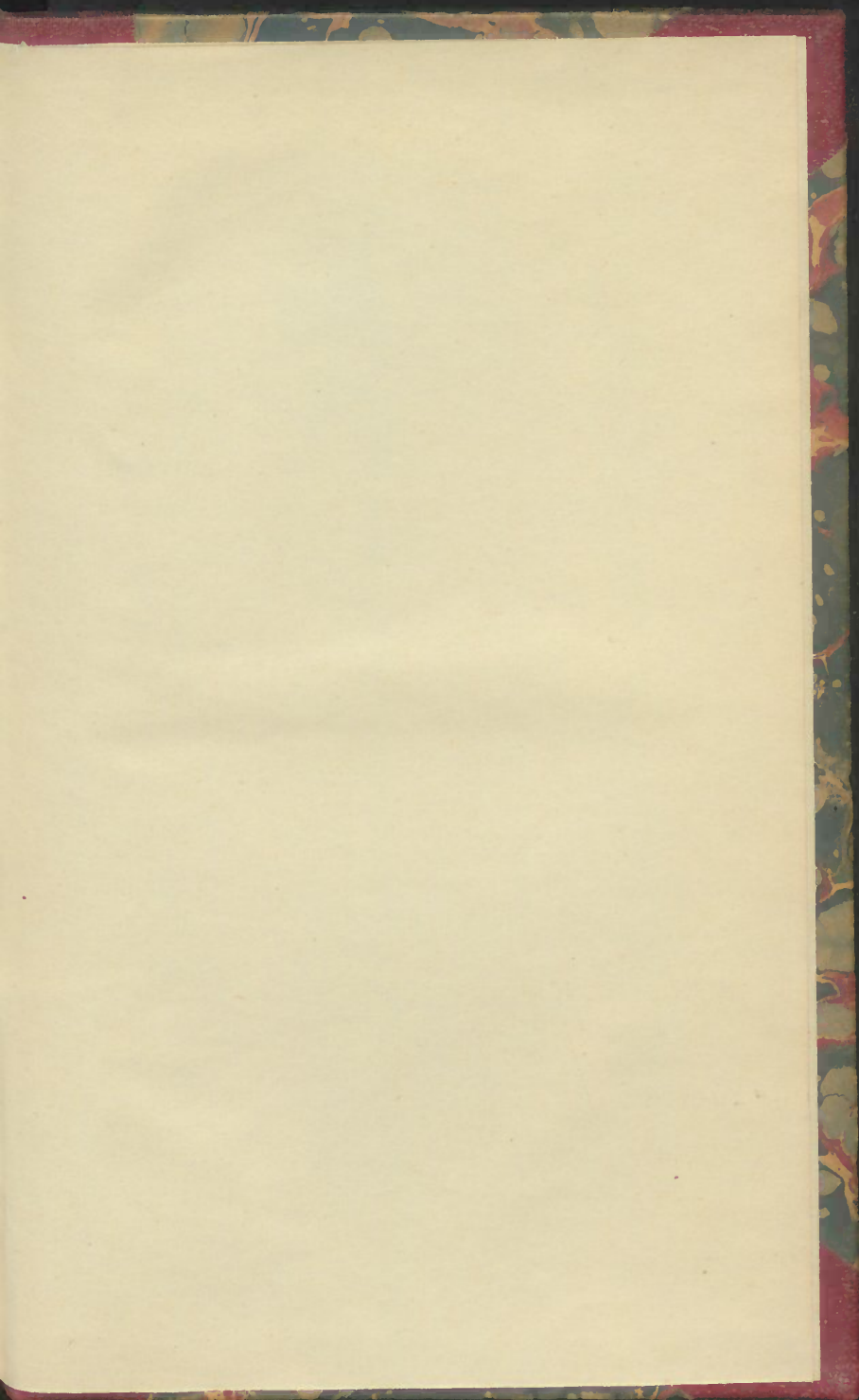
mit einer Vorrede von Dr. R. H. Rau,

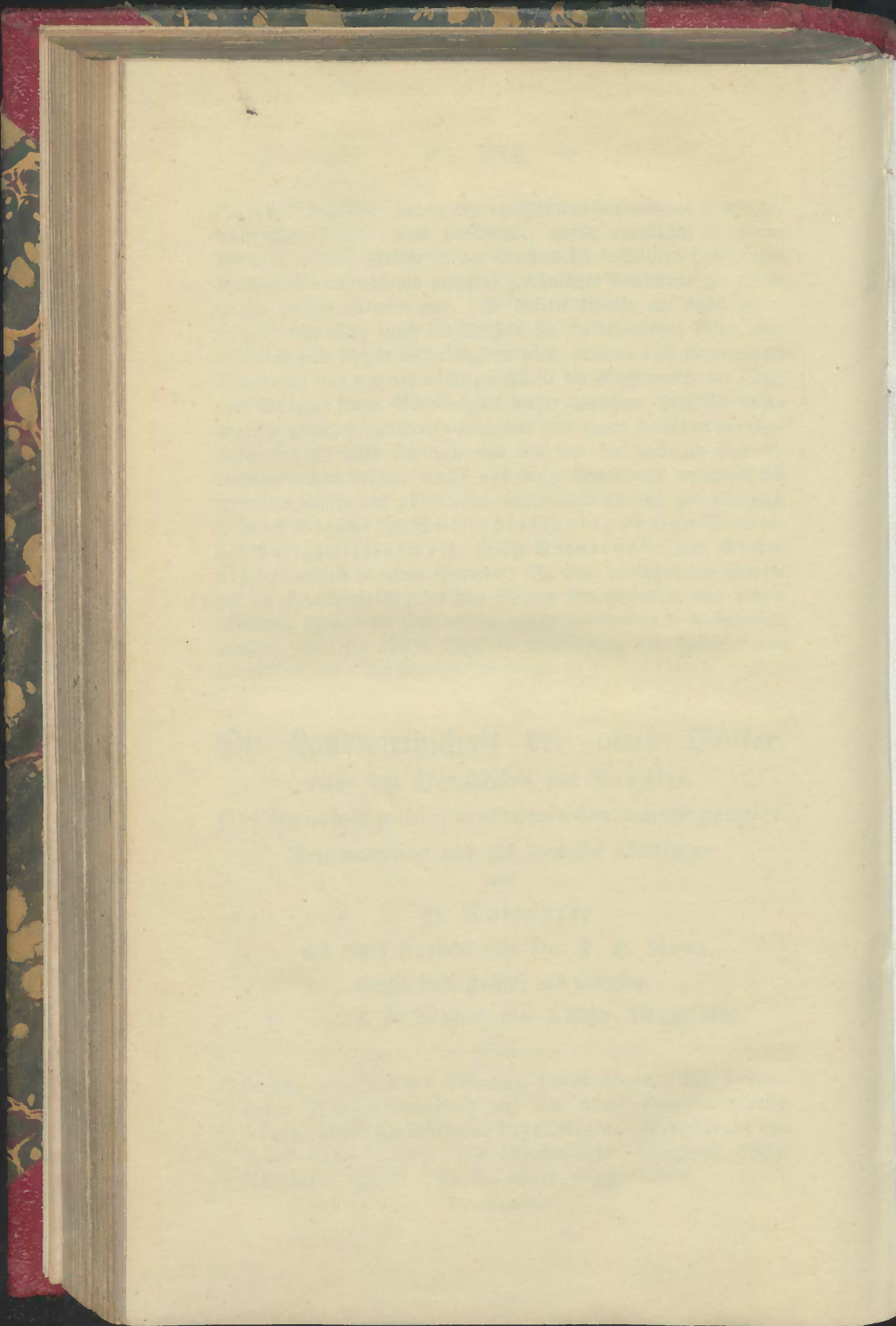
Großh. Bad. Hofrath und Professor.

gr. 8. 2 fl. 24 kr. rhein. oder 1 Rthlr. 10 ggr. schß.

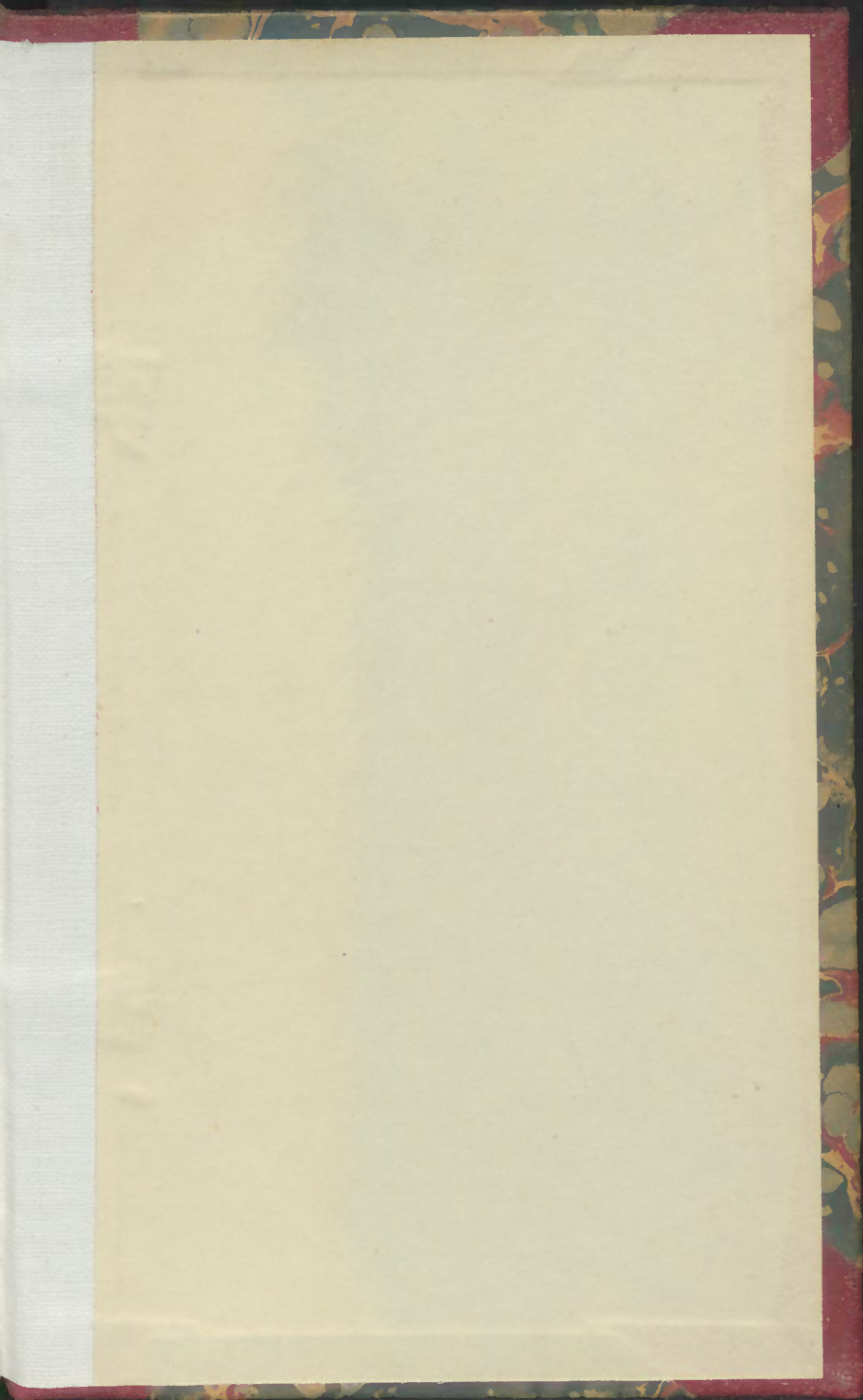
Groos, Dr. F., über Criminal-Psychologie. Mit besonderer Rücksichtnahme auf das neue Friedreich'sche Werk über gerichtliche Psychologie. (Abgedruckt aus Friedreich's Archiv für Psychologie Jahrgang 1834. III. Heft. gr. 8. 24 kr. rhein. 6 ggr. sächs.

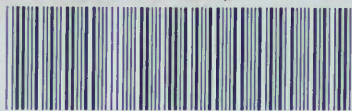












206\$07966954